

Wolfgang Etschmann

## **50 Jahre Gesellschaft für Politisch-Strategische Studien – Versuch einer Bilanz**

### **Die Rahmenbedingungen für die Entstehung und Gründung einer Gesellschaft für Politisch Strategische Studien**

#### **Politisch-strategische Gesamtbeurteilung des Kalten Krieges in den Jahren 1945 bis 1955 und seine Auswirkungen auf Österreich aus heutiger Sicht**

Die erheblichen Unsicherheitsfaktoren, die in der sowjetischen Politik zwischen 1945 und 1953 (im Jahr des Todes von Stalin) aus westlicher Sicht bestanden, führten zu einer Schaffung eines westlichen Verteidigungsbündnisses, deren Mitgliedsstaaten Anfang der fünfziger Jahre eine massive Steigerung der Militärausgaben vornahmen, ohne allerdings die günstige volkswirtschaftliche Entwicklung in den meisten Staaten Nordamerikas und Westeuropas nachhaltig zu gefährden.<sup>1</sup> Die Existenz eines „Cordon sanitaire“ neutraler oder neutralisierter Staaten die ab Frühjahr 1955 als Barriere zwischen den zwei großen Machtblöcken, der von Finnland und Schweden bis Jugoslawien reichen würde und eventuell „übermorgen“ auch Deutschland einschließen hätte können, schien der Sowjetunion unter Chruschtschow gleichzeitig mit dem Engagement für die nichtpaktgebunden Staaten in Asien und Afrika ein lohnenswertes politisches Ziel zu sein.<sup>2</sup> Dagegen bremste die kontinuierliche materielle Aufrüstung die wirtschaftliche Entwicklung (Schwankungen im Personalstand der sowjetischen Streitkräfte hatten hierauf nur eine begrenzte Auswirkung) der mit der Sowjetunion verbündeten Staaten Osteuropas und der

---

<sup>1</sup> Dazu Helmut H.Hammerich, Invasion oder Inflation. Die Aufrüstung Westeuropas und ihre wirtschaftlichen Auswirkungen auf die NATO – Mitgliedsstaaten 1949-1954, in: Militärgeschichte Heft 2. 2.Quartal 1998. 8. Jahrgang. S.28-38.

<sup>2</sup> Gerald Stourzh, Um Einheit und Freiheit. Staatsvertrag, Neutralität und das Ende der Ost – West – Besetzung Österreichs 1945-1955. Wien-Köln Graz 1998. S.482.

sowjetischen Wirtschaft selbst. Die langsamen Veränderungen in den strategischen Rahmenbedingungen im Jahr 1953<sup>3</sup> (Amtsantritt von Präsident Eisenhower in den USA, Tod Stalins, Volksaufstand in der DDR, Ende des Koreakrieges) sollten erst ab Ende des Jahres 1954 zumindest für nicht ganz zwei Jahre zu einer vorübergehenden „Entspannungsphase“ in den internationalen Beziehungen zwischen den Großmächten führen. Diese Entwicklung begünstigte die Neuaufnahme von ernsten und diesmal zielführenden Verhandlungen zum Abschluss eines Staatsvertrages zwischen den Besatzungsmächten und der Republik Österreich, die in einem „window of opportunity“ stattfinden konnten und zum Erfolg führten.<sup>4</sup>

Die „Sieben Tage im Mai“ (von 9. bis 15. Mai) des Jahres 1955 (9. Mai Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur NATO, 14. Mai Unterzeichnung des Warschauer Pakts und Gründung einer Militärallianz, 15. Mai 1955 Unterzeichnung des Österreichischen Staatsvertrages) können als eine Kulminationsphase bezeichnet werden, die allerdings für Österreich im strategischen Kontext eine glückliche Wendung herbeiführten aber gleichsam nur eine Momentaufnahme in einer weltweiten Auseinandersetzung war, die im folgenden Jahr 1956 in vielen Regionen der Welt anhalten<sup>5</sup> und wieder zu schweren und letztlich in gewaltsame Krisen in Europa (Polen, Ungarn) und im Nahen Osten („Suezkrise“) führen sollte.

### **Die Situation in Europa nach 1945 und das Entstehen eines westlichen Verteidigungsbündnisses**

Einzelne Aspekte der Konferenz von Potsdam Ende Juli 1945 waren bereits ein deutliches Signal für das Ende der Allianz der „Anti – Hitler“ – Koalition

---

<sup>3</sup> Christoph Kleßmann/Bernd Stöver (Hg.), 1953 – Krisenjahr des Kalten Krieges in Europa. Köln-Weimar-Wien 1999.

<sup>4</sup> Stourzh, Um Einheit und Freiheit. Staatsvertrag, Neutralität und das Ende der Ostwestbesetzung Österreichs 1945 – 1955. Win – Köln Graz 1998. S.579 – 606.

<sup>5</sup> Winfried Heinemann und Norbert Wiggershaus (Hg.), Das internationale Krisenjahr 1956. Polen, Ungarn, Suez (Beiträge zur Militärgeschichte Band 48) Herausgegeben vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt. München 1999.

gewesen. Die schon am Ende des 2. Weltkrieges erkennbare Polarisierung zwischen den westlichen Großmächten hatte bald eine weitere Phase erreicht, in der nach dem Bedrohungsbild des westlichen Verteidigungsbündnisses ein Krieg zwischen der Sowjetunion und den Westalliierten in Europa nicht mehr ausgeschlossen werden konnte. Die Spannungen zwischen der Sowjetunion und Jugoslawien, der Bürgerkrieg in Griechenland zwischen 1945 und 1949, die Stärke der kommunistischen Parteien in Frankreich und Italien sowie die Blockade Berlins und die "Berliner Luftbrücke" von Juni 1948 bis Mai 1949 ließen die politische und militärische Führung der Vereinigten Staaten das Schlimmste befürchten.<sup>6</sup>

Die Etablierung der kommunistischen Herrschaft in Osteuropa, die von Stalin massiv in den Jahren 1947 bis 1950 betrieben wurde, sowie das Bestehen bleiben eines hohen quantitativen Niveaus (rund 175 Divisionen) des sowjetischen Heeres und einer rapiden technischen Weiterentwicklung der sowjetischen Luftstreitkräfte führten in den USA und in den mit ihnen verbündeten europäischen Staaten zur Befürchtung, dass seitens der Sowjetunion und ihrer Satellitenstaaten ein militärischer Angriff auf Westeuropa geplant war.

Die Vereinigten Staaten waren wohl die wirtschaftlich und militärische dominierende Weltmacht. Bereits unmittelbar nach dem Ende des Krieges in Europa waren trotz einer rasanten Demobilisierung, die das militärische Potential der USA und auch Großbritanniens in Europa binnen achtzehn Monaten massiv reduzierten, militärische Planungen für eine Verteidigung Westeuropas und des Nahen Ostens gegen einen sowjetischen Angriff durchgeführt worden. Tatsächlich verfügten die Vereinigten Staaten in

---

<sup>6</sup> Dazu: Martin McCauley, *The Origins of the Cold War 1941 - 1949. (Second Edition)* Harlow 1995; Norman Friedman, *The Fifty Year War. Conflict and Strategy in the Cold War.* London 2000; Jeremy Issacs and Taylor Downing, *Cold War 1945 – 1991. An Illustrated History. Companion to the CNN TV Series.* Boston New York Toronto London 1998; Lorraine M. Lees, *Keeping Tito Afloat. The United States, Yugoslavia, and the Cold War.* Pennsylvania State University 1997; Robert Jackson, *The Berlin Air Lift.* London 1989.

Nordwesteuropa nur über ein Äquivalent von eineinhalb und Großbritannien über zwei Infanteriedivisionen.<sup>7</sup>

Die militärstrategischen Planungen der USA zwischen Herbst 1945 und 1951 suchten unter Einbeziehung einer Strategie, die sich auf das bestehende Atomwaffenmonopol und die vorläufige Schwäche der konventionellen Streitkräfte gründete, eine Lösung der Frage, wie Europa zu verteidigen wäre. Die Planungen „Pincher“, „Broiler“, „Bushwacker“, „Halfmoon“, „Offtackle“ und „Dropshot“ hatten das Szenario eines sowjetischen Großangriffs auf den Westen als Grundlage.<sup>8</sup>

Neben diesen militärischen Planungen waren jedoch auch die Umsetzung des „Marshall - Plans“, der eine wirtschaftliche Gesundung der vom Krieg schwer getroffenen europäischen Länder zur Folge haben sollte, und die Gründung einer westeuropäischen – atlantischen Verteidigungsgemeinschaft ein wesentliches Element der Stabilisierung.

Die Führungsrolle der USA, die mit der "Truman - Doktrin" vom März 1947 klare Aussagen über ihre Politik gegenüber der kommunistischen Expansion gemacht hatten und in der sich nun rasch bildenden westlichen Verteidigungsgemeinschaft profilierten, kristallisierte sich von Monat zu Monat deutlicher heraus. Als erste Vorstufe zur NATO - Gründung kann der Vertrag von Dünkirchen vom 4. März 1947 gesehen werden, der ein Militärbündnis zwischen Großbritannien und Frankreich gegen eine eventuelle neuerliche deutsche Machtexpansion darstellte.

Am 17.März 1948 wurde im Vertrag von Brüssel, wenige Wochen nach der kommunistischen Machtübernahme in der Tschechoslowakei, eine Militärallianz zwischen Frankreich und Großbritannien, Belgien, den Niederlanden und

---

<sup>7</sup> William W.Epley, America´s First Cold War Army 1945 – 1950. The Land Warfare Papers No 15, August 1993 . A National Security Affairs Paper, Published an Occasion by the Institute of Land Warfare. Arlington, Virginia 1993.

<sup>8</sup> Steven T.Ross, American War Plans 1945 – 1950. London 1996.

Luxemburg unterzeichnet, der knapp mehr als ein Jahr später die Gründung des Nordatlantikpaktes im Vertrag von Washington am 4. April 1949 folgte.

Wenig später konkretisierten sich Überlegungen Deutschland in die westliche Verteidigungsallanz einzubinden.

Die politische Teilung Europas war mit dem Eintritt Griechenlands und die poalrisierung in östlichen Mittelmeerraum, der gleichzeitigen Aufnahme der Türkei im Jahr 1952 und damit auch in Vorderasien ein bereits abgeschlossener politischer Vorgang.

### **Die Schwächung der britischen Position in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg**

Der Handlungsspielraum der seit Ende Juli 1945 regierenden Labour - Regierung unter Premierminister Clement Attlee war demnach auf wirtschaftlichem Gebiet vorerst äußerst gering. Bis Ende August 1945 waren praktisch alle Goldreserven und Auslandsguthaben bereits aufgebraucht worden. Im Dezember 1945 wurde in Washington ein Wirtschaftshilfeabkommen mit den USA unterzeichnet, das auf die reale Machtkonstellation zwischen den westlichen Alliierten mit aller Deutlichkeit hinwies. 1949 wurde erneut eine massive Abwertung des Britischen Pfund notwendig. Die Einbeziehung Großbritanniens in die Marshall - Plan - Hilfe ab Juni 1947 brachte aus dem ERP- Fonds Mittel im Ausmaß von 4,5 Mrd US \$ für die britische Wirtschaft, die jedoch noch in einigen Bereichen bis 1954 (!) strengen Lenkungs - und Rationierungsmaßnahmen unterliegen sollte.

Von September 1945 bis Dezember 1946 war der Personalstand der britischen Streitkräfte von mehr als 5,1 Millionen auf knapp 1,25 Millionen Mann abgesunken. Allerdings befanden sich im März 1948 noch rund eine Million britischer Soldaten unter Waffen. Die Stärke des Heeres betrug zu diesem Zeitpunkt immerhin etwa zwei Drittel der Stärke der US - Army, wobei jedoch

zu bedenken ist, dass die Bevölkerungszahl Großbritanniens nur ein Viertel jener der USA ausmachte.<sup>9</sup>

Durch die Einführung des "National Service" (der einer de facto - Beibehaltung der Allgemeinen Wehrpflicht entsprach - erst in der Dauer von 12, ab 1948 von 18 Monaten und schließlich ab 1950 von zwei Jahren), die in Friedenszeiten für britische Verhältnisse paradoxerweise von einer Labour - Regierung geschaffen wurde, wuchs die Armee bis 1953 auf zehn aktive und Reservedivisionen der Territorial Army an.<sup>10</sup>

Auch die beiden anderen Teilstreitkräfte sanken (mit einem wesentlich geringeren Prozentsatz an Wehrpflichtigen) sowohl in der Personalstärke und in der Quantität der Bewaffnung und Ausrüstung nach der Zeit des Koreakrieges trotz der Fortdauer der Kämpfe in einzelnen Kolonien weiter ab.

Trotz der unterschiedlichen Zielvorstellungen und der Praxis in der Wirtschafts - und Innenpolitik ließ sich eine weitgehende Kontinuität der britischen Außenpolitik auch unter der Labour - Regierung zwischen 1945 und 1951 nachweisen.<sup>11</sup>

Diese betraf die britischen Vorstellungen für Nachkriegs-Europa und auch den langsamen Rückzug aus den Kolonien.

Die Einrichtung vorläufiger Besatzungszonen in Deutschland und in Österreich waren durch die Ausübung einer rigorosen militärischen Kontrolle und dem

---

<sup>9</sup> Peter G. Tsouras, *Changing Orders. The Evolution of the World's Armies, 1945 to the Present*. London 1994 : 21 - 28; *British Military Operations 1945 - 1984* (ed. John Pimlott). London 1985; Anthony Farrar - Hockley, *The Post War Army 1945 - 1963*, in: *The Oxford Illustrated History of the British Army*. General Editor David Chandler. Oxford - New York 1994. S.329 - 357; Rex Pope, *British Demobilization after the Second World War*, in: *Journal of Contemporary History*. Vol. 30 (1995) S.65 -81.

<sup>10</sup> Brian Bond, *The British Experience of National Service 1947 - 1963*, in: *Die Wehrpflicht. Entstehung, Erscheinungsformen und politisch - militärische Wirkung*. Im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. von Roland G.Foerster (=Beiträge zur Militärgeschichte Band 43) München 1994.S.207 - 216.

<sup>11</sup> Reinhold Wagnleitner, *Die Kontinuität der britischen Außenpolitik nach dem Wahlsieg der Labour Party im Juli 1945*, in: *Zeitgeschichte*, April 1978. S.273 - 291. *Zur britischen Außenpolitik im ersten Nachkriegsjahrzehnt ausführlich: Bernd Ebersold, Machtverfall und Machtbewußtsein. Britische Friedens - und Konfliktlösungsstrategien 1918 - 1956* (= Beiträge zur Militärgeschichte Band 31). Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt. München 1992.

Bestreben gekennzeichnet, die wirtschaftlichen Verhältnisse in diesen Gebieten so rasch als möglich zu normalisieren.<sup>12</sup>

Der Begriff "Eiserner Vorhang", der zwar keine Erfindung Churchills war, aber in einer Rede in Fulton/Missouri am 5.März 1946 plakativ von ihm gebraucht worden war, prägte für mehr als vierzig Jahre das Denken über die ideologisch - politische Teilung Europas.<sup>13</sup>

Die schrittweise Machtübernahme der kommunistischen Parteien in den osteuropäischen Staaten und die Gefährdung Griechenlands führten weiter zu einer tiefen Beunruhigung in Großbritannien, da ein Ende dieser Machtexpansion kaum absehbar war.<sup>14</sup>

Der Aufbau einer westlichen Verteidigungsgemeinschaft konnte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass man im Bereich der US - Außenpolitik schon vor 1945 der Ansicht war, auch ein reformiertes britisches Empire in der Form eines modernisierten Commonwealth nicht mehr in der Form vor 1939 weiterexistieren sollte. Ebenso wie sein Vorgänger war US - Präsident Truman der Ansicht, dass die meisten britischen Kolonien und Mandatsgebiete nach 1945 nicht mehr zu halten waren und in geordneter Form, in einem absehbaren Zeitraum, der eine politische Selbstverwaltung und eine ökonomische Eigenständigkeit ermöglichen sollte, in die Unabhängigkeit entlassen werden sollten.

Die aber trotz dieser Meinungsverschiedenheiten noch immer enge Bindung an die Vereinigten Staaten führte aber schließlich zur Entsendung von britischen Verbänden nach Korea, dann aber schließlich zur Aufstellung eines divisionstarken Verbandes, der aus britischen, kanadischen und australischen Brigaden bestand ("Commonwealth- Division"). Ebenso kämpften Marine - und Luftwaffenverbände des Commonwealth auf diesem Kriegschauplatz, der zwar

---

<sup>12</sup> Charles A. Mee, Die Konferenz von Potsdam. München 1985.

<sup>13</sup> Clive Ponting, Churchill. London 1995. S.731-735.

<sup>14</sup> Edgar O'Ballance, The Greek Civil War 1944 - 1949. London 1966; Amilkam Nachmani, Civil War and Foreign Intervention in Greece 1946 - 1949, in :Journal of Contemporary History. Vol 25 (1990), S. 489 - 522. Lawrence S. Wittner, American Intervention in Greece, 1943 - 1949. New York 1982.

außerhalb der britischen Interessenssphäre lag, aber eine Möglichkeit des Zeigens von Solidarität eines der wichtigsten Mitglieder der westlichen Allianz in der Phase des "Containment" und des "Roll back" bot.<sup>15</sup>

Unabhängig vom Einsatz in Korea war der Beginn der Dekolonisierung schon in wesentlichen Regionen des Britischen Empire - und für die britische Seite weitgehend unblutig - abgeschlossen worden:

Das Kaiserreich Indien hatte mit 15. August 1947 seine Unabhängigkeit erhalten, wobei es allerdings Lord Louis Mountbatten als letztem Vizekönig trotz zäher Verhandlungen nicht gelungen war, die Teilung des Landes in je einen überwiegend von Hindus und einen mehrheitlich von Moslems bewohnten Teilstaat zu verhindern. Massenvertreibungen, riesige Fluchtbewegungen und Gewaltexzesse kosteten etwa eine Million Menschen das Leben und führten zu einem latenten Spannungszustand zwischen den beiden neuen Staaten Indien und Pakistan.<sup>16</sup>

Frankreichs Versuche einer Restauration in Indochina und das Gebiet Algerien zu halten waren 1954 bzw. 1962 nach blutigen, langwierigen und teuren Kriegen gescheitert, während der britische Kampf in der Phase der Entkolonialisierung um ein demokratisches Malaya und eine geordnete Machtübernahme der schwarzen Mehrheitsbevölkerung in Kenia im wesentlichen erfolgreich verlief. 1960 war dieser Krieg mit der Einrichtung einer frei gewählten, demokratischen Regierung in Malaya endgültig beendet.

### **Ein heißer Krieg im Kalten Krieg – Der Korea-Krieg als weitere Ablenkung vom potentiellen Kriegsschauplatz Europa?**

Der am 25. Juni 1950 mit dem Angriff nordkoreanischer Truppen auf Südkorea beginnende Korea – Krieg, in den sofort US – Truppen sowie Kontingente von

---

<sup>15</sup> Anthony Farrar - Hockley, The British part in the Korean War. Official History. Vol I: A distant obligation. Vol II: A honourable discharge. HMSO, London 1995; Callum MacDonald, Britain and the Korean War. Oxford 1990; Jeffrey Grey, The Commonwealth Armies and the Korean War. An Alliance Study. Manchester 1988.

<sup>16</sup> Richard Hough, Mountbatten. Ein außergewöhnliches Leben. Wien 1980; British Military Operations 1945 - 1984 (Ed. John Pimlott). London 1984.



15 weiteren Staaten sowie ab Ende Oktober 1950 chinesische Truppen eingegriffen hatten, befand sich im Jahr 1952 an einem „Toten Punkt“.<sup>17</sup>

Die Sowjetunion unterstützte Nordkorea und China nicht nur durch massive Lieferungen modernster Waffensysteme, sondern auch durch die Entsendung von insgesamt 72.000 Soldaten zwischen 1950 und 1953. Nach wechselvollen und verlustreichen Kämpfen im Laufe von 18 Monaten, die schließlich zu einer weitgehenden Stabilisierung der Front in Zentralkorea geführt hatten, standen sich mindestens eine halbe Million nordkoreanische und chinesische Soldaten und auf der Gegenseite nahezu 680.000 südkoreanische, amerikanische und verbündete Truppen gegenüber. Ebenso standen rund 26.000 sowjetische Soldaten als Angehörige von Jagdflieger – und Luftabwehrverbänden im Einsatz.

General Mark W. Clark übernahm am 12. Mai 1952 von General Ridgway das Kommando über alle Truppen der Vereinten Nationen in Korea. Trotz der seit knapp einem Jahr andauernden Waffenstillstandsgesprächen gingen die Kämpfe zu Lande bis zum 27. Juli 1953 mit aller Härte weiter. Die großen Luftoperationen der UN – Luftstreitkräfte sollten bis Kriegsende keine Entscheidung bringen.

### **Luftkriegsdoktrin und maritime Rüstung der westlichen Allianz**

Nach 1948 kam es zu einem rapiden Ausbau des „Strategic Air Command“ der USAF.

Die schrittweise Ablösung der Bomber vom Typ B-29 und B-50 durch die B-36 und schließlich durch die strahlgetriebenen B-47 hatte erhebliche Auswirkungen

---

<sup>17</sup> Zu neueren Forschungsergebnissen über den Korea - Krieg (es werden nur Publikationen nach 1992 aufgeführt) vgl. William Stueck, *The Korean War. An International History*. Princeton 1995; Stanley Sandler, *The Korean War. No Victors, No Vanquished*. (University College London - Warfare in History) London 1999; Maurice Isserman, *The Korean War. (America at War - General Editor John Bowman)* New York 1992; Michael Hickey, *The Korean War. The West Confronts Communism 1950 - 1953*. London 1999; Patrick C. Roe, *The Dragon Strikes. China and the Korean War: June - December 1950*. Novato (CA) 2000; Russell Spurr, *Enter the Dragon. China in the War in Korea*. London 1998; William J. Williams (Ed.), *A Revolutionary War. Korea and the Transformation of the Postwar World*. Chicago 1993, Conrad C. Crane, *American Air Power Strategy in Korea 1950 - 1953*. Kansas 2000.

auf die Kampfkraft des SAC, dessen Stärke am Ende des Koreakrieges über mehr als 1200 strategische Bomber betrug. 1952 erfolgte der Jungfernflug des Musters B-52.

Die moderne Ausstattung der US - und britischen Luftstreitkräfte in Europa wurde bis 1955 massiv vorangetrieben. Auch die Nato- Staaten, die zur Zeit der Gründung des atlantischen Bündnisses meist nur über langsam veraltende Propeller - Flugzeuge aus der Endphase des Zweiten Weltkrieges verfügt hatten, waren zu Beginn der fünfziger Jahre ausgemustert. Bereits 1946 war die Entscheidung gefallen, atomare Waffen in Großbritannien zu produzieren.

Durch die anfänglich mangelnde Kooperationsbereitschaft der USA gelang dieser Aufstieg zur Atommacht erst 1952.<sup>18</sup> Vorerst standen aber der Royal Air Force keine geeigneten Trägersysteme für diese Waffen zur Verfügung. Vom für diese Einsätze ungeeigneten viermotorigen AVRO Lincoln - Bomber ging man auf die von den USA leihweise überlassenen Boeing B 29 "Washington" - Bomber über, bis ab 1956 die strahlgetriebenen Bomber der Type BAC "Canberra" und der "V - Serie" (Vickers Valiant, Handley Page Victor und AVRO Vulcan) in ausreichender Stückzahl zur Verfügung standen.

Im Bereich der maritimen Rüstung gewann die US Navy weiterhin an Gewicht gegenüber der Royal Navy, deren Stärke schon ab 1947 massiv abnahm. Der Beginn des Baues von atomgetriebenen Unterseebooten und den Flugzeugträgern der Forrestal Klasse, die zahlreiche moderne Düsenflugzeuge aufnehmen konnten, wies bereits in das nächste Jahrzehnt. Die sowjetische Marine, die ab 1950 ihr „Anti - Amphibik“ - Programm mit dem Bau von zahlreichen Kreuzern, Zerstörern und diesel -elektrisch - betriebenen Unterseebooten umsetzte, war zu diesem Zeitpunkt noch keine ernsthafte Bedrohung für die Marinen des NATO - Bündnisses.

---

<sup>18</sup> Ian Clark and Nicholas J. Wheeler. The British Origins of Nuclear Strategy 1945 - 1955. Oxford 1989; John Baylis, Ambiguity and Deterrence. British Nuclear Strategy 1945 - 1964. Oxford 1995; Lorna Arnold, A very special relationship. British Atomic Weapon Trials in Australia. (HMSO), London 1987.

Die Unsicherheitsfaktoren, die in der sowjetischen Politik zwischen 1945 und 1953 (im Jahr vor dem Tod Stalins) aus westlicher Sicht bestanden, führten zwar zu einer massiven Steigerung der Verteidigungsausgaben im westlichen Bündnis, ohne allerdings die günstige volkswirtschaftliche Entwicklung in den meisten Staaten zu gefährden.<sup>19</sup>

Die Intensivierung der westalliierten und auch österreichischen Bemühungen bei der beginnenden Aufstellung von Streitkräften der Republik Österreich, die noch immer um ihre Freiheit und Souveränität ringen musste, war nur ein Aspekt einer weltweiten Auseinandersetzung, die im Jahr in vielen Regionen der Welt anhielt.

### **Die politisch - strategische Situation der Vereinigten Staaten von Amerika**

Die geopolitische und militärstrategische Situation war in den fünfzehn Jahren nach der Beendigung des Koreakrieges 1953 von der wirtschaftlichen und militärtechnologischen Überlegenheit der USA, der Leitnation des seit 1949 existierenden westlichen Verteidigungsbündnisses NATO geprägt.

Die Strategie der „massiven Vergeltung“ („massive retaliation“) bei einem befürchteten Angriff sowjetischer Streitkräfte auf Westeuropa sollte eben diesen durch die Triade mit über 500 B – 52 - Bombern, die Einführung der „Titan II“ und „Minuteman I“ - Interkontinentalraketen und die bis 1967 41 im Dienst befindlichen atomangetriebenen strategischen Unterseeboote, die mit Interkontinentalraketen vom Typ „Polaris“ bestückt waren, sichergestellt werden einen „Sieg“ in einem Nuklearkrieg unmöglich machen und damit jeden Angreifer – im Klartext - die Sowjetunion - abschrecken.

1967 erschien auf Initiative des belgischen Außenminister Pierre Harmel der Bericht (MC 14/2) zur neuen Strategie der NATO die „Massive Retaliation“ ablösen sollte. Die NATO sollte auch ein „Faktor des Friedens“ werden, aber ihre Hauptfunktionen behalten. Durch ausreichende militärische Stärke abschreckend zu wirken, um das Gebiet der Mitgliedstaaten erfolgreich

---

<sup>19</sup> Dazu Helmut H.Hammerich, in Militärgeschichte Heft 4/1997. S.

verteidigen zu können. Auf dieser Grundlage militärischer Sicherheitspolitik sollten jedoch auch die Beziehungen zum Warschauer Pakt verbessert werden. Militärisch garantierte Sicherheit und der Entspannungspolitik sollten demnach in den kommenden Jahren eine Einheit in der NATO-Strategie, die gleichzeitig von allen NATO-Mitgliedstaaten mitgetragen werden sollte. Eine Hoffnung war, dass die osteuropäischen Staaten des Warschauer Paktes diese Politik positiv rezipieren würden. Damit war die neue Nato-Sicherheitsstrategie „Flexible Response“ (MC 14/3)“ geboren.<sup>20</sup> Der beabsichtigte „Wandel durch Annäherung“ (geprägt von Egon Bahr) sollte für die Bundesrepublik Deutschland schrittweise eine neue Phase der Außenpolitik gegenüber den osteuropäischen Staaten, besonders aber der DDR, einleiten. Obwohl die meisten anderen NATO Staaten ihre Rüstungsanstrengungen bis 1965 erheblich erhöht hatten, konnten die NATO-Verbände in der „Central Region“ quantitativ kaum verstärkt werden. Nur der Aufbau der Deutschen Bundeswehr (12 Heeresdivisionen, 5 Luftwaffendivisionen, 10 Zerstörer und 6 Fregatten) konnte im Wesentlichen bis 1965 gemäß den Planungen abgeschlossen werden.<sup>21</sup>

Sowohl die Luftstreitkräfte der US Air Force als auch die US Navy befanden sich technologisch am Beginn der sechziger Jahre in einer neuen Phase des Qualitätssprungs, da ihre Verbände bereits mit zahlreichen modernen Abfangjägern, Jagdbombern und Aufklärern (Republic F 105 Thunderchief, McDonnell F 4 Phantom sowie Douglas A 4 Skyhawk, Chance Vought A 7 Corsair und F 8 Crusader) ausgestattet waren.<sup>22</sup>

Die US Navy verfügte an Überwasserkriegsschiffen über einen Flugzeugträger mit Nuklearantrieb („USS Enterprise“; zehn weitere moderne Flugzeugträger

---

<sup>20</sup>Dazu Ludwig Weigl, Strategische Einsatzplanungen der NATO. Einflussfaktoren, Inhalte, Umsetzungsmaßnahmen. Rer.Pol.Diss. An der Universität der Bundeswehr München 2005. S.79-85.

<sup>21</sup> Dazu Helmut R. Hammerich, Dieter H. Kollmer, Martin Rink, und Rudolf Schlaffer, 50 Jahre Bundeswehr. Das Heer 1955 bis 1970 Aufstellung und Organisation. München 2006.

<sup>22</sup> Ed Bishop (The Aerospace Encyclopedia of Air Warfare. Vol.2 1945 to the present. London 1997.

mit konventionellen Antrieb und 14 ältere aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges befanden sich 1968 im aktiven Dienst) sowie und zahlreiche moderne Kreuzer (32, davon einen mit Nuklearantrieb) und Zerstörer (27, davon einer mit Nuklearantrieb) mit Raketenbewaffnung, die nach 1958 in Dienst gestellt worden waren. Zahlreiche weitere größere Überwasserkriegsschiffe mit konventioneller Bewaffnung standen den Seestreitkräften der USA ebenfalls zur Verfügung.<sup>23</sup>

Neben den U-Booten mit strategischen Waffen standen der US Navy Anfang 1968 33 atomangetriebene Flotten – U-Boote zur Verfügung.

Am 31. Mai 1968 ging eines dieser U-Boote, die USS „Scorpion“, unter mysteriösen Umständen im Atlantik verloren – ein bewaffneter Zusammenstoß mit einem sowjetischen U-Boot konnte bis heute nicht völlig ausgeschlossen werden.<sup>24</sup>

Die US Army hatte ihre nunmehr 16 aktiven Heeresdivisionen nach dem kurzlebigen „Pentomic-Division“-Experiment (im nun gültigen „ROAD“-Konzept („Reorganization Objectives Army Division“) unter Verteidigungsminister McNamara neu gegliedert.<sup>25</sup>

Die Kräfte der US Army in Deutschland im Dezember 1968 umfassten eine Panzerdivision, drei Infanteriedivisionen und drei Armored Cavalry Regimenter – Zahlen die sich bis zum Ende der achtziger Jahre kaum verändern sollten.<sup>26</sup>

1968 befanden starke Kräfte der US-Streitkräfte in Südostasien, auf deren Rolle in diesem Raum im nächsten Abschnitt noch weiter einzugehen sein wird.

---

<sup>23</sup> Zahlen nach Alexander Bredt (Hrsg.), Weyers Flottentaschenbuch 1966/67. München 1967 sowie Stefan Terzibaschitsch, Seemacht USA. Rüstung – Organisation – Dislozierung – Entwicklung. 2. erw. Auflage, Augsburg 1997.

<sup>24</sup> Dazu Ed Offley, [Scorpion Down: Sunk by the Soviets, Buried by the Pentagon: The Untold Story of the USS Scorpion](#). New York 2008.

<sup>25</sup> Peter G. Tsouras, Changing Orders. The Evolution of the World's Armies 1945 to the present. London 1994. 145 - 155.

<sup>26</sup> John S. Duffield, Power Rules. The Evolution of NATO's Conventional Force Posture. Stanford (CA) 1995. S. 234.

Eine Verwicklung in eine militärische Auseinandersetzung in Europa erschien daher im Sommer 1968 aus strategischen Gründen nicht ratsam.<sup>27</sup>

Die Jahre 1966 bis 1968 brachten eine langsame aber stetige Reduktion der weltweiten Dominanz der USA, die mit einem weltweiten Machtverlust des engsten Verbündeten in Europa, Großbritanniens, einherging.

Mit dem Eintritt Frankreichs und Chinas in die Gruppe der Atomkräfte war bereits Ende der sechziger Jahre damit eine frühe Phase der Multipolarität entstanden.<sup>28</sup>

### **Der Vietnamkrieg 1968 – eine Phase der politisch-strategischen Wende für die USA**

In der Rezeption der befürchteten „Domino-Theorie“, die reihenweisen Fallen asiatischer Staaten unter kommunistische Herrschaft annahm, hatten die USA schon seit mehr als sieben Jahren mit immer stärkerem personellen und materiellen Engagement in den seit Beginn der sechziger Jahre in den stetig eskalierenden Krieg gegen kommunistische Partisanen in Laos und Südvietnam eingegriffen.<sup>29</sup>

Präsident Lyndon B. Johnson setzte im wesentlichen die Politik seines am 22. November 1963 ermordeten Vorgängers John F. Kennedy fort, die trotz aller auftretenden Probleme mit der südvietnamesischen Regierung eine weitere

---

<sup>27</sup> Dazu Marc Hansen, Die Veränderungen in den transatlantischen Beziehungen am Beispiel des Verhältnisses zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den USA. Eine Analyse von der Gründung der Bundesrepublik Deutschland bis zum Abschluss des Zwei – plus – vier – Vertrages. Schriftliche Hausarbeit zur Erlangung eines Magister Artium (M.A.) der Philosophischen Fakultät der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel. 2002. S. 40-41.

<sup>28</sup> Dazu ausführlich Günter Bischof, „No Action“. Die USA und die Invasion in der Tschechoslowakei, in: Stefan Karner - Natalja Tomlina – Alexander Tschbarjan – Günter Bischof – Viktor Iscenko – Michail Prozumenskikov – Peter Ruggenthaler – Oldrich Tuma – Manfred Wilke (Hg.), Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968. Bd. 1. Beiträge. Veröffentlichungen des Ludwig Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgenforschung Sonderband 9/1. Graz – Wien – Klagenfurt 2008. S.319-354.

<sup>29</sup> Als hervorragenden Überblick - auch über die geographischen Rahmenbedingungen - zum Konfliktraum Südostasien seit 1860 empfiehlt sich Harry G. Summers, Historical Atlas of the Vietnam War. Boston New York 1995 sowie John S. Bowman (Ed.), The Almanac of the Vietnam War. New York 1985.

expansive Unterstützung des unter immer stärkeren Aggressionsdruck stehenden Landes vorsah.<sup>30</sup>

Im August 1964, nach dem „Tonking-Zwischenfall“, wurden erstmals Luftangriffe gegen Nordvietnam geflogen, die mit der Operation „Rolling Thunder“ ab 2. März 1965 intensiviert und dann bis zum 30. Oktober 1968 massiv - allerdings unter hohen Verlusten, aber ohne den erwarteten militärischen und politischen Erfolg - fortgesetzt wurden.<sup>31</sup>

Nordvietnam verfügte zu diesem Zeitpunkt über durchschnittlich 120 Abfangjäger sowie rund hundert Luftabwehrraketenstellungen (durchwegs SAM-2), die wiederum von tausenden Fliegerabwehrgeschützen und Fliegerabwehrmaschinengewehren geschützt wurden.

General William C. Westmoreland hatte im August 1964 das Kommando über alle US-Streitkräfte auf dem Kriegsschauplatz Vietnam übernommen und versuchte mit einer Überlegenheit an Feuerkraft der eigenen eingesetzten Verbände die kommunistischen Verbände in großen Gefechten („search and destroy“) schrittweise zu zerschlagen und gleichzeitig die südvietnamesischen Streitkräfte nach amerikanischem Vorbild zu organisieren auszubilden und verstärkt in die Operationen einzubeziehen.

---

<sup>30</sup> Dazu Christian Hacke, *Zur Weltmacht verdammt. Die amerikanische Außenpolitik von J.F.Kennedy bis G.W. Bush.* München 2001. S.100-116. Zum Vietnam-Krieg wird als weitere Literaturliste angeführt: James W. Mooney /Thomas R. West (Ed.), *Vietnam, A History and Anthology.* New York 1994; Maurice Isserman, *The Vietnam War.* New York 1992; Shelby L. Stanton, *The Rise and the Fall of an American Army. U.S. Ground Forces in Vietnam 1965-1973.* Stevenage/Herts 1989; Dennis E. Showalter and John G. Albert (Ed.), *An American Dilemma. Vietnam, 1974-1973.* Chicago 1993; Mark Clodfelter, *The Limits of Air Power. The American Bombing of North Vietnam.* Lincoln/Nebraska 2006; Andrew Wiest (Ed.), *Rolling Thunder in a gentle Land. The Vietnam War revisited.* Oxford 2006; Marc Frey, *Geschichte des Vietnamkriegs. Die Tragödie in Asien und das Ende des amerikanischen Traums.* München 1998. Spencer C. Tucker, *Vietnam. (Reihe Warfare and History)* London 1999. Bernd Greiner, *Krieg ohne Fronten. Die USA in Vietnam.* Hamburg 2007.

Als „revisionistische“ Werke seien aufgeführt: Lewis Sorley, *A Better War. The unexamined Victories and final Tragedy of America's last Years in Vietnam.* New York-San Diego-London 1999; Michael Lind, *Vietnam. The necessary War. A Reinterpretation of America's most disastrous Military Conflict.* New York-London 2002; Mark W. Woodruff, *Unheralded Victory. Who won the Vietnam War ?* London 2000.

<sup>31</sup> Zu den amerikanischen Luftoperationen in Südostasien vgl. die genaue Darstellung von René J. Francillon. *Vietnam Air Wars.* London 1987.

Ab Spätfrühjahr 1965 waren erstmals starke Verbände der US Army und des US- Marine Corps in Südvietnam eingetroffen und wurden von Monat zu Monat mit „Vietcong“-Verbänden und auch regulären nordvietnamesischen Divisionen, die über den über Laos und Kambodscha verlaufenden „Ho Chi Minh Trail“ nach Südvietnam einmarschierten und auch über diesen versorgt wurden, in immer schwerere Kämpfe verwickelt.<sup>32</sup>

Besonders hohe Ausfälle in den Kämpfen gegen die Vietcong - und nordvietnamesischen Verbände hatte das gutausgebildete Unteroffizierskorps und Subalternoffizierskorps der US-Army und des US-Marine Corps schon in den Jahren 1965 bis 1967 hinnehmen müssen.

Das folgende Jahr 1968 sah den organisatorisch größten Einsatz der amerikanischen Streitkräfte mit insgesamt sieben Divisionen und fünf Brigaden der US-Army und die III. Marine Amphibious Force mit zwei Divisionen und zwei Regimental Landing Teams des US-Marine Corps, die insgesamt 239 Kampfbataillone in Südvietnam umfassten.<sup>33</sup> Weitere 232 Kampfbataillone des südvietnamesischen Heeres sowie 29 kleine Verbände der Alliierten (Australien, Neuseeland, Thailand und Südkorea - davon allein 22 Bataillone des südkoreanischen Heeres mit insgesamt 50.000 Mann) standen einem Äquivalent von rund 20 nordvietnamesischen Divisionen mit rund 240 Bataillonen (von denen allerdings immer nur Teil in Südvietnam eingesetzt war) und mindestens 53 Vietcong-Bataillonen gegenüber, die im Jahr 1968 bereits über modernste Waffensysteme sowjetischer und chinesischer Herkunft verfügten.<sup>34</sup>

Als Beispiel für die Unterstützung der Nordvietnamesischen Streitkräfte sei an dieser Stelle angeführt, dass die Volksrepublik China zwischen 1961 und 1972 280 Geschütze (122mm) sowie 960 Fliegerabwehrkanonen (57mm) sowie 20.237 Granatwerfer sowie riesige Mengen an Raketenwerfern,

---

<sup>32</sup> Tsouras, *Changing Orders*, S. 161.

<sup>33</sup> Dazu Shelby L. Stanton, *Vietnam Order of Battle*. New York 1987. S. 7.

<sup>34</sup> Vgl. dazu Michael Lee Lanning and Dan Cragg, *Inside the VC and the NVA. The Real Story of North Vietnam's Armed Forces*. New York 1992. S.261-264.



Handfeuerwaffen und Sprengstoff an die nordvietnamesischen Streitkräfte lieferte.<sup>35</sup>

Von der Sowjetunion erhielt Nordvietnam allein zwischen 1965 und 1972 340 Jagdflugzeuge, 156 Radaranlagen, 80 Luftabwehrraketensysteme (SA-2) sowie 821 Artilleriegeschütze und ebenfalls beträchtliche Mengen an Handfeuerwaffen, Munition, Sanitätsmaterial und Nahrungsmitteln. 15.000 Angehörige der sowjetischen Streitkräfte (darunter auch Piloten von Jagdflugzeugen) dienten zwischen 1965 und 1972 in Nordvietnam als Militärberater und waren auch an Kampfeinsätzen beteiligt.<sup>36</sup>

Der Waffen- und Munitionsnachschub für Nordvietnam funktionierte unter anderem deshalb nahezu ungehindert, weil der Hafen von Haiphong von Luftangriffen amerikanischer Luftstreitkräfte verschont blieb, da man eine internationale Krise bei der Zerstörung oder Beschädigung von sowjetischen, osteuropäischen oder chinesischen Schiffen befürchtete.

Die am 31. Jänner 1968 beginnende „Tet - Offensive“ der kommunistischen Verbände (sowohl des Viet-Cong wie auch des nordvietnamesischen Heeres) traf nach ersten größeren Überraschungserfolgen jedoch auf den unerwartet harten Widerstand vieler Verbände der südvietnamesischen Armee und schließlich auch auf jenen der US – Verbände, deren hohe Beweglichkeit und überlegene Feuerkraft nach blutigen Kämpfen letztlich mithalf, sowohl die Vietcong- und die nordvietnamesischen Verbände aus den angegriffenen 36 Provinzhauptstädten und aus der Hauptstadt Saigon selbst vertreiben und von 23 weiteren Militärstützpunkten zurückschlagen konnten.<sup>37</sup> Als einer Brennpunkte dieser Offensive kristallisierte sich die Schlacht um die alte Kaiserstadt Hue heraus, die vom 31. Jänner bis zum 2. März dauerte und auf beiden Seiten hohe

---

<sup>35</sup> Xiaming Zhang, The Vietnam War: A Chinese Perspective, in The Journal of Military History October 1996. Mechanicsburg, VA, S. 96.

<sup>36</sup> General Oleg Sarin and Colonel Lev Dvoretzky, Alien Wars. The Soviet Union's Aggressions against the World. Novato (CA) 1993.

<sup>37</sup> Dazu generell als Überblick Clark Dougan-Stephen Weiss and the Editors of the Boston Publishing Company, Nineteen Sixty Eight. Band aus der Reihe „The Vietnam Experience“. Boston 1983; speziell für die Kämpfe um Saigon vgl. Keith W. Nolan, The Battle for Saigon. Tet 1968. Novato, CA 1996.

Verluste gefordert hatte. Die Leiden der Zivilbevölkerung, die zwischen die Fronten geraten war, wurden durch hohe Opfer sichtbar – vor allem aber nach dem Ende der Kämpfe, als sich herausstellte, dass spezielle Vietcong-Einheiten mehr als 5.000 Zivilisten schon in den ersten Tagen der Besetzung der Stadt als „Klassenfeinde“ liquidiert hatten.

Trotz der letztlich katastrophalen Niederlage der Angreifer bis zum Frühsommer 1968 – die an der Offensive beteiligten Vietcong-Verbände (die nahezu völlig aufgerieben wurden) und die nordvietnamesischen Truppen verloren allein bis Anfang Juli 1968 rund 60.000 Mann an Gefallenen – wurde die Tet-Offensive in den westlichen Medien als schwerer militärischer Rückschlag vor allem der US-Streitkräfte dargestellt, womit letztlich der Eindruck erweckt wurde, dass auch mit immer weiteren Verstärkungen dieser Krieg militärisch nicht zu gewinnen wäre.

Schließlich sollte sich der wachsende Widerstand immer stärkerer Bevölkerungsgruppen in den USA gegen das militärische Engagement in Südostasien und die Art der Kriegführung innenpolitisch langfristig auswirken.

Als Symbole sei hier nur das Massaker der Soldaten der 11. Brigade der 23. Infanterie (Americal) Division am 16. März 1968 in My Lai in der Provinz Quang Ngai durch die Tötung von bis zu 400 Zivilisten verübt, genannt. Dieses Kriegsverbrechen wurde erst im folgenden Jahr bekannt und hatte letztlich wie auch die Informationen über den Einsatz von Herbiziden („Agent Orange“) zur Entlaubung von Waldgebieten (insgesamt wurden ca. 72.000 Tonnen aus Transportflugzeugen versprüht) langfristige Auswirkungen auf das Image und das Selbstverständnis der amerikanischen Streitkräfte, die bis zum Beginn der achtziger Jahre spürbar waren.<sup>38</sup>

Am 1. Jänner 1969 befanden sich bereits 440.000 Mann der Army und des Marine Corps, der USAF und der Navy im Einsatz in Südostasien.

---

<sup>38</sup> Dazu Summers, Atlas, S. 140-141; Report of the Department of the Army Review of the preliminary Investigations into the My Lai incident. Volume I. The Report of the Investigation. Washington D.C., 14 March 1970; Michael Bilton and Kevin Sim, Four Hours at My Lai. London-New York-Toronto-Victoria-Auckland 1992.

Die Jahre 1967 und 1968 hatten für die amerikanischen Streitkräfte die bislang höchsten personellen Verluste im Vietnamkrieg gebracht: 11.153 bzw. 16.511 US-Soldaten waren ums Leben gekommen.<sup>39</sup>

Die Luftstreitkräfte der USA mussten im Jahr 1968 ebenfalls die höchsten Verluste bei Luftfahrzeugen hinnehmen: insgesamt 657 Flächenflugzeuge und 1012 Hubschrauber gingen bei allen Teilstreitkräften über Südostasien verloren.<sup>40</sup>

1968 waren für die Intervention in Vietnam 26,5 Mrd. US \$ aufgewendet worden – 1975 stand eine Gesamtsumme von 155 Mrd. US \$ als finanzielle Endbilanz fest.

Präsident Johnson versuchte den Wahlkampf um das Präsidentenamt in den USA noch knapp vor der Wahl zu beeinflussen, indem er die Einstellung der Luftangriffe gegen Nordvietnam am 31. Oktober 1968 befahl. Vergebens – der Kandidat der Republikaner Richard Nixon ging aus den Wahlen als Sieger hervor.

Die laufende „Vietnamisierung“ des Konflikts (d.h. durch zunehmende Übernahme der Kampfeinsätze durch die nun besser ausgebildeten und ausgerüsteten südvietnamesischen Streitkräfte) sollte erst mit dem Abzug des letzten Kampfverbandes der US Army am 22. August 1972 (die amerikanischen Luftstreitkräfte führten den Luftkrieg noch bis zum Abschluß des Pariser Abkommens im Jänner 1973 weiter) ihren weitgehenden Abschluß finden.

Zwei Jahre später, im Frühjahr 1975 überrannten nordvietnamesische Verbände Südvietnam und schufen damit neue politische Realitäten in Südostasien.

## **Die Lage im Nahen Osten**

---

<sup>39</sup> Dies sollten die höchsten Verluste in einem Kriegsjahr bleiben. Insgesamt starben in Südostasien zwischen 1962 und 1975 mindestens 56.948 US-Soldaten. Zit. nach James F. Dunnigan and Albert A. Nofi, *Dirty little secrets of the Vietnam War*. New York 2000. S. 146.

<sup>40</sup> In den Jahren von 1962 bis 1973 verloren die amerikanischen Streitkräfte 3719 Flächenflugzeuge und 4.869 Hubschrauber in Südostasien. Nach Francillon, S. 208.

Der Nahe Osten sollte trotz des eindeutig durch die israelischen Streitkräfte entschiedenen „Sechs - Tage - Krieges“ vom Juni 1967 nicht zur Ruhe kommen.

**Der „Sechs-Tage-Krieg“ (5.- 10. Juni 1967, Dritter Nahost-Krieg):**

Auch der Zeitraum, der den Sinaifeldzug 1956 vom dem Junikrieg 1967, trennte, war nicht als Frieden zu bezeichnen. Offene Kampfhandlungen beschränkten sich auf wenige Ausnahmen.

Israel hatte schon bald nach 1956 erfahren müssen, dass es eines seiner Kriegsziele nicht erreicht hatte: die Zerschlagung der palästinensischen Guerillaorganisationen, die für Überfälle in Israel verantwortlich waren. Es wurden zwar im Gaza-Streifen, im Sinai und in Scharm el Scheik zusätzlich zu den Waffenstillstandskommissionen (UNTSO) UNO-Truppen (UNEF) postiert, die die Einhaltung der Waffenruhe kontrollieren sollten, doch immer mehr arabische Guerillaaktionen nahmen von Jordanien und Syrien Ausgang. Israel schlug immer massiver zurück, und zwar mit regulärem Militär. Schließlich fanden am 1. April 1967 an der israelisch-syrischen Grenze Kampfhandlungen unter der Beteiligung von Panzern und Flugzeugen statt. Ab diesem Zeitpunkt begann die Eskalation im Nahen Osten wie nach einem vorbereiteten Terminplan abzulaufen.

Der Sechs-Tage-Krieg brachte einen neuen Höhepunkt in der Evolution des Kriegswesens im Nahen Osten. Der Palästina-Krieg war noch mit vielfach veraltetem Material geführt worden. Der Sinaifeldzug 1956 war primär auf mechanisierte und motorisierte Truppen abgestimmt gewesen. Der Junikrieg 1967 zeigte den Triumph der Luftstreitkräfte.

Durch die politische Entwicklung vor Ausbruch des Krieges war schon klar zu sehen gewesen, dass es, anders als 1956, keinesfalls mit einer begrenzten Aktion getan war, da sich die arabischen Staaten durch fixe Absprachen aneinander banden und schließlich - wie 1948 - ein Militärbündnis zwischen der Vereinigten Arabischen Republik, Jordanien und dem Irak zustande kam. Die Spannung wurde massenpsychologisch und politisch aufgeheizt, bis jeder der

am Konflikt beteiligten Staaten von der Unvermeidbarkeit einer weiteren kriegerischen Auseinandersetzung überzeugt war.

Am 14. Mai mobilisierte Ägypten seine Truppen und ließ sie auf der Sinai-Halbinsel aufmarschieren. Die UN-Truppen wurden zum Abzug gezwungen. Die Straße von Tiran, die Zufahrt zum Roten Meer, wurde am 22. Mai von der ägyptischen Marine blockiert. Bis 25. Mai waren auch die syrischen, die jordanischen und einige irakische Verbände aufmarschiert.

Die ägyptische Armee versammelte sich im östlichen Sinai mit sieben Divisionen (vier Infanterie-, eine mechanisierte und zwei Panzerdivisionen) und verfügte über 900 Kampfpanzer (davon 400 T-54, 300 T-34) und etwa 1.000 Geschütze. Die ägyptische Luftwaffe war nach dem Debakel von 1956 ebenso wie die Armee mit modernstem sowjetischen Material ausgerüstet worden.

Auf 14 Flugplätzen standen etwa 120 MiG-21 und 80 MiG-19, sowie weitere 100 Düsenkampflugzeuge bereit.

Jordaniens Armee war in zwei Panzer-, eine mechanisierte und sieben Infanteriebrigaden gegliedert und besaß 300 Kampfpanzer der amerikanischen Typen M-47 und M-48 „Patton“ und des britischen Typs „Centurion“. 20 Jagdbomber der Type Hawker „Hunter“ bildeten das Rückrat der Luftstreitkräfte.

Ebenso wie die ägyptische, war auch die syrische Armee mit modernem sowjetischen Kriegsmaterial ausgerüstet. Sechs Infanterie-, zwei mechanisierte und zwei Panzerbrigaden, sowie acht Artillerieregimenter verfügten über 465 Kampfpanzer und etwa 300 Geschütze. Die Luftstreitkräfte verfügten über 142 moderne sowjetische Düsenkampfflugzeuge. Ein Teil der irakischen Luftwaffe (gesamt rund 100 Kampfflugzeuge) sollte ebenfalls in die Luftoperationen eingreifen.

Das israelische Heer war in 23 Brigaden gegliedert (davon zehn Panzerbrigaden) und mit 800 Kampfpanzern (250 „Centurion“, 200 M-48 „Patton“, 200 „Sherman“, 150 AMX-13) und 150 Geschützen ausgerüstet. Den

kampfkraftigsten Teil der Luftstreitkräfte bildeten die 72 (Mach 2) Jagdflugzeuge der Type Dassault „Mirage III“; etwa 190 Düsenflugzeuge älterer Bauart waren hauptsächlich als Jagdbomber zu verwenden. Der israelische Nachrichtendienst hatte seit zwei Jahren ausreichende Informationen über die arabischen Streitkräfte gesammelt und konnte der Führung der Streitkräfte wertvolle Entscheidungshilfen liefern. Diese entschloss sich, zuerst den gefährlichsten Gegner, die ägyptische Armee auf der Halbinsel Sinai, auszuschalten, mit schwächeren Kräften (einer verstärkten Fallschirmjäger-Brigade) den Kampf um Jerusalem aufzunehmen und gegen Syrien vorerst in der Defensive zu bleiben. Vorher musste jedoch die Luftherrschaft errungen werden, da die mehr als dreimal so starken arabischen Luftwaffen die israelischen Truppen und das Hinterland schwer treffen konnten.

Nach einem minutiös ausgearbeiteten Plan griff die israelische Luftwaffe in den Morgenstunden des 5. Juni die ägyptischen Luftbasen auf Sinai und in Unterägypten, anschließend jene, Syriens und Jordaniens an. Während des ersten Tages flogen die meisten israelischen Maschinen teilweise bis zu sieben Einsätze. Am Abend war die totale israelische Luftherrschaft errungen. 387 arabische Kampfflugzeuge (307 ägyptische, 53 syrische, 20 jordanische und zehn irakische) waren zerstört worden, mehr als 90% davon am Boden. 19 israelische Flugzeuge waren verloren gegangen. Bereits am nächsten Tag konnte das Gros der israelischen Luftwaffe zur Luftunterstützung für das israelische Heer verwendet werden und den arabischen Armeen schwere Verluste beibringen.

Im Gegensatz zum Operationsplan des Jahres 1956, der den ersten Ansatz im Süden, den nächsten in der Mitte und den zeitlich letzten im Nordabschnitt vorgesehen hatte, begannen die Israelis diesmal mit einem Vorstoß entlang der Mittelmeerküste. Kaum waren hier erste Erfolge erkennbar, setzten sich die Brigaden im Mittelabschnitt in Bewegung. Abermals mussten sich die Israelis

auf länger andauernde Kämpfe im Schlüsselraum Abu Ageila einstellen, wobei jedoch das Angriffsverfahren des Jahres 1956 auf keinen Fall kopiert werden sollte. Schließlich hatte sich die Südkolonne in Marsch zu setzen. Nach den ersten wie man in Tel Aviv hoffte entscheidenden Erfolgen auf Sinai sah der israelische Operationsplan die rasche Zuführung von Kräften aus diesem Raum ins Westjordanland und an die syrische Grenze vor, wobei der Vorteil der „inneren Linie“ wieder voll ausgenützt werden sollte.

Zum Zeitpunkt, als die israelische Luftwaffe die ersten ägyptischen Flugfelder angriff, setzten sich die nördlichste israelische Division unter Generalmajor TAL und eine Panzerbrigade unter Oberst Mandler in Marsch und schnitten nach kurzen, heftigen Kämpfen die 20. ägyptische Division westlich Khan Yunis im Gaza-Streifen ab, um sich dann mit Masse gegen die 7. ägyptische Division im Raum El Arisch und Bit Lathan zu wenden, die ebenfalls zersprengt wurde. Ein Versuch der 4. ägyptischen Panzerdivision, den israelischen Vorstoß an der strategisch wichtigen Straßenkreuzung von El Arisch aufzuhalten, scheiterte im gezielten Feuer israelischer Panzer, die daraufhin weiter nach Westen vordringen konnten.

Zwei weitere Divisionen (Mitte und Süd) unter Generalmajor Joffe und Generalmajor Sharon durchbrachen mit starker Artillerieunterstützung das ägyptische Zentrum nördlich und südlich von Abu Ageila. Die ägyptischen Artilleriestellungen wurden von einem mit Hubschraubern abgesetzten Fallschirmjägerbataillon im Nahkampf genommen, die Panzerverbände der 2. und 3. ägyptischen Infanteriedivision in darauf folgenden Gefechten dezimiert, von einer kleinen israelischen „Task Force“ (7 Kampfpanzer „Centurion“) überholt und am Westausgang des Mitla-Passes am Rückzug gehindert.

In den Morgenstunden des 7. Juni wurden die zurückflüchtenden ägyptischen Kolonnen im Sinai von der israelischen Luftwaffe angegriffen und schwer getroffen. Die meist führerlos gewordenen ägyptischen Verbände hatten so gut wie keine Möglichkeit mehr, dem Krieg noch eine Wende zu geben. Nachdem

die israelischen Spitzen den Suezkanal nördlich El Kantara erreicht hatten und Sharm El-Sheik durch eine Luftlandung genommen worden war, war der Krieg auf der Halbinsel Sinai praktisch beendet.

Wesentlich heftigere Kämpfe hatte die israelische Fallschirmjäger-Brigade bei der Eroberung von Ost-Jerusalem zu bestehen. Am 6. Juni begann der Angriff, unterstützt durch 30 „Sherman“-Panzer der „Jerusalem-Brigade“. In einem blutigen Häuser- und Straßenkampf wurden wichtige Positionen der Stadt bis zum Abend genommen. Jedoch dauerte die Säuberung der Altstadt noch bis zum Mittag des nächsten Tages. Die Entscheidung fiel jedoch nicht durch die psychologisch sehr wichtige Eroberung Jerusalems, sondern durch den Einsatz mechanisierter Verbände im offenen Gelände.

Im nördlichen Westjordanland konnte eine israelische mechanisierte Brigade den Widerstand der jordanischen Verbände noch am Abend brechen. Der Gegenangriff der jordanischen 40. Panzerbrigade wurde im Laufe des 6. Juni durch israelische Luftangriffe bei Nabatiya und bei Jenin zerschlagen, ihr Rückzugsweg von einer israelischen Reservebrigade mit Panzerunterstützung verlegt. Nur acht Kampfpanzer überquerten die Damiya-Brücke. Nach dem israelischen Zangenangriff auf Nablus brach der jordanische Widerstand im Norden der Westbank zusammen. Im Laufe des 7. Juni wurde auch der Süden (Betlehem, Hebron) von israelischen Truppen besetzt. Hier war der jordanische Widerstand wesentlich geringer. Nur Reste der auf der Westbank aufmarschierten jordanischen Truppen konnten sich über den Jordan zurückziehen.

Die letzte, aber nicht minder blutige und entscheidende Phase des Krieges bildete die Besetzung der Golanhöhen durch israelische Truppen. Dieser von den Syrern außerordentlich stark befestigte Höhenzug, über dem Landstrich Galiläa gelegen, bot den im Raum Kuneitra aufmarschierten vier syrischen Brigaden zahlreiche taktische Vorteile. Am 8. Juni begann die israelische Luftwaffe mit heftigen Bomben- und Napalm-Angriffen auf die Befestigungen,



die aber doch erst in erbitterten Nahkämpfen von der nördlich des Kibbuz Kfar Sold angreifenden „Golani-Brigade“ (mit Gebirgstruppen vergleichbar) bei Tel Fahar genommen werden konnten, bevor die israelische 8. und eine gemischte Panzerbrigade die Höhen gewinnen und die syrischen Panzerbrigaden angreifen konnten. Zwei weitere israelische Brigaden, die eine von der Halbinsel Sinai, die andere aus dem Raum Nablus kommend, trafen am Morgen des 9. Juni ein, schlugen die syrischen Panzer-Verbände in Begegnungsgefechten und drangen mit stärkster Luftunterstützung weiter auf Kuneitra vor, das am Nachmittag genommen werden konnte. Zur Flankensicherung landeten israelische Hubschrauber.

Teile der Fallschirmjägerbrigade landeten östlich des Sees von Tiberias. Die syrische Verteidigung brach nun rasch zusammen; israelische Aufklärungseinheiten fühlten bereits bis auf 30 km nach Damaskus vor. Unter dem Druck der Sowjetunion, die eine totale Niederlage ihrer arabischen Verbündeten verhindern wollte, und der USA, die eine direkte Verwicklung, eventuell sogar eine Konfrontation der beiden Supermächte befürchteten, kam es am 10. Juni zur Annahme eines Waffenstillstandes durch beide Seiten, der um 19:30 Uhr wirksam wurde.

Um den Preis von 679 Gefallenen (davon 25 Piloten) und 2.563 Verwundeten hatte Israel die bereits aufmarschierten Streitkräfte von drei arabischen Staaten entscheidend geschlagen. Waren noch 1956 die englischen und französischen Luftstreitkräfte an der Vernichtung der ägyptischen Luftwaffe beteiligt gewesen, was den Vormarsch der israelischen Truppen auf der Halbinsel Sinai zweifellos erleichterte, wenn nicht erst möglich gemacht hatte, so konnte Israel diesmal den Sieg für sich allein beanspruchen. Die Einsatzdichte der israelischen Luftwaffe (etwa 1.500 Einsätze) am ersten Tag des Krieges verleitete Ägypten zu der Behauptung, amerikanische und britische Trägerflugzeuge wären an den Angriffen beteiligt gewesen.

Etwa 72% der ägyptischen, 64% der syrischen und 83% der jordanischen Luftwaffe waren bei Kriegsende vernichtet; 650 ägyptische, mehr als 50 syrische und etwa 150 jordanische Kampfpanzer waren verloren gegangen. Die ägyptischen Luftabwehrraketen des sowjetischen Typs SAM-42 kamen nicht zum Einsatz; drei SAM-2 wurden von den Israelis unbeschädigt erbeutet.

Der israelische Erfolg war aber nicht nur das Ergebnis des Einsatzes von teilweise überlegenen Waffensystemen und deren perfekter Handhabung, sondern auch ein Erfolg des gesamten Mobilmachungssystems und der Logistik. Israel bemühte sich seit der Staatsgründung, immer rund 10% seiner Bevölkerung in einem Krieg militärisch einsetzen zu können. Die Mobilmachung erfolgte in aller Stille und mit einer unerhörten Präzision, sodass sich die zahlenmäßige Unterlegenheit, die an sich gegeben war, kaum bemerkbar machte. Des weiteren waren die Israelis außerordentlich geschickt in der Wartung und Reparatur ihrer Kriegsmittel, von denen immer ein Maximum einsatzbereit war. Auf dem Sektor der Sanitätsversorgung wurde ebenfalls Großartiges geleistet, sodass sich die Verluste in erstaunlich niedrigen Grenzen halten ließen.

Falsch wäre es jedoch, den arabischen Misserfolg ausschließlich auf mangelnde Kampfmoral zurückzuführen, obschon diese einen Vergleich mit jener der israelischen Truppen nicht aushielt. Die ägyptischen Infanteristen verteidigten sich in ihren Stellungen zäh. Wurden diese jedoch nicht aus der erwarteten Richtung angegriffen, so reagierte die Führung viel zu spät; bei der Truppe trat fallweise Panik auf.

Sehr oft hatten die ägyptischen Panzerverbände ein Hauptelement ihrer Kampfkraft aufgegeben: ihre Beweglichkeit war durch das Eingraben der Panzer verloren gegangen, die Panzer wurden zur reinen Unterstützungswaffe der Infanterie degradiert. Deckung wurde der besseren Wirkung vorgezogen.

Demgegenüber leistete die nach britischen Richtlinien ausgebildete jordanische Armee sowohl bei der Verteidigung Jerusalems wie auch im Norden der

Westbank (Raum Nablus), wo sie mit ihren Panzerverbänden geschickt operierte, einen beeindruckenden Widerstand. Aber auch hier wirkte sich die israelische Luftüberlegenheit so nachhaltig aus, dass der Widerstand nach drei Tagen zusammenbrach.

An der syrischen Front kam es erst nach dem israelischen Durchbruch auf der Golan-Hochebene zu Auflösungserscheinungen.

Die Notwendigkeit der Kampfführung mit verbundenen Waffen (mechanisierte Verbände, Artillerie und das Zusammenwirken mit den Luftstreitkräften) hatte sich im Juni-Krieg erneut bestätigt. Obwohl die materiellen Verluste Ägyptens und Syriens von der Sowjetunion binnen weniger Monate wieder ersetzt wurden, wogen die personellen Verluste doch schwer:

Ägypten zählte 5.000 Gefallene, 15.000 Verwundete, etwa 15.000 Gefangene (die allerdings rasch freigelassen wurden); Syrien hatte 2.000 Gefallene und Verwundete zu beklagen, Jordanien 8.000 Tote und Verwundete sowie 15.000 Gefangene.

Trotz des großen israelischen militärischen Erfolges im „Sechs-Tage-Krieg“ zeichnete sich keine politische Lösung für den Nahen Osten ab. Israel hatte mehr als das Vierfache seines Staatsgebiets besetzt, damit hunderttausende Palästinenser in seinem Besatzungsgebiet zu überwachen und übte in den besetzten Gebieten eine strenge militärische Kontrolle aus.

1968 begann der weltweite Terrorfeldzug radikaler Palästinensergruppen, der jedoch die Lage der in Lagern in den arabischen Staaten lebenden Palästinenser nicht veränderte und hohe zivile Opfer fordern sollte. Das schwerste Gefecht zwischen israelischen und jordanischen, bzw. PLO Gruppen fand am 21. März 1968 bei Karameh (nordöstlich von Jericho) statt, in dem auch die israelische Armee überraschenderweise relativ hohe Verluste hinnehmen musste.

Schon im Herbst 1967 kam es zu heftigen Artillerieduellen am Suez-Kanal; der israelische Zerstörer „Elath“ wurde auf einer Patrouillenfahrt am 21. Oktober

1967 von den Schiff-Schiff-Lenk Waffen ägyptischer Schnellboote (sowjetische Herkunft) versenkt (erster Verlust eines Kriegsschiffes durch selbstgesteuerte Schiff-Schiff-Raketen in der Seekriegsgeschichte).

Der bis Juni 1970 tobende „Abnutzungskrieg“ („war of attrition“) brachte aber für die mit modernem sowjetischen Kriegsmaterial wieder neu ausgerüsteten ägyptischen Streitkräfte, abermals schwere Verluste. Erfolgreiche israelische Kommandoaktionen bis tief in das ägyptische Hinterland hinterließen in der ganzen Welt den Eindruck einer nicht mehr operativ einsatzfähigen ägyptischen Armee, die trotz stärkster Militärhilfe der Sowjetunion (20.000 Militärberater) die israelische Armee und Luftwaffe (Abschuss von 80 ägyptischen Flugzeugen) in ihren Aktionen nicht wesentlich behindern konnte.

### **Die politisch-strategische Situation der UdSSR**

Nach dem „Harmel-Bericht“ der NATO wurde für die Warschauer Pakt-Staaten definitiv die Phase der „Friedlichen Koexistenz“ eingeleitet, deren ideologische Grundlagen bereits in den vergangenen Jahren neu definiert worden waren. Der Sturz Chruschtschows am 16. Oktober 1964 hatte zum Machtantritt einer Führungstroika Breschnew - Kossigyn - Podgorny geführt, die der Anfang der sechziger Jahre sichtbaren Wirtschaftskrise wirksam begegnen und die Stabilisierung der sowjetischen Herrschaft in Osteuropa weiter vorantreiben wollte. Unter der Herrschaft Chruschtschows war der Personalstand der sowjetischen Streitkräfte stark reduziert worden (um rund 1,4 Millionen Mann). Die qualitative Verstärkung der Landstreitkräfte (im Jahre 1968 verfügte die sowjetische Armee über 45 Panzerdivisionen, 88 Motorisierte Schützen-Divisionen und sieben Luftlandedivisionen) ging allerdings mit jener der Luftstreitkräfte einher, die nun in großer Zahl moderne Kampfflugzeuge erhielten (MiG 21, Su 7, Tu 16 und Tu 22) erhielten.<sup>41</sup> Die Seestreitkräfte wurden unter Admiral Gorshkow bis 1968 von der erweiterten

---

<sup>41</sup> John T. Greenwood, The Aviation Industry, in: Robin Higham- John T. Greenwood and Von Hardesty (Ed.), Russian Aviation and Air Power in the Twentieth Century. London 1998. S.151.

Küstenverteidigung („Antiamphibik-Programm“) schrittweise zu einer Hochseeflotte mit zwei Hubschrauberträgern, acht modernen Kreuzern mit Raketenbewaffnung sowie drei älteren Kreuzern mit FlA Raketen, zwölf älteren Kreuzern und etwa 100 Zerstörern, Fregatten, 50 U - Booten mit strategischen Raketen und mehr als 250 taktischen Unterseebooten - zum Teil schon mit Seeziel - Raketen ausgerüstet – umgerüstet. Ebenso erfuhren die strategischen Raketentruppen eine weitere quantitative und qualitative Aufwertung. Diese sehr kostenintensive Umstrukturierung der Streitkräfte machte - allerdings wiederum langfristig auf Kosten der zivilen Infrastruktur - beträchtliche Fortschritte. Dieser Prozess war auch in den anderen Staaten des Warschauer Paktes zu beobachten. Die eigenständige Politik Rumänien und Jugoslawiens wurde mit argwöhnischen Interesse von der sowjetischen Führung beobachtet und sollten in Westeuropa und den USA im Sommer 1968 zu Befürchtungen über sowjetische Interventionsabsichten führen.

### **Die politische und gesellschaftliche Lage in Westeuropa um die Mitte der sechziger Jahre**

Um die Mitte der sechziger Jahre war es zu einer schrittweisen Steigerung einer Protesthaltung der jungen Generation gegenüber einzelnen - gewiss kritikwürdigen - Erscheinungen der späten „Wirtschaftswunder“ - Jahre gekommen. Das mit einer langen Stabilisierungs- und auch zum Teil Stagnationsphase politischer Institutionen nach 1945 verbundene Phänomen eines kontinuierlichen Wirtschaftswachstums, das auch mit einer Überbewertung des Konsumgedankens verbunden war, hatte dem stetigen Wertewandel bei einem Teil der jungen Generation zuwenig Rechnung getragen.

Immerhin hatte zwar ein Teil der Generation der später sogenannten „68er“ nicht zuletzt durch Entbehrungen und Verzicht der Elterngeneration auf eigenen Konsum die unmittelbare Nachkriegszeit physisch relativ wenig beschadet überstanden. Sie stand nun den abgelaufenen Entwicklungen bzw. der

gesellschaftlichen Stagnation in einzelnen Bereichen des öffentlichen Lebens zur Mitte der sechziger Jahre verständnislos, manchmal allerdings - nur ein geringer Prozentsatz der jungen Generation - sogar ablehnend gegenüber.

Während ein Teil davon sich in eine eher diffuse „Gegenkultur“-Bewegung flüchtete, die allerdings zum Teil mit „Aktions - Kunst“ und im kritikloser Propagieren des Drogenkonsums innerhalb weniger Jahre weitgehend degenerieren sollte, ging der radikalere – wesentlich kleinere - Teil in den folgenden Jahren zum Teil völlig andere Wege.

In der Bundesrepublik Deutschland hatten Unruhen nach dem Erschießung eines Studenten durch einen Polizisten (wie sich nahezu fünf Jahrzehnte später herausstellen sollte war dieser Polizist ein Agent der Staatssicherheit der DDR) bei einer Demonstration gegen einen Staatsbesuch des Schah von Persien in Berlin im April 1967 schon einen ersten „Vorgeschmack“ auf die ein Jahr später stattfindenden und wesentlich heftiger ablaufenden Ausschreitungen nach dem Attentat gegen den Studentenführer Rudi Dutschke gegeben.<sup>42</sup>

Auch Frankreich selbst drohte im Mai 1968 kurzfristig im Chaos zu versinken. Studentendemonstrationen in Paris lösten binnen kurzer einen Generalstreik in weiten Teilen des Landes aus (dessen Organisation noch heute nicht ganz durchschaubar ist), der bis Ende Mai andauern sollte und anarchische Zustände in Paris auslöste oder auch in anderen Teilen des Landes zumindest befürchten ließ. Staatspräsident de Gaulle gelang es mit Hilfe der Regierung Pompidou und dem Einvernehmen mit der PCF, die Lage durch eine beträchtliche Erhöhung der Mindestlöhne zu beruhigen. Bei den im Juni 1968 folgenden Neuwahlen erhielten die Gaullisten nahezu 60% der Mandate in der Nationalversammlung. Die „Participation“ (Beteiligung der Arbeitnehmer am Gewinn der Unternehmen) und weitere soziale und bildungspolitische Reformen

---

<sup>42</sup> Dazu als interessante Darstellung eines kritischen Zeitzeugen Götz Aly, Unser Kampf 1968 – ein irritierter Blick zurück. Frankfurt am Main 2008.

ermöglichten schließlich eine weitere Beruhigung der innenpolitischen Lage in Frankreich.<sup>43</sup>

---

<sup>43</sup> Ernst Weisenfeld, *Geschichte Frankreichs seit 1945. Von de Gaulle bis zur Gegenwart*. München 1997. S.177- 191; Robert Gildea, *France since 1945*. Oxford 1996. S.51-55; Peter Schunck, *Geschichte Frankreichs von Heinrich IV. bis zur Gegenwart*. München - Zürich 1994. S. 586-599.

Dr. Hubert Speckner

### ***Der sicherheitspolitische Einsatz des Bundesheeres an der Grenze 1967***

Vor 40 Jahren, am 31. Dezember 1967, endete der erste große „Sicherheitspolizeiliche Assistenzeinsatz“ des Österreichischen Bundesheeres an der Grenze zu Italien. Aufgrund der ständig gewaltsamer agierenden „terroristischen Kräfte“, die – im völkerrechtlichen Zusammenhang betrachtet – nicht grundlos die Unzufriedenheit der deutschsprachigen Bevölkerung in Südtirol vor Augen führen wollten, drohte Italien mit einem „Veto“ bei den laufenden Beitrittsverhandlungen Österreichs zur „Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft“ (EWG). Die Österreichische Bundesregierung sah sich aufgrund dieser Drohungen und nach einem besonders blutigen Vorfall an der „Porzescharte“, bei dem in der Nacht vom 25. auf den 26. Juni 1967 vier italienische Soldaten ihr Leben verloren, genötigt, etwas gegen den Vorwurf von italienischer Seite zu unternehmen, die aus dem österreichischen Staatsgebiet operierenden „Terroristen“ ungehindert gewähren zu lassen. Als Italien dann am 1. Juli 1967 die Beitrittsverhandlungen zur EWG mit den Anschlägen in Südtirol und der Forderung an Österreich, die Rückzugsmöglichkeit der „Terroristen“ auf sein Staatsgebiet zu unterbinden verknüpfte, wurde über den bereits seit 1961 bestehenden verstärkten Einsatz von Gendarmeriebeamten der „konzentrierten Abteilung“ hinaus der Einsatz des Österreichischen Bundesheeres angeordnet. Mit einem „Vorbefehl“ vom 10. Juli und Ministerratsbeschluss vom 11. Juli 1967 wurden ab 12. Juli jeweils drei Bataillone des Bundesheeres „zur Assistenz an der Tiroler und Salzburger Grenze nach Italien“ in vorerst drei Turnussen in der Dauer von jeweils ca. sechs Wochen befohlen.

Somit befanden sich mit Vorkommandos am 12. Juli und in voller Stärke am 14. Juli 1.584 Mann an der Grenze: Vom Reschenpass bis zum Brenner stand das Jägerbataillon 23 aus Bregenz (mit einer Kompanie aus Imst) im Einsatz, daran schloss das Jägerbataillon 4 aus Wien samt einem Zug beim Krimmler Tauernhaus auf Salzburger Landesterritorium an und in Osttirol stand das



Jägerbataillon 25 aus Klagenfurt im Einsatz. Geführt wurden die eingesetzten Bataillone durch die 6. Jägerbrigade in Innsbruck im Raum Nordtirol mit dem vorgesetzten Gruppenkommando III in Salzburg und die 7. Jägerbrigade in Klagenfurt im Raum Osttirol mit dem vorgesetzten Gruppenkommando II in Graz. Zusätzlich wurde für den Bereich Nordtirol die Befehlsebene des „Regimentskommandos Süd“ unter der Führung von Oberstleutnant Karl Ruef dazwischengeschaltet, durch das die beiden eingesetzten Bataillone nach den Vorgaben des Brigadekommandos geführt werden sollten.

Mit 24. August 1967 ging die Kommandoführung von der 6. und 7. Jägerbrigade auf das Militärkommando Tirol mit Oberstleutnant Karl Ruef als Kommandant des Einsatzstabes „Assistenz Süd“ über. Aufgrund der schlechten Witterung hatte die italienische Armee auf der anderen Seite der Grenze, zu der trotz Verbotes der Kontaktnahme in den meisten Einsatzabschnitten gute Kontakte von den eingesetzten Kräften unterhalten wurden, eine Reduktion ihrer ursprünglich Einsatzstärke von ca. 10.000 Mann durchgeführt, wodurch das Gruppenkommando III ebenfalls eine Reduktion der Kräfte des Bundesheeres von ursprünglich 33 Stützpunkten auf sieben in Nordtirol und drei in Osttirol beurteilte. Mit der Ablöse am 21. November 1967 wurde die Reduktion der Assistenzkräfte von jeweils drei Bataillonen auf drei Kompanien durchgeführt. Am 12. Dezember wurde durch das Abrüsten vieler Grundwehrdiener der Einsatz weiter reduziert, sodass noch 168 Soldaten im Assistenzeinsatz verblieben. Schließlich wurden mit 19. Dezember die eingesetzten drei Kompanien auf drei Züge in vier Stützpunkten in Nordtirol und einem Stützpunkt in Osttirol reduziert. Während der Durchführung kam der Befehl zur Einstellung des Assistenzeinsatzes mit Wirkung vom 31. Dezember 1967.

Eine der Schlüsselfragen zu diesem Einsatz ist der Grund des Einsatzes von Verbänden aus Wien, dem Burgenland, der Steiermark, Kärntens und aus Vorarlberg. Einer weit verbreiteten Meinung zufolge sollten keine Tiroler Verbände bei diesem ersten groß angelegten „Sicherheitspolizeilichen

Assistenzeinsatz“, der unter der Führung des Innenministeriums im Wege der Sicherheitsdirektion Innsbruck für den Bereich Nordtirol sowie des Bezirkshauptmannes von Lienz für den Bereich Osttirol stand, eingesetzt werden. In den ersten Tagen des Einsatzes im Juli 1967 verlauteten auch dementsprechende Pressemeldungen in Tirol mit Hinweis auf Quellen aus Wien. In der Realität wurden allerdings von Beginn des Einsatzes weg einerseits das Kommando der 6. Jägerbrigade in Innsbruck und andererseits auch die im Raum Nordtirol stationierten Tragtierkräfte, die unabdingbar für die Versorgung der Assistenzkräfte waren, eingesetzt. Diesem ursprünglich vorhandenen Versuch der Aussparung von Soldaten aus Tirol lag zweifellos ein politischer Wille zugrunde. Dem stand die reale militärische Einsatzführung entgegen und diese ging augenscheinlich von den vorhandenen umfangreichen operativen Planungen des Generalstabes des Österreichischen Bundesheeres aus. Am 12. Juni 1967 – genau einen Monat vor Beginn des Einsatzes an der Grenze zu Südtirol – wurde der Operationsfall „Braun“ als siebenter von insgesamt neun Operationsfällen zur weiteren Bearbeitung an die Gruppenkommanden I bis III und das Kommando der Luftstreitkräfte verteilt. Bei einem Studium dieses Operationsfalles zeigt sich, dass alle im Assistenzeinsatz eingesetzten Verbände einerseits jene Verbände waren, die gemäß Operationsfall „Braun“ im Raum Nord- und Osttirol einzusetzen waren, und andererseits in den meisten Fällen der tatsächliche Einsatzraum im Assistenzeinsatz mit dem Einsatzraum der operativen Planungen übereinstimmte.

Aufgrund der im Jahr 1967 wirksamen Heeresgliederung in „Einsatzbrigaden“ wäre praktisch jeder Verband des Österreichischen Bundesheeres an der Grenze zu Südtirol einsetzbar gewesen. Der Einsatz der Verbände aus Wien, dem Burgenland und der Steiermark sowie aus Kärnten und Vorarlberg war nicht durch „Zufall“ oder durch bewusstes „Aussparen“ von Tiroler Verbänden begründet, sondern wurde offenbar zielorientiert durchgeführt.

Die Frage nach dem Nutzen des Einsatzes kann einerseits mit dem völligen Ende der Anschläge in Südtirol beantwortet werden. Im Sinne der – als „Farbenfälle“ bezeichneten – operativen Planungen der Jahre 1966 und 1967 muss allerdings auch der enorme Ausbildungsgewinn der damaligen Kadersoldaten ins Kalkül gezogen werden. Durch keine noch so intensive Kaderfortbildung wäre eine derartige Geländekenntnis des eingesetzten Kaders zu erreichen gewesen.<sup>44</sup>

---

<sup>44</sup> Dieses Kapitel stützt sich weitgehend auf eine Ausarbeitung von Dr. Hubert Speckner, der seit 2007 zum sicherheitspolitischen Problem der „Südtirol-Frage“ forscht.



## **Die Gründung der Gesellschaft für „Gesellschaft für politisch-strategische Studien“ im Jahr 1967**

Der 1918 in Wien geborenen Georg (Reichsfreiherr von) Gaupp-Berghausen, der 1937 als Einjährig-Freiwilliger in das Bundesheer eingetreten war, hatte nach dem Anschluss 1938 als Offizier der Deutschen Wehrmacht und Ritterkreuzträger den Dienstgrad eines Hauptmanns in einer Panzerdivision erreicht, der 1944 wegen seiner offen ablehnenden Haltung gegen die Verbrechen des Nationalsozialismus mehrmals Kriegsgerichtsverfahren und möglicherweise sogar dem Prozess vor dem „Volksgerichtshof“ unter dem gefürchteten Vorsitzenden Roland Freisler entgangen war.

Schon Ende der vierziger Jahre war Gaupp-Berghausen (unter dem Decknamen „St.“) maßgeblich an den Überlegungen und Planungen für den Aufbau des Österreichischen Bundesheeres und eines effektiven militärischen Nachrichtendienstes beteiligt (gemeinsam mit dem ersten General des Bundesheeres Emil Liebitzky, dem ehemaligen Chef des militärischen Nachrichtendienstes der k.u.k. Heeres 1917/18 und in der Ersten Republik Generalmajor a.D. Maximilian Ronge, dem ehemaligen Leiter der Abteilung II der Abwehr in der Deutschen Wehrmacht Generalmajor a.D. Erwin Lahousen und dem ehemaligen Leiter der Heerespsychotechnischen Stelle im Bundesheer der Ersten Republik und späteren Stellvertretenden Leiter der Abwehrstelle in Wien Kurt Fechner, der auch ab 1956 die Gruppe „Nachrichtenwesen im Bundeskanzleramt bzw. im Bundesministerium für Landesverteidigung übernehmen sollte).

In den folgenden Jahren wurde Gaupp-Berghausen Berater der Familie der Fürsten von Liechtenstein, Konsul Spaniens in Liechtenstein, österreichischer Konsul in Costa Rica und engagierter Reserve-/Milizoffizier im Büro für Wehrpolitik sowie in der Gruppe Nachrichtenwesen (ab 1972 Heeresnachrichtenamt) bis zu seinem Tod im Jahr 1985 ein anerkannter Experte auf dem Gebiet der Hispanistik.

Das hohe intellektuelle Niveau Georg Gaupp-Berghausens und seine internationalen Kontakte überzeugten ihn schließlich Ende 1966, die „Gesellschaft für politisch-strategische Studien“ zusammen mit mehreren prominenten Österreicher zu gründen, um die österreichische interessierte Öffentlichkeit mit der Darstellung der strategischen Lage in Europa, aber letztlich auch im weltweitem Kontext durch Vorträge und internationale Tagungen mit internationalen Experten zu informieren und zu Diskussionen anzuregen. Gaupp-Berghausen übernahm die Präsidentschaft der Gesellschaft und wurde von Wiener

Rechtsanwalt Dr. Hannes Stampfer als Vizepräsident, den prominenten tschechischen und Schweizer Staatsbürger Karl Schwarzenberg (\*1937), der jedoch schon seit 1948 in Österreich lebte und über hervorragende Kontakte zu den großen politischen Parteien in Österreich verfügte, sowie Brigadier Dr. Rudolf Forenbacher als Schatzmeister unterstützt. Zu den ersten Mitgliedern gehörten unter anderen der Widerstandskämpfer der Jahre 1938-45 und nunmehrige Journalist und Verleger Fritz Molden, der Journalist und ORF-Chefredakteur Alfons Dalma, Dr. Erich Watzke vom ORF, sowie Generaltruppeninspektor General Erwin Fussenegger, Brigadier Gustav Habermann, Brigadier Johann Freissler OberstdG Otto Heller, OberstdG Alexander Kragora sowie Ministerialrat Dr. Johann Ellinger

Schon bald in den folgenden Jahren stieß auch der Leiter der Presseabteilung der Vereinigung Österreichischer Industrieller Dr. Herbert Krejci, sowie der spätere General und Armeekommandant Emil Spannocchi, Oberst dG Wilhelm Kuntner, sowie OberstdG Dr. Mario Duic zum engeren Kreis der Gesellschaft; zahlreiche weitere Beitritte folgten in den nächsten Jahren.

Es zeigte sich schon bei der ersten von der Gesellschaft veranstalteten Internationalen Tagung „Wehrformen im Atomzeitalter“ vom 20.-22. September 1968, die im Palais Schwarzenberg in Wien mit über 110 prominenten fast

durchwegs anwesenden Teilnehmern stattfand, dass nicht nur hochrangige und fachlich ausgezeichnete Vortragende aus vielen Staaten der Welt an dieser Tagung teilnahmen und ihre Gedanken und Konzepte vortrugen, sondern auch die österreichische Politik besonderes Interesse an den Aktivitäten der Gesellschaft zeigte. Der Bundesminister für Landesverteidigung, Dr. Georg Prader nahm an der Tagung teil. Bei der Tagung wurde auch eine potentielle atomare Bewaffnung der neutralen und blockfreien Staaten kontroversiell, aber doch sachlich diskutiert.

Die folgenden Studientagungen behandelten jeweils das Thema

„Subversive Strategie“ (1969 in Feldkirch);

„Die europäische Sicherheitskonferenz“ (1971 in Vaduz/FL)

„Entwicklungstendenzen im Mittelmeer und ihre Auswirkungen auf Mitteleuropa“ (1972 in Graz)

„Die Konferenzen von Helsinki und Wien“ (1973 in Bendorf/FL)

„Die Sicherheit Europas“ (1974 in Guadalajara/Spanien)

„Motive von Militärrevolten und ihre Auswirkungen auf die Aufgaben der Armeen von heute“ (1975 in Wien).

In diesen Jahren hatte der Verein bis 1977 seinen Vorstand (neben der Präsidiale) auf sieben Mitglieder erweitert, verfügte über 14 ordentliche Mitglieder und einen wissenschaftlichen Beirat mit 25 Mitgliedern.

Die sich langsam, aber stetig verschärfende strategische Situation zwischen den beiden große Machtblöcken führten thematisch bis zum Beginn der achtziger Jahre zu vielen Veranstaltungen, die sich auf die Analyse dieser Entwicklungen bezogen.

## **Die strategische Lage in Europa in den frühen achtziger Jahren und die Auswirkungen auf die österreichische Sicherheitspolitik und Landesverteidigung**

Die eminenten Auswirkungen des „Nachrüstungsbeschlusses“ der NATO - vom 12. Dezember 1979 und der Beginn der Stationierung von Mittelstreckenwaffen des NATO - Bündnisses Cruise Missiles“ und Mittelstreckenraketen „Pershing II“ in der Bundesrepublik (nach dem Bundestagsentscheid vom 22. November 1983 wurde am „Doppelbeschluss“ festgehalten) sowie in Großbritannien (ab 1. Juli 1982 bei Greenham Common) und Italien (bei Comiso) als Antwort auf die seit der zweiten Hälfte der siebziger Jahre erfolgte Stationierung der sowjetischen Mittelstreckenraketen vom Typ "SS-20" (NATO - Bezeichnung) in den westlichen Teilen der Sowjetunion (aber auch im asiatischen Teil) sollte mittelfristig eine Entwicklung in der globalen Sicherheitspolitik einleiten, deren massive reale Auswirkungen in diesen Jahren praktisch noch niemand wirklich abschätzen konnte.<sup>45</sup>

Die NATO war bei ihrer Doktrin der "Vorneverteidigung"<sup>46</sup>, die - entgegen den Behauptungen der „Gegenseite“ - in diesem Zeitraum, zumindest aber ab den späten sechziger Jahren, niemals mehr eine "Vorwärtsverteidigung" war, geblieben.<sup>47</sup>

---

<sup>45</sup>Helga Haftendorn, Sicherheit und Stabilität. Außenbeziehungen der Bundesrepublik Deutschland zwischen Ölkrise und NATO - Doppelbeschluss (= dtv Deutsche Geschichte der neuesten Zeit Bd.4530 München 1986; sowie auch diess., Kontinuität und Wandel des außenpolitischen Entscheidungsprozesses in der Bundesrepublik Deutschland, in: Militärgeschichte, Heft 4, 4.Quartal 1999. S.72–78; Peter Grier, The Short Happy Life of the Glick-Em. Twenty years ago, the Air Force activated its first Ground Launched Cruise Missile Wing in Europe, in: Air Force Magazine, July 2002. S.70-74.

Dazu auch die als resümierende Überblicksarbeit von Wolfgang Benz, Deutschland seit 1945. Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR. Chronik - Bilder - Dokumente. München 1990.

<sup>46</sup>Dazu K. Peter Stratmann, NATO - Strategie in der Krise ? Militärische Optionen von NATO und Warschauer Pakt in Mitteleuropa .(Internationale Politik und Sicherheit Band 5). Nomos Verlagsgesellschaft Baden Baden 1981; sowie Uwe Nerlich (Hrsg.) unter Mitwirkung von Falk Bomsdorf, Die Einhegung sowjetischer Macht. Kontrolliertes militärisches Gleichgewicht als Bedingung europäischer Sicherheit.(=Internationale Politik und Sicherheit 14). Nomos Verlagsgesellschaft, Baden Baden 1982.

<sup>47</sup> Dazu Gerhard Mahler, Strategische Defensive und dynamische Vorwärtsverteidigung, in ÖMZ Heft 4/1984 S.317-32.



Die bereits in den siebziger Jahren erkennbare konventionelle Unterlegenheit der NATO - Streitkräfte in Europa führte in den USA und schließlich auch in den anderen NATO - Staaten zur Schlussfolgerung, dass eine gewisse quantitative, vor allem aber qualitative Nachrüstung für die achtziger Jahre sowohl im Bereich der strategischen und er taktischen Atomwaffen, aber auch auf der Ebene der konventionellen Streitkräfte unumgänglich war.<sup>48</sup>

Auf der Frühjahrstagung der NATO im Jahre 1985 wurde der Beschluss gefasst, dass bis Anfang der neunziger Jahre die konventionelle Rüstung der NATO - Staaten entscheidend verstärkt werden sollte.<sup>49</sup>

Für die USA waren zu dieser Zeit die Verstärkung der Luftstreitkräfte im strategischen Bereich (Wiederaufnahme der Produktion der strategischen Bombers B-1 und Nachrüstung einer größeren Anzahl von Bombern des Typs B- 52 mit Air Launched Cruise Missiles/ALCM, Vorantreiben der Entwicklungsarbeiten für einen „Stealth- Bomber“ B-2) sowie eine massive zahlenmäßige Verstärkung und Modernisierung der taktischen Luftstreitkräfte (Jäger F-15 „Eagle“, Jäger und Jagdbomber F- 16 „Falcon“, Schlachtflugzeug A-10 „Thunderbolt II“, Entwicklung des Stealth – Bombers F 117 „Nighthawk“) Vorbedingungen, die zur Aufhebung der konventionellen Überlegenheit der Warschauer Pakt – Streitkräfte als eine wesentliche Umsetzung dieser Maßnahmen galten. Von den taktischen Luftstreitkräften der USAF sollte ein erheblicher Teil der in Westeuropa stationierten Verbände bereits bis Mitte der achtziger Jahre mit diesen modernen Mustern ausgestattet sein.

Dies hing nicht zuletzt auch mit dem Aufbau einer „RDF“ („Rapid Deployment Force“) bedingt durch die eskalierend - kritische Lage im Nahen und Mittleren Osten zusammen (politischer Umbruch im Iran zu Jahresbeginn 1979, Gefährdung der Stabilität des Raumes durch sowjetische Invasion Afghanistans

---

<sup>48</sup> Robert Close, Europa ohne Verteidigung? 48 Stunden, die das Gesicht der Welt verändern. BadHonnet/Erpel und Saarbrücken 1977; Ders., Das Ungleichgewicht des Schreckens. Führt der Rüstungswetlauf zwischen Ost – und West zum Dritten Weltkrieg ?. Wien – München- Zürich – New York 1982.

<sup>49</sup> Zur technologischen Rüstungsentwicklung und zu den Vorbedingungen des ständig erweiterten qualitativen Vorsprunges der US – Streitkräfte in den achtziger Jahren vgl. Adalbert Bärwolf, Die Geheimfabrik. Amerikas Sieg im technologischen Krieg. München 1994.

ab Dezember 1979 und die Verschärfung der Libanonkrise in den Jahren 1982 - 1984), die im Falle des tatsächlichen Auftretens eines Nebenkriegsschauplatzes mit der Sowjetunion beträchtliche Kräfte der mobilen Verbände der US – Army und des Marine Corps in diesem Raum gebunden hätte.

Die bereits unter Präsident Carter in Aufstellung befindliche „Rapid Deployment Force“ zu einem wesentlichen Teil bestehend aus „Leichten Divisionen“ der Army und Verbänden des Marine Corps, war allerdings für einen Einsatz im Bereich des neugegliederten „Central Command“ vorgesehen und sollte einen eventuellen Angriff der Sowjetunion und ihrer Verbündeten im Bereich des Nahen und Mittleren Ostens, der die Ölversorgung des Westens gefährden könnte, entgegentreten.<sup>50</sup>

Die US - Army in Europa hätte daher den Auftrag gehabt, auch bei starker quantitativer Unterlegenheit gemeinsam mit ihren Verbündeten die Warschauer Pakt – Streitkräfte nach deren Angriff in Zentraleuropa wirkungsvoll zu bekämpfen und möglichst früh und weit östlich auf dem Territorium der BRD aufzuhalten.

Bei der Heeresrüstung waren im konventionellen Bereich die Entscheidungen der politischen und militärischen Führung der USA schon wesentlich früher gefallen.<sup>51</sup>

Die mechanisierten Verbände der US Army in Europa erhielten dazu innerhalb weniger Jahre den Kampfpanzer (MBT) M1 „Abrams“ und den Schützenpanzer (MICV) M 2 "Bradley" in großen Stückzahlen, um die quantitative Überlegenheit des WAPA bei diesen Waffen einigermaßen auszugleichen.<sup>52</sup>

In beträchtlicher Anzahl wurden nun den Großverbänden (Divisionen) und den Armored Cavalry Regiments) Kampfhubschrauber (in steigendem Maß der Typ

---

<sup>50</sup> Dazu Roland Flor, Kurzinformation: Erdölzentrum Mittlerer Osten, Institut für Strategische Grundlagenforschung an der Landesverteidigungsakademie. Wien, 5.November 1980.

<sup>51</sup> Zur raschen Information über den Rüstungsstand bei den zwei großen Militärpakten zu Anfang der achtziger Jahre siehe: Neue Waffen in Ost und West (Bernard und Graefe aktuell Band 12), München 1980 sowie die Truppendienst Taschenbücher über die „Streitkräfte der NATO- Staaten“ und die „Streitkräfte der Warschauer Pakt Staaten“.

<sup>52</sup> Tsouras, Changing Orders, S.229 –230.

AH 64 „Apache“), vor allem den mechanisierten Großverbänden (in eigenen „Air Brigades“) unterstellt.<sup>53</sup>

Die Einführung dieser Ausrüstungskomponenten bei dieser Reform der US - Streitkräfte in Europa waren die militärtechnische Umsetzung der Vorschrift „FM - 100 – 5“.

In dieser schienen die operativen Grundsätze der "Air - Land Battle 2000" und der "FOFA" („Follow on Forces Attack“), die in den vorausgegangenen Konzepten behandelt worden waren, auf und waren damit festgeschrieben.<sup>54</sup>

Die in diesen Jahren von amerikanischer Seite auch öffentlichkeitswirksam kundgemachte beabsichtigte Serienentwicklung der "Neutronenbombe" durch die amerikanische Rüstungsindustrie rundete diese umfassenden Bestrebungen zu einer technologischen Überlegenheit im Bereich der operativ – taktischen Waffensysteme ab.

Die moralischen Vorbehalte einzelner NATO – Partner, wie der BRD, gegen die Entwicklung der Neutronenbombe waren auch der obersten Führung des Bundesheeres schon im Sommer 1978 bekannt geworden <sup>55</sup>

Die Rolle der ab Anfang der achtziger Jahre erheblich verstärkten US – Marine sah die Bekämpfung sowjetischer Flottenverbände und Unterseeboote (und der Marinen ihrer Satellitenstaaten) auf allen Weltmeeren vor. Im Kriegsfall bestand der Hauptauftrag in der Sicherung eines raschen Nachschubes für die US – Truppen über den Atlantik im Falle eines Krieges in Europa.

---

<sup>53</sup> Dazu Peter G:Tsouras, Changing Orders. The Evolution of the World's Armies 1945 to the Present. London 1994. S.229, sowie Neue Waffen in Ost und West. Ein Überblick. (=Bernard&Graefe Aktuell 12). München 1980.

<sup>54</sup> Headquarters, Department of the Army: FM 100-5 Operations. May 1986; Christy Campbell, AirLand Battle 2000. The US – Army's Blueprint for the War of Tomorrow. Twickenham 1986; Ludwig Schulte, Amerikanische Studie "New Technology for NATO". Ein Plädoyer für die konventionelle Stärkung. In: Europäische Wehrkunde Wehrwissenschaftliche Rundschau 8/1988. S.442 – 446; Rebecca Grant, Deep Strife. AirLand Battle was all the rage in the 1980s, but its legacy, for both the Army and the Air Force, was suspicion and distrust, in: Air Force Magazine, June 2001. S.54-58; sowie John L.Romjue, Susan Canedy and Anne W. Chapman, Prepare the Army for War .An Historical Overview of the Army Training and Doctrine Command 1973 – 1993. Office of the Command Historian United States Army Training and Doctrine Command. Fort Monroe, Virginia 1993.

<sup>55</sup> Bald, Hiroshima, S.175 – 181; Zur Einschätzung der Neutronenbombe durch die österreichische militärische Führung siehe Studiensammlung MGFA, Studiensammlung 2. Bundesheer, BMLV, GTI, 190. Gedächtnisprotokoll der Dienstbesprechung am 22.7.1978.

Präsident Reagan sah nach der starken Flottenreduzierung nach dem Ende des Vietnam – Krieges daher ab 1981 den zügigen Aufbau einer „600 Ship Navy“ vor, deren Hauptaufgaben, die Aufrechterhaltung der Verbindung zwischen dem amerikanischen und dem europäischen Kontinent über den Atlantik zu sichern und in anderen Seegebieten (Mittelmeer, Pazifik) feindliche Seestreitkräfte mit nachhaltigen Erfolg zu bekämpfen, sein würden und auch zusätzlich noch fähig war, einen eventuell ausbrechenden weiteren "halben Konflikt" (eventuell in Asien –mit Nordkorea) militärisch erfolgreich zu bewältigen.<sup>56</sup>

Weniger homogen zeigten sich die parallelen Bestrebungen der anderen NATO – Staaten in den Bereichen der drei Teilstreitkräfte.

Die Marinen der übrigen 15 NATO - Staaten konnten mit der quantitativen und qualitativen Aufrüstung der US Navy in diesen Jahren trotz vereinzelter gesteigerter Rüstungsanstrengungen in keiner Weise Schritt halten.<sup>57</sup>

Während es im Bereich der Ausstattung der Luftstreitkräfte und in Teilbereichen der Landstreitkräfte zu beträchtlichen Qualitätssteigerungen der einzelnen Waffensysteme und damit auch zu einer Erweiterung der Einsatzmöglichkeiten der Kampfverbände kam, war dies bei den Seestreitkräften der europäischen NATO – Staaten allerdings in nur weitaus geringerem Maß zu beobachten.

Auf der „Gegenseite“ kam es bei einer weitgehenden Beibehaltung der Militärstrategie der Sowjetunion und des Warschauer Paktes zu einer stetigen Aufrüstungsphase.

Die neu festgelegten strategischen Optionen der NATO führten aber zu einer teilweise raschen und massiven Neustrukturierung der Streitkräfte der Sowjetunion und der meisten anderen Warschauer Pakt - Staaten. Dies betraf

---

<sup>56</sup>Kit and Carolyn Bonner, *Cold War at Sea. An Illustrated History*, Osceola 2000; Stefan Terzebasitsch, *Die Schiffe der U.S. – Navy*, Bd 1,2, Herrsching 1997; *Planning for a 600 Ship Navy in Strategy and Defence* 89 (1983) S.15- 18; *Entwicklung der U.S. Navy bis zum Jahr 2005*, in: *Soldat und Technik* 5/1988 S.264.

Noch im Frühjahr 1988 sahen die Planungen für das Jahr 2000 111 Überwasserkriegsschiffe (Kreuzer und Zerstörer), allerdings ohne Einrechnung der Flugzeugträger (Stand von 15 Trägern geplant) und Fregatten (Endausbau einer Klasse („Oliver Hazard Perry“) von mindestens 51 neuen Fregatten geplant, mindestens weitere 56 moderne waren bereits vorhanden) vor.

<sup>57</sup> Dazu als nach immer global bester Überblick zur raschen Information über Struktur und Ausrüstung der Streitkräfte der NATO – Staaten am Beginn der achtziger Jahre: *Die Armeen der NATO Staaten*. Herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft Truppendienst (= Truppendienst-Taschenbuch Band 3. 5.Aufl.) Wien 1984.

besonders die Nationale Volksarmee der DDR und die Tschechoslowakische Volksarmee.<sup>58</sup>

Die Vorwärtsverteidigung, die einen massiven Überraschungsangriff auf die Streitkräfte des Gegners, also jene der europäischen NATO - Staaten als effektivste Operation vorsah, hätte mit absoluter Sicherheit aber wohl auch die neutralen Staaten in Europa nicht „ungeschoren“ gelassen.

Dieser Großangriff war als militärische Maßnahme bei einem völligen Versagen der Möglichkeiten der Sowjetunion und ihrer Verbündeten, ihre politischen Zielvorstellungen umzusetzen, genauso wie schon in den späten sechziger und siebziger Jahren weiter aufrecht geblieben.<sup>59</sup>

Andrerseits blieb das sowjetische Bedrohungsbild bis weit in die achtziger Jahre bestehen.

Nicht zuletzt durch den anhaltenden Krieg in Afghanistan, den Abschuss einer koreanischen Verkehrsmaschine nahe der Halbinsel Kamtschatka am 1. September 1983 durch einen sowjetischen Abfangjäger und die sowjetische Perzeption der US - Intervention im Libanon und auf Grenada zwischen Frühjahr und Herbst 1983 hatten sich neue ernstzunehmende Spannungen zwischen den Großmächten im Herbst 1983 entwickelt.

Besonders das vom November 1983 in Europa stattfindende NATO Manöver „Able Archer“ ließ - auch aufgrund der erhöhten Bereitschaft der US – Streitkräfte - die sowjetische politische und militärische Führung einen

---

<sup>58</sup> Zur Einschätzung der Warschauer – Pakt - Armeen durch Autoren im mitteleuropäischen Raum in den siebziger Jahren siehe Friedrich Wiener, Soldaten im Ostblock, München 1972; sowie auch: Zur Geschichte der europäischen Volksarmeen. Hrsg. von Peter Gosztony. Aus Anlass seines 60. Geburtstages Laszlo Révész zugeeignet. Bonn – Bad Godesberg 1976.

<sup>59</sup> Robert Szeles, Die strategischen Überlegungen des Warschauer Paktes für Mitteleuropa in den 70er Jahren und die Rolle der Neutralen, in: Manfred Rauchensteiner -Wolfgang Etschmann - Josef Rausch (Hrsg.), Tausend Nadelstiche. Das österreichische Bundesheer in der Reformzeit 1970 - 1978 (=Forschungen zur Militärgeschichte 3), Graz - Wien Köln 1994.S.25 - 46; Erwin Schmidl, Im Tschechenpanzer nach Lyon. Der tschechoslowakische Kriegsplan von 1964 und seine Relevanz für Österreich. Militärwissenschaftliches Büro, Interne Informationen zur Sicherheitspolitik Nr 8 /2000. Wien, Juli 2000; Erich Reiter/Walter Blasi, Österreichs Neutralität und die Operationsplanungen des Warschauer Paktes (=Informationen zur Sicherheitspolitik. Nummer 20) Wien, Juli 1999. Dazu noch die rezenten Berichte über die Operationsplanungen von Warschauer Pakt - Streitkräften gegen Österreich und potentielle Atomwaffeneinsätze gegen Ziele in Österreich: „Warschauer Pakt wollte Wien völlig zerstören“, in: Die Presse, 10.Dezember 2001, S.1, 5 und Martin Staudinger/Erwin Schmidl:“Wien komplett zerstört“;in: Format 51/52 vom 17.12.2001.

Präventivangriff des westlichen Verteidigungsbündnisses auf den Warschauer Pakt – auch unter Einsatz der allerdings tatsächlich noch nicht in Stellung gebrachten und noch zu dislozierenden Mittelstreckenraketen „Pershing II“ – befürchten.<sup>60</sup>

Die seit Ende der sechziger Jahre laufende massive Verstärkung der sowjetischen Kriegsmarine hatte zu Anfang der achtziger Jahre für die NATO beunruhigende Dimensionen angenommen, wobei nicht nur die fast schon traditionelle Stärke der sowjetischen U – Bootflotte mit einer technologischen Verbesserung (Atomtrieb, weit reichende strategische und taktische Raketenwaffen, moderne Torpedos), sondern auch der Zulauf zahlreicher kampfkraftiger Überwassereinheiten - bis zum Flugzeugträger - mit größter Beunruhigung beobachtet wurde.

Bei einem Großangriff der Warschauer Pakt - Armeen auf Zentral - und Westeuropa hätte allein die erste Strategische Staffel des Warschauer Paktes 25 Boden – Boden – Raketen vom Typ SCUD (Reichweite 150 – 300 km) und 55 SS 21 (Reichweite 70 km) mit Atomsprengköpfen sowie zehn atomare Flugzeugbomben als atomare Kampfmittel einsetzen können, wobei die Folgewirkungen für die eigenen Truppen und später die eigene Zivilbevölkerung vorerst unberücksichtigt blieben.<sup>61</sup> Die Trägermittel hätten mit atomaren Sprengköpfen mit einer Sprengkraft zwischen 3 und 100 Kilo-Tonnen eingesetzt werden können.<sup>62</sup> Wie schon erwähnt, waren zu Ende der Siebzigerjahre bei den sowjetischen Landstreitkräften und bei den meisten Armeen des Warschauer Paktes bereits neue Mittelstreckenwaffen (z.B. SS 4, SCUD B, SCUD C, SS 20) und zahlreiche Kurzstreckenwaffen mit nuklearen Gefechtsköpfen (z.B. bereits

---

<sup>60</sup> Issacs/Downing, *The Cold War*, S.348 –350; sowie Robert Cowley (Ed.), *What if ? The World's foremost Military Historians imagine what might have been. With essays by Stephen C. Ambrose, John Keegan, David McCullough, James M.McPherson and others.* New York 1999. S.394 – 395.

<sup>61</sup> David Miller, *The Cold War. A Military History.* London 2001. S.358 – 362.

Zur zwangsläufig folgenden atomaren Verstrahlung Osteuropas nach diesen potentiellen Einsätzen von taktischen Atomwaffen durch WAPA – Streitkräfte vgl. Erik Durschmied, *The Weather Factor. How the Weather has changed History.* London 2000.S.

<sup>62</sup> David Miller. *The Cold War. A Military History.* London 2001. S.362.

auf Ebene der Divisionen die SS 21 als Nachfolger der FROG 7) in großem Umfang eingeführt worden.<sup>63</sup>

Auch überraschende Einsätze von Waffenträgern mit chemischen Kampfstoffen wurden in die operativen Planungen der WAPA - Streitkräfte einbezogen.

Letztlich hatte sich aber schon eine klare Präferenz für eine konventionelle Kriegführung in der Ära Ogarkov erkennen lassen. Das Manöver „ZAPAD („Westen“) 81“ vom 4.-12. September 1981 war seit 1960 das erste Großmanöver, bei dem nur der Einsatz konventioneller Waffensysteme durchgespielt wurde.<sup>64</sup>

Die Erfahrungen der ägyptischen und syrischen Streitkräfte im „Yom-Kippur-Krieg“ (Oktober 1973) hatten – auch bei kritischer Betrachtung der beträchtlichen Anfangserfolge der ägyptischen und syrischen Armeen gegen die israelischen Streitkräfte - die Notwendigkeit der unbedingten Anwendung der militärischen Führungsgrundsätze, der Praxis des Kampfes der verbundenen Waffen, mit engem Zusammenwirken zwischen Land - und Luftstreitkräften erneut bewiesen.<sup>65</sup>

Trotz dieser massiven Zusammenballung der militärischen Macht des Warschauer Paktes in Zentraleuropa zeigten aber beispielsweise die zum Großteil negativen Erfahrungen der mit konventionellen sowjetischen Waffensystemen ausgerüsteten Streitkräfte der mit der Sowjetunion verbündeten Staaten auf anderen Kontinenten - z.B. Äthiopiens im Kampf um die Provinz Eritrea und im Krieg gegen Somalia- und selbst jene der Sowjetischen Armee bei der Intervention in Afghanistan die Effektivität zum Teil hoch motivierter gegnerischer Kombattanten, die schließlich mit auch mit modernen

---

<sup>63</sup> Die damalige Einschätzung dieser strategisch-operativen Gedankengänge und Vorgänge durch die österreichische militärische Führung findet sich im Kapitel „Das militärische Umfeld in Mitteleuropa“ im „Bericht über den Zustand der militärischen Landesverteidigung“. Bundesministerium für Landesverteidigung, Wien 1984. S. 3-5. MGFA, Studiensammlung Bundesheer der 2.Republik.

<sup>64</sup> Dazu Frank Umbach, Das Rote Bündnis. Entwicklung und Zerfall des Warschauer Paktes 1955 – 1991. (Militärgeschichte der DDR Band 10). Herausgegeben vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt. Berlin 2005. S.238-246.

<sup>65</sup> Dazu Zeev Elron, Als Israel den Atem anhielt, in: Stig Förster (Hrsg.), Schlachten der Weltgeschichte. München 2001. S.374 - 393.

Panzerabwehr- (AT – 3 „Sagger“) - und mit einer größeren Anzahl Fliegerabwehrlenk Waffen (sowjetische SAM 7/„Strela“, britische „Redeye“ und der amerikanischen „Stinger“) ausgestattet waren.

In panzerungünstigen und gebirgigen Gelände kam daher nun daher grundsätzlich dem realen und potentiellen Einsatz der acht sowjetischen Luftlandedivisionen bzw. den neu aufgestellten Luftsturmbrigaden, deren Operationen mit stärkster Luftunterstützung ablaufen sollten, erhebliche Bedeutung zu.

Die Anfang der achtziger Jahre neu aufgestellten Luftsturmbrigaden der sowjetischen Armee und die „Speznas“ - Verbände konnten zumindest gegen Mitte der achtziger Jahre aufgrund ihrer Genügsamkeit und hohen Beweglichkeit dem Gegner, den verschiedenen Mudschaheddin – Gruppen hart zusetzen und so eine totale Niederlage der afghanischen Regierungstruppen und erhebliche Niederlagen und Verluste für die sowjetischen Verbände in den Schlachten im Bergland verhindern.<sup>66</sup>

Zwischen 1967 und 1982 waren bei den sowjetischen Landstreitkräften 30 neue Divisionen aufgestellt worden.<sup>67</sup>

Unter den Oberbefehlshabern der WAPA - Streitkräfte, dem Marschall der Sowjetunion Viktor Kulikow (1977 bis 1989) und dem Chef des Generalstabes Marschall Ogarkow (bis Sept. 1984, dann Marschall Achromeev) hatten die Landstreitkräfte (Divisionen) im Gesamtbereich des Gebietes der WAPA - Staaten Anfang der achtziger Jahre bereits einen Umfang von rund 200 (davon 170 sowjetische) Divisionen, allerdings im Einzelfall von sehr unterschiedlichem Grad der Einsatzbereitschaft, Qualität und Kampfstärke, erreicht. Die Kategorien der Einsatzbereitschaft der einzelnen Divisionen variierten allerdings je nach Dislokation in den Gruppen der Truppen und in den

---

<sup>66</sup> Zu diesen Einsätzen vgl. Robert H.Scales Jr., *Firepower in Limited Wars* (Revised Edition), Novato 1997. S. 155 – 198; Douglas A.Borer, *Superpowers Defeated. Vietnam and Afghanistan compared*. London/Portland(OR) 1999 sowie als neueste Publikation *The Russian General Staff, The Soviet - Afghan War. How a Superpower fought and lost*. Translated by Lester W. Grau and Michael A.Gress. Foreword by Theo C. Mataxis. University Press of Kansas 2002.

<sup>67</sup> Hauptmann Wolfgang Jilke, *Die sowjetische Militärmacht*, in: *Truppendienst* 2/1982 S.120-131.



einzelnen Militärbezirken der Sowjetunion sehr stark, wobei die Verbände der sowjetischen Streitkräfte in Ostmitteleuropa und jene ihrer Verbündeten in diesen Staaten jeweils der Kategorie „A“ (d.h. personell und materiell voll aufgefüllt, ständig höchster Grad der Gefechtsbereitschaft) zuzurechnen waren.<sup>68</sup> Für den europäischen den westlichen Kriegsschauplatz standen allerdings "nur" 119 Großverbände (Divisionen) zur Verfügung.<sup>69</sup> Die strategischen Überlegungen und die operativen Konzepte des Warschauer Paktes wurden, genauso wie die Ausrüstung der Kampftruppen, bis Ende der achtziger Jahre ständig zu einer beabsichtigten höheren Effizienz adaptiert. In den NATO - Streitkräften wurde von der Führung das sowjetische Konzept der "Operativen Manöver-Gruppen" (OMG) als besonders gefährlich eingeschätzt und als nachhaltige Bedrohung erkannt. Mit höchster Intensität wurden in der Folge diverse Abwehrmaßnahmen dagegen ausgearbeitet, um diese gegnerischen Operationen, die in die Tiefe Zentral - und Westeuropas zielten und damit die Bedrohung der Kontrolle des eigenen Raumes zu unterbinden.<sup>70</sup> Beträchtliche qualitative Verbesserungen im Bereich der Beweglichkeit und Feuerkraft der mechanisierten Verbände waren zweifellos schon mit dem Jahr 1957 seit der Schaffung der Motorisierten Schützendivisionen (anstatt der früheren Mechanisierten Divisionen) und der Panzerdivisionen neuer Art zu beobachten gewesen. Schon vor diesem Zeitpunkt hatte sich allerdings die Feuerkraft der bis

---

<sup>68</sup> Dazu: Militärmacht Sowjetunion - Politik, Waffen und Strategien. Hrsg. von Alfred Mechttersheimer und Peter Barth, Darmstadt 1985; H.F. Scott and W.F. Scott, The Armed Forces of the USSR, Boulder/Colorado, 1979. Für die Einschätzung der sowjetischen Landstreitkräfte am Ende der siebziger Jahre vgl H.M. (= Heinz Magenheimer), Die sowjetischen Landstreitkräfte. Entwicklung und Stand; in ÖMZ 5/1978. S.414-417.

Die bisher vorliegende vollständigste deutschsprachige Darstellung der militärischen Organisation und seiner Kapazitäten des Warschauer Paktes in den achtziger Jahren findet sich in den beiden Truppendienst – Taschenbüchern: Fremde Heere - Die Streitkräfte des Warschauer Pakt Staaten. Band 2A und 2B. Wien 1990. Sie geben in einer deutschsprachigen Publikation den sicher besten Überblick über die historische Entwicklung und Zustand dieses Militärbündnisses zwischen der Mitte und am Ende der achtziger Jahre. Der Redaktionsschluss war „pikanterweise“ der November des Jahres 1989, also wenige Wochen vor dem Zusammenbruch der kommunistischen Regime in Osteuropa und 19 Monate vor der endgültigen Auflösung des Warschauer Paktes im Juli 1991.

<sup>69</sup>ObstdG Josef Reifberger: Beiträge zum Bedrohungs- und Kriegsbild. Teil II. Militärische Potentiale. Studien und Berichte des Instituts für Strategische Grundlagenforschung an der Landesverteidigungsakademie. Wien, April 1981.S.101 - 110.

<sup>70</sup> Richard Simpkin, Countering the OMG, in: Military Technology 3/84, S.82 - 92; Joseph R. Burniece, The Operational Manoeuvre Group: Concept versus Organisation, in: Military Technology 10/86. S.66-79.

1957 bestehenden Schützenkorps gegenüber jenen „alten“ aus der Endphase des Zweiten Weltkrieges versiebenfacht, die Beweglichkeit war durch die bereits sehr weitgehende Vollmotorisierung dieser Großverbände stark gesteigert worden.<sup>71</sup>

In den folgenden zwei Jahrzehnten bis zum Ende der siebziger Jahre war bei den bei den sowjetischen und schrittweise auch bei den anderen Heeren des Warschauer Paktes die Mechanisierung der Divisionen weitestgehend abgeschlossen.

Durch die Einführung der Kampfpanzer „T 64“ und „T 72“, von denen bis 1985 allein in der Tschechoslowakei und Ungarn 1900 Stück stationiert worden waren (diese wurden in der Folge laufend mit einer „Reaktiv“-Panzerung ausgestattet oder nachgerüstet) war eine bedeutende Stärkung der Kampfkraft der mechanisierten Verbände zu beobachten gewesen.<sup>72</sup>

Die Entwicklung speziell dieser Technologie und ihre Verwendung bei den modernen Kampfpanzern der WAPA – Armeen wurde nicht nur in den Armeen der NATO – Staaten, sondern auch in der militärischen Führung des Österreichischen Bundesheeres als besonders beunruhigend gesehen und als kritisch für die eigene vorhandene Panzerabwehr eingeschätzt, da die Hohlladungsgeschosse, die aus Panzerkanonen des Bundesheeres verschossen wurden, in ihrer Wirksamkeit stark herabgesetzt worden wären. Eine mögliche Lösung dieses Problems wurde in der Entwicklung und der Beschaffung einer effektiven „Pfeilmunition“ gesehen.<sup>73</sup>

---

<sup>71</sup> Roland Flor, Zur Rüstungsentwicklung der sowjetischen Landstreitkräfte, in ÖMZ Heft 4/1984, S.308-317.

<sup>72</sup> Zu diesem Bereich siehe die Einschätzungen und Aussagen im ZZG mit General Scharff. Wolfgang Schneider, Die sowjetischen Kampfpanzer T-64, T-72 und T-80. Gesteigerte Qualität bei unveränderter Quantität, in: Soldat und Technik 12/1986. S.688-695. Zum Themenfeld der Reaktiv-Panzerung siehe auch Steven Zaloga, T-80 Standard Tank. The Soviet Army's Last Armored Champion (=Osprey New Vanguard 152). Oxford 2009. S.35-38.

<sup>73</sup> Zeitzeugengespräch mit General i.R. Heinz Scharff vom 14.Dezember 2000 und mit Gen.i.R. Othmar Tauschitz am 25.Februar 2001. Zusätzliche Informationen zu diesem Problem liefern einzelne Abschnitte in den Gedächtnisprotokollen der Planungsgespräche des GTI in den Jahren zwischen 1981 und 1985. (MGFA, Studiensammlung Bundesheer 2.Republik, BMLV, GTI, Ordner Planungsgespräche GTI 1981 –1985).

Die neuen Schützenpanzer „BMP 1“ und „BMP 2“ (Kette) sowie der Weiterentwicklung des „BTR 60“ nämlich „BTR 70“ bzw. „BTR 80“ (acht Räder) wurde bei den Verbänden des Warschauer Paktes in Osteuropa eine bisher nicht gekannte Mobilität und Feuerkraft der mechanisierten Infanterie bei den Landstreitkräfte erreicht.

Bei der Modernisierung der Artilleriegeschütze auf Selbstfahrlafetten (Kette) standen nun die Panzerhaubitze „2S1“ (122mm), Panzerhaubitze „2S3“ (152mm) sowie Kanonen auf Selbstfahrlafetten „2S5 (152mm) und „2S7“ (203mm) und den taktischen Mehrfachraketenwerfern (hier wurden bereits die Muster „BM 21“ (13 cm) durch die Muster „RM 70“ und die wesentlich verbesserten „BM 22“ (22cm, vorerst wurden diese aber nur bei den sowjetischen Verbänden eingeführt) ersetzt – ließen sich eine bedeutende Steigerung der Feuerkraft für Flächenfeuer neben der erhebliche höheren Mobilität feststellen.<sup>74</sup>

Gleichzeitig war auch die Luftabwehrkapazität aller Truppen auf allen Ebenen zwischen Division und Front weiter erheblich verstärkt worden.

In gleichem Maße wurde einer erheblichen Verstärkung der Kapazitäten der Truppenluftabwehr (SA-7 „Strela“) und besonders der Luftabwehr bei den Regimentern der mechanisierten Verbände (Panzerdivisionen und Motorisierte Schützendivisionen) Rechnung getragen.

Von den Rohrwapfen auf Selbstfahrlafetten (23mm Kanonen-Vierling ZSU 23) bis zu mit modernen Fliegerabwehr-Lenkwapfen ausgerüsteten mechanisierten Luftabwehrverbänden auf Selbstfahrlafetten (z.B. SA-6, SA-8; später SA-9/13) sollte diese Erhöhung der Kampfkraft dazu beitragen, das Vorstoßen der eigenen Verbände mit einer starken Herabsetzung der Wirkung feindlicher Luftangriffe (besonders aber auch dadurch, dass man den Luftstreitkräften des Gegners schon in der ersten Phase des Konflikts durch den Einsatz eigener Luftstreitkräfte mit

---

<sup>74</sup> Vgl. dazu Jahrgänge von 1982 bis 1990 der „Soviet Military Power“. United States Department of Defense. Superintendent of Documents, United States Government Printing Office, Washington D.C.

überraschenden Angriffen auf die gegnerischen Luftbasen und der eigenen Luftabwehr hohe Verluste beizubringen hoffte) zu ermöglichen.

Besondere Bedeutung erhielt für einen taktischen Kommandanten der Heeresverbände des Warschauer Paktes - aber auch als erhebliche Bedrohung für einen potentiellen Gegner - die Ausstattung der mechanisierten Divisionen mit dem Kampfhubschrauber Mi 24 „Hind“ (eine Staffel mit sechs Stück pro Division) und die Aufstellung zahlreicher neuer Kampfhubschrauber - Regimenter (auf Armeeebene) mit je 46 Mi 24 „Hind“ und Mi 8 „Hip“, die eine weitere Steigerung der in die Tiefe des vom Gegner beherrschten Raumes Feuerkraft auf Divisions - und Armee-Ebene bringen sollten.<sup>75</sup>

Besonders in der allerersten Phase einer strategischen Angriffsoperation in Europa hätten nicht nur „Speznas“<sup>76</sup> – Einheiten und -verbände (Kommando – Truppen für spezielle Einsätze), sondern je nach Lagebeurteilung auch taktische Atomwaffen gegen wichtige Ziele des Gegners (Führungseinrichtungen, Flugplätze, Versorgungszentren, Truppenkonzentrationen) eingesetzt werden sollen.

Die Luftstreitkräfte der Sowjetunion und ihrer Verbündeten wurden in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre und in den achtziger Jahren sowohl quantitativ als auch qualitativ beträchtlich verstärkt.

Das Standardjagdflugzeug der Warschauer Pakt Luftstreitkräfte der späten sechziger und der siebziger Jahre, die MiG 21, wurde ab Mitte der Siebziger Jahre sowohl durch die MiG 23 und schließlich bereits ab Mitte der achtziger Jahre durch das bislang modernste Muster, die MiG 29, abgelöst.

---

<sup>75</sup> Die Weiterentwicklung der Nachfolgemuster der Mi 24, die sowjetischen KHS Mi 28 und Kamov 50 bzw. Kamov 52 wurde noch bis in die neunziger Jahre fortgesetzt. Mittlerweile wird nur noch das Muster Ka 52 in kleinen Stückzahlen gebaut. Siehe dazu: International Air Power Review Vol.5. 2002. S.

<sup>76</sup> Speznas (Wojska specjalnowo nasnatschenija): russische Bezeichnung für „Spezialtruppen für Sonderaufgaben“. Dazu Wilfrid Dißmann, Speznas. Spezialtruppe der Sowjetunion, in: Truppenpraxis 5/85. S. 489 – 497.

Für die rasche Verbesserung der taktische Luftunterstützung lösten Jagdbomber der Muster MiG 27 und Su 22 die Muster Su 7 in rascher Folge ab.

Für weit reichende operative Bombereinsätze stand die Suchoi Su 24 (mit sehr großer Reichweite, etwa der F 111 der USAF entsprechend) in rasch steigender Anzahl zur Verfügung.

Ähnlich bedrohlich wurde – nicht nur von der NATO – Führung, sondern auch von der österreichischen militärischen Führung die Ausstattung der einzelnen sowjetischen und tschechoslowakischen Jagdbomberregimenter in der CSSR mit dem neuen Muster Suchoi Su 25 „Frogfoot“, das als stark gepanzertes Kampfflugzeug bei den tschechoslowakischen Luftstreitkräften auf in den achtziger Jahren neu errichteten bzw. ausgebauten Flugplätzen in südlichen Böhmen und Mähren stationiert worden waren<sup>77</sup>, und auch die zusätzliche Aufstellung erster Kampfhubschrauberregimenter in diesem Raum und dann auch in Ungarn, empfunden.<sup>78</sup>

Gegnerische Kräfte konnten daher bereits lange vor dem Wirksamwerden der eigenen Flachfeuerwaffen und nach der Einstellung des Artilleriefeuers aus der Luft von Mi-24 - Einheiten und Su-25 wirkungsvoll bekämpft werden.

Besonders das Zusammenwirken von feindlichen Kampfhubschraubern und diesen Jagdbombern gegen eigene Sperren und Feste Anlagen hätte für die österreichische Kampfführung zum ernststen Problem werden können, da diese Angriffe noch kurz vor dem Einsatz von Heeresverbänden des WAPA wirksam geworden wären und daher schon zu erheblichen Ausfällen auf der eigenen Seite führen hätten können.

Die Gesamtbeurteilung des quantitativen und qualitativen militärischen Potentials des Warschauer Paktes in Osteuropa führte zwar zu keinen

---

<sup>77</sup> Oberst Friedrich Szuchanek, Die Luftstreitkräfte in der Tschechoslowakei, in: Truppendienst 1/1990, S.6-11.

<sup>78</sup> Die Besorgnis über Berichte über die Aufstellung von zahlreichen KHS – Verbänden und KHS - Einheiten gehen auch aus den Gedächtnisprotokollen der Leitungsbesprechungen des GTI zwischen 1981 und 1985 hervor. Im Jahr 1989 verfügten die tschechoslowakischen Luftstreitkräfte über ein Kampfhubschrauberregiment in Prostějov. Ebenso verfügten die ungarischen Streitkräfte zu dieser Zeit über ein Kampfhubschrauberregiment, das im westlichen Ungarn disloziert war. Dazu kamen noch die KHS – Verbände der sowjetischen Truppen, die in diesen Staaten stationiert waren.

qualitativen Änderungen in den Grundsätzen der Operativen Führung des Bundesheeres in den achtziger Jahren, bedeutete nun aber einen laufend dringenden und steigenden Bedarf für die Beschaffung von adäquater Ausrüstung und modernen Waffensystemen. Ihr reichliches Vorhandensein sollte einen unverzichtbaren „Eckpunkt“ für die glaubwürdige Umsetzung des Raumverteidigungskonzepts darstellen.

Die Beurteilung der strategischen Absichten des Warschauer Paktes und des Potentials seiner Streitkräfte am Beginn der achtziger Jahre durch die NATO musste zwangsläufig auch von der Führung des österreichischen Bundesheeres beobachtet und in die eigene Lagebeurteilung einbezogen werden – nicht zuletzt weil viele Elemente des gültigen Bedrohungsbildes – zumindest in wesentlichen Teilabschnitten – sich ganz einfach decken musste.<sup>79</sup>

### **Die Änderung der strategischen Lage in Europa ab Sommer 1985**

Der Regierungsantritt Michail Gorbatschows in der Sowjetunion im Jahr 1985 führte - wenn auch vorerst sehr langsam - zu einer erneuten politischen „Tauwetterperiode“ zwischen den Supermächten und den meisten ihrer Verbündeten, die im wesentlichen von 1987 bis 1991 zu terminisieren ist.

Der Anteil an der Verteidigungsausgaben am BNP der Sowjetunion betrug in der ersten Hälfte der achtziger Jahre je nach Einschätzung der verschiedenen Intelligence Agencies der USA sowie anderer westlicher Nachrichtendienste und ziviler Wirtschaftsforschungsinstitute mindestens 14, bzw. bis zu 18 %.<sup>80</sup>

Nicht zuletzt durch die durch in den abgelaufenen mehr als fünfzehn Jahre anfallenden enormen Kosten der Hochrüstung bedingt war ein zumindest mittelfristiges Scheitern der sowjetischen Globalstrategie für zumindest einige

---

<sup>79</sup> General Robert Close, Das Ungleichgewicht des Schreckens. Wien 1981.

<sup>80</sup> Michael Ploetz, Wie die Sowjetunion den Kalten Krieg verlor. Von der Nachrüstung zum Mauerfall. Berlin-München 2000.

Norman Friedman.. The Fifty Years War. Conflict and Strategy in the Cold War, London 2000. S. 418

gut informierte Analytiker bereits zur Mitte der achtziger Jahre letztlich absehbar.

Durch diese getätigten riesigen Investitionen im Bereich der strategischen Waffen, besonders bei der Ablöse der Mittelstreckenraketen „SS – 4“ (ein Atom – Sprengkopf) und durch die rasche Produktion und Dislozierung der neuen, umstrittenen Mittelstrecken – Raketen vom Typ „SS – 20“ (drei Atomsprengköpfe) in großer Anzahl in der westlichen Sowjetunion fehlten letztlich seit 1975 immer größere budgetäre Mittel für die Modernisierung und den Ausbau der zivilen Infrastruktur in der Sowjetunion.

Vor allem beim ebenfalls enorme Mittel verschlingenden rapiden Ausbau der sowjetischen Kriegsmarine waren quantitativ und qualitativ im Verhältnis zu den sechziger und frühen siebziger Jahre atemberaubende Fortschritte erzielt worden.

Von 1966 bis 1986 wurden der sowjetischen Kriegsmarine allein an Neubauten von Überwasserkriegsschiffen insgesamt vier große Flugzeugträger und zwei Hubschrauberträger, sowie zwei atomgetriebene Schlachtkreuzer, 24 Lenkwaffenkreuzer und 43 Zerstörer und Fregatten mit starker Seeziel- und Luftabwehr-Raketenbewaffnung zugeführt.

Damit war der Weg, der vom „Anti – Amphibik“ - Programm am Beginn der fünfziger Jahre zur Entwicklung einer kampfstarken „Blue water Navy“ unter Admiral Gorshkow in den späten sechziger Jahren eingeschlagen worden war, in den siebziger und achtziger Jahren trotz enormer Kosten konsequent weiterverfolgt worden.<sup>81</sup>

Dies galt auch besonders für den weiteren Ausbau der militärischen Sparten der sowjetischen Luftfahrtindustrie und der Luftstreitkräfte, bei denen eine völlig neue Generation an Bombern für strategische Luftoperationen (Su 24, Tu 26M und Tu 160) eingeführt wurde und ebenso bei den taktischen Fliegerkräften, wo

---

<sup>81</sup> Dazu Harald Fock, Vom Zarenadler zum Roten Stern. Die Geschichte der russischen/sowjetischen Marine. Herford 1985; sowie Robert A.D. Ford, Die Hintergründe des Anwachsens der sowjetischen Seemacht, in Marine – Rundschau 2/1983. S.62 –66.

sowohl eine sehr teure qualitative Verbesserung und auch ein Sprung im quantitativen Bereich zu beobachten war.<sup>82</sup>

Durch die bereits angesprochene rasante Modernisierung der Ausrüstung des sowjetischen Heeres traten nun hohe volkswirtschaftliche Belastungen auf, deren Auswirkungen letztlich wie bei den anderen Teilstreitkräften allerdings erst über einen Zeitraum von etwa zwei Jahrzehnten erkennen lassen würden.<sup>83</sup> Nicht zu vergessen sind jedoch die internen Spannungen im Gefüge des Warschauer Paktes ab 1967, die sich in der CSSR-Krise 1968, den sozialen Unruhen in Polen in den Jahren 1980/82, die eine weitere schwere Krise (bei der ebenfalls Interventionsüberlegungen der Sowjetunion ans Licht kamen) auslösten und der „Sonderweg“ Rumäniens unter Staats- und Parteichef Ceausescu argwöhnisch beobachtet wurde.

Besonders nachhaltige Auswirkungen sollten jedoch die bereits erkennbaren schweren volkswirtschaftlichen Planungsfehlern in der zweiten Hälfte der siebziger - und in der ersten Hälfte der achtziger Jahre haben, durch die sich die gesamtwirtschaftliche Situation der Sowjetunion laufend verschlechtert hatte.<sup>84</sup> Bereits in den frühen achtziger Jahren war das Wirtschaftswachstum in der Sowjetunion auf unter 2,5 % p.a. gefallen.<sup>85</sup> Beispielsweise war das (Brutto-) Sozialprodukt der UdSSR im ersten Halbjahr 1991 um 10 %, die Industrieproduktion um 6,2 % und die Produktivität insgesamt um 11 % gegenüber dem Vorjahrszeitraum gesunken.

In den späten achtziger Jahren war man in vielen Bereichen der sowjetischen Wirtschaft bereits - um es im „Pseudo“ - respektive „Neo“ -

---

<sup>82</sup> Dazu: Russian Aviation and Air Power in the Twentieth Century. Edited by Robin Higham, John T.Greenwood and Van Hardesty. London Portland 1998. S.126- 160; bzw. S.208 –236.

<sup>83</sup> Mark Kramer, Die Sowjetunion, der Warschauer Pakt und blockinterne Krisen in der Breznev-Ära in: Der Warschauer Pakt. Von der Gründung bis zum Zusammenbruch 1955 bis 1991. Hrsg. Von Torsten Diederich, Winfried Heinemann und Christian F. Ostermann. (=Militärgeschichte der DDR Band 16, Herausgegeben vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Potsdam). Berlin 2009. S.291-322.

<sup>84</sup> Dazu Michael Ploetz, Wie die Sowjetunion den Kalten Krieg verlor. Von der Nachrüstung zum Mauerfall. Berlin - München 2000. S.64 – 67.

<sup>85</sup> Friedman, S.344-345. bzw. 418.



wirtschaftspolitischen Jargon zu formulieren - dem „*Minus – Wachstum*“ oder gar der „*Plus – Schrumpfung*“ - bedrohlich nahe gekommen.

Die ohnehin nicht allzu gute allgemeine Wirtschaftslage sollte sich de facto in allen osteuropäischen Staaten bis zum Herbst 1991 noch weiter verschlechtern und ging in manchen Volkswirtschaften schließlich nahezu in einen „Absturz“ der relevanten Schlüsseldaten über.

### **Rückwirkungen auf die österreichische Sicherheitspolitik**

Am Beispiel der Zahlungsbilanz der Sowjetunion und ihrer Satellitenstaaten in den Wirtschaftsbeziehungen zu Österreich zwischen den frühen siebziger bis zum Beginn der neunziger Jahre (Herbst 1991) lässt sich diese Situation in ihrer ganzen Drastik aufzeigen:

Der Schuldenstand der UdSSR allein bei den Banken der Republik Österreich betrug zu diesem Zeitpunkt 38,7 Mrd öS, der CSFR 11,5 Mrd öS, Ungarns mit 17,7 Mrd öS, Polens mit 12,5 Mrd öS, Bulgariens mit 10,9 Mrd öS und Jugoslawien mit 5,9 Mrd öS. (insgesamt 96,2 Mrd öS !). Unter Berücksichtigung der von der Republik Österreich gewährten (und von der Kontrollbank überwachten) Handelskredite und der Umschuldungen betrug die Summe der gesamten finanziellen Ausstände der Sowjetunion und der übrigen osteuropäischen Staaten bei der Republik Österreich zum gleichen Zeitpunkt rund 165 Mrd. öS.<sup>86</sup>

Weitere mäßig „erfolgreiche“ österreichische Handelsbeziehungen wie z.B. mit Nordkorea<sup>87</sup> durch bzw. die Haftung des Bundes, hatten der österreichischen Volkswirtschaft und dem Bundesbudget mittelfristig zusätzliche nicht unbeträchtliche Mittel entzogen.

---

<sup>86</sup> Nach: Erika Drabek, Milliardenkredite der Osteuropäer – Schuldenberge in Österreich, in: Kurier, 13.Oktober 1991. S.17; Christiane Domforth, Osten schuldet Österreich 165 Milliarden. Banken müssen erneut kräftig abschreiben, in: Die Presse, 2.August 1992. S.13.

<sup>87</sup> Der damalige Finanzminister Dr. Herbert Salcher genehmigte z.B. die Einrichtung einer Filiale der nordkoreanischen „Golden Star Bank“ in Wien zur Abwicklung der für die Republik Österreich „mäßig erfolgreichen (und ertragreichen“ Wirtschaftsbeziehungen mit Nordkorea (Lieferung von Elementen für die Errichtung von Stahlwerken).

Eine der sicherheitspolitischen Folgen war die tagespolitisch motivierte und der Öffentlichkeit „verkaufte“ angebliche und offensichtliche „Knappheit der Mittel“ für die Landesverteidigung, da natürlich auch die die „sozialpolitische“ Komponente der Budgetpolitik angeblich immer „im Auge behalten“ werden musste.<sup>88</sup>

Dass ein Bruchteil dieser voran aufgezählten Mittel, die zu einem hohen Prozentsatz nicht der zivilen Infrastruktur und der Bevölkerung der osteuropäischen Staaten zugute gekommen waren, der österreichischen Landesverteidigung beträchtliche Fortschritte gebracht hätte, aber schließlich in den neunziger Jahren zu einem hohen Prozentsatz abgeschrieben werden mussten, ist schließlich eine der „sonderbaren“ Entwicklungen der militärischen, aber auch der gesamtstaatlichen Sicherheitspolitik.

### **Wandel in der Krise**

Inzwischen hatte sich jedoch die strategische Situation in der Frage der NATO - „Nachrüstung“ bereits nach 1985 entscheidend geändert. Die Aufstellung von Mittelstreckenraketen des Typs „Pershing 2“ und Marschflugkörpern des Typs „Tomahawk“ auf Stützpunkten in West - und Südeuropa war im Jahr 1985 in vollem Gange.

Nach heftigen Diskussionen war die NATO ihrem gefassten „Doppelbeschluss“ von 1979 trotz massiver, zum Teil von der Sowjetunion und den großteils von den Auslands - Nachrichtendiensten ihrer Verbündeten im Warschauer Pakt gesteuerten Protestbewegungen in West - und Mitteleuropa treu geblieben und begann im Herbst 1983 (trotz einer vorher erneut intensivierten Kampagne der europäischen „Friedensbewegung“) mit der Stationierung dieser neuen

---

<sup>88</sup> In Österreich betrug das Verhältnis der Aufwendungen für die Landesverteidigung gegenüber jenen für Bildung, Soziales und Gesundheit über viele Jahre rund 1 zu 25. Der europäische Schnitt am Ende der neunziger Jahre im Verhältnis Verteidigungsausgaben zu Sozialausgaben beträgt 1 zu 15. Nach den Ausführungen eines Leserbriefes von SC Hon.Prof DDr. Erich Reiter an Die Presse, abgedruckt in Unser Auftrag. Zeitschrift der OG Wien. 1998 S.22.

Waffensysteme. Dies sollte nun innerhalb von zwei weiteren Jahren eine neue strategische Pattsituation in Europa schaffen.<sup>89</sup>

Zusätzlich zeigte sich aber für die Sicherung des Luftraumes der Republik Österreich durch das Waffensystem der Marschflugkörper ein neues, bisher wenig bedachtes Problem<sup>90</sup>. Die Verletzung des Luftraumes durch einen Einsatz dieser unbemannten Flugkörper (mit atomaren oder auch nur konventionellen Sprengsätzen) neutraler und blockfreier Staaten durch von beiden Seiten stellte auch ohne den Einsatz von Landstreitkräften nun in deutlicher Weise dar.

Die bis 1985 einem raschen personellen Wechsel unterworfenen politischen Führung der Sowjetunion<sup>91</sup> (Am 15. November 1982 starb Parteichef Leonid Brezhnev, am 9. Februar 1984 starb sein Nachfolger Yuri Andropov, bereits am 10. März 1985 starb Andropovs Nachfolger Konstantin Tschernenko. Dessen Nachfolger wurde das (für sowjetische Verhältnisse) relativ junge Politbüromitglied Michail Gorbatschow mit 54 Jahren) begann nun langsam einzusehen, dass der mit enormen Kosten unternommene Versuch, mit der raschen Stationierung der „SS – 20“ und der parallelen konventionellen Hochrüstung einen Keil zwischen die strategischen Interessen der USA und ihrer europäischen NATO - Verbündeten treiben zu können, endgültig fehlgeschlagen war.

---

<sup>89</sup> Dazu Thomas Enders, Franz Josef Strauß - Helmut Schmidt und die Doktrin der Abschreckung. (=Bernhard & Graefe aktuell Band 38). Herausgegeben vom Arbeitskreis für Wehrforschung. Koblenz 1984; sowie Günther Wagenlehner (Hrsg.), Die Kampagne gegen den NATO - Doppelbeschluss. Eine Bilanz (=Bernhard & Graefe aktuell Band 41). Herausgegeben vom Arbeitskreis für Wehrforschung. Koblenz 1985. Zur Aufstellung der Mittelstreckenwaffen der USAF im Rahmen der NATO - Nachrüstung in knapper Darstellung vgl. u.a. Cees Steijger, A History of USAFE /United States Air Force Europe, Shrewsbury 1991. S.153 –154.

Zur politischen Positionierung der österreichischen „Friedensbewegung“ vgl.: Wettrüsten - Abrüsten - Friedenserziehung (=Aufrisse. Zeitschrift für politische Bildung. 3.Jg. Nr 1/1982). Wien 1982. Zusätzliche Informationen über die Denkschemen einiger Gruppierungen in der Friedensbewegung bietet das Weißbuch Landesverteidigung. Kritik der militärischen Landesverteidigung in Österreich. Arge Zivildienst. Wien 1987. (im Besitz des Verfassers).

<sup>90</sup> Dazu Christian Glatzl/Simon Palmisano, Marschflugkörper und die Sicherheit Österreichs. Institut für Militärische Sicherheitspolitik an der Landesverteidigungsakademie Wien, April 1985.

<sup>91</sup> Isaacs/Downing, Cold War.

Mittlerweile hatte sich der Rüstungswettlauf allerdings schon in einen neuen, nämlich in den USA in den Bereich der „high frontier defense“ verlagert. Waren in den vergangenen Jahren immer mehr Nachrichten – und Aufklärungssatelliten von beiden Supermächten gestartet worden – allein zwischen 1978 und 1983 hatte die Sowjetunion 450 Satelliten gestartet, die USA hingegen nur 90<sup>92</sup> – Damit hatte sich der Kampf um die strategischen wichtigen Aufklärungsergebnisse, aber auch um die beschleunigte Entwicklung von Satelliten als Waffenträger zur Zerstörung feindlicher Interkontinentalraketen in den erdnahen Weltraum verlagert.

Die propagandistisch medienwirksam angekündigte und als Element der psychologischen Kriegführung zu sehende Implementierung der Programme der SDI („Strategic Defence Initiative“) durch Präsident Reagan und das US – Verteidigungsministerium im Pentagon ließ zwar die Forschungen für eine strategische Raketenabwehr der Vereinigten Staaten durch bewaffnete Weltraumsatelliten rasch anlaufen, erreichte aber in diesen Jahren keineswegs die Stufe einer kurz – und mittelfristig wirksamen erfolgreichen Erprobung und schon gar nicht eine der Einsatzbereitschaft. Erst über einen längeren Zeitraum hinweg betrachtet ergaben sich z.B. für die spätere Entwicklung der Laserwaffen vor allem zur Bekämpfung strategischer Raketen wichtige Impulse<sup>93</sup>

Um aus dieser in gewissem Maße selbst herbeigeführten schwierigen Situation, die sich als letztlich „aufgeklappte strategische Falle“ erweisen sollte, entkommen zu können, blieben für die sowjetische Führung letztlich nur radikale und unter extrem hohen Zeitdruck zu treffende Lösungen.

---

<sup>92</sup> Nach Wilhelm Kuntner, Die strategische Lage in Europa. Rückblick und Ausblick, in: ÖMZ Heft 1/1986. S.4.

<sup>93</sup> Die ersten nachweislich erfolgreichen Versuchsreihen zur Erprobung des strategischen Raketenabwehrsystems der USA fanden erst im Sommer 2001 statt. Dazu als Überblick an wissenschaftlicher neuerer Literatur über das Projekt „SDI“ Lawrence Freedman, *The Cold War. A Military History*. (Cassel's History of Warfare) London 2001. S.188 - 201; Jeremy Issacs and Peter Downing, *Cold War. An Illustrated History 1945 – 1991. Companion to the CNN TV Series*. Boston –New York – Toronto – London 1998. S. 342 – 346; Priscilla Roberts, *The Cold War. Sutton Pocket Histories*. Thrupp, Stroud 2000. S. 86 –90; sowie Landesverteidigungsakademie, Institut für strategische Grundlagenforschung, Kurzinformation: *Der Weltraum. Militärische Nutzung und Rüstungskontrolle. Beiträge zur Information*. Wien, im November 1984.

Gorbatschow hatte im Jahr 1985 bereits den Begriff der „vernünftigen Hinlänglichkeit“ geprägt, die für eine defensive Strategie der Sowjetunion und ihrer Verbündeten im Warschauer Pakt eine reduzierte Zahl militärischer Mittel vorsah. Zwei Jahre später, auf der Tagung des Warschauer Paktes in Berlin, wurde von den Vortragenden erneut die defensive Ausrichtung der Militärpolitik und der Militärdoktrin des Militärbündnisses hervorgehoben.<sup>94</sup>

Hatte das Gipfeltreffen zwischen Reagan und Gorbatschow in Genf am 19. November 1985 vorerst keine greifbaren Ergebnisse in der Rüstungskontrolle und möglichen Rüstungsbeschränkungen gebracht, so versuchte Gorbatschow im Jänner 1986 mit seinem Vorschlag, alle Atomwaffen bis zum Jahr 2000 abzuschaffen, eine neue, wenn vorerst auch wenig realistisch zu beurteilende Runde im „Poker“ der Großmächte zu eröffnen.

Erst das nächste Gipfeltreffen der beiden „mächtigsten Männer der Erde“ am 11. Oktober 1986 in Reykjavik brachte wesentliche Fortschritte im Hinblick auf eine zielführende Diskussion über die Reduktion strategischer Waffen beider Großmächte.

Der vom sowjetischen Staats – und Parteichef Michail Gorbatschow schließlich am 22. Juli 1987 eingebrachte Vorschlag für eine globale „Doppel - Null - Lösung“ zur Abrüstung strategischer Mittelstreckenwaffen wies klar in diese Richtung.<sup>95</sup>

Die Zusammenkunft in Washington vom 7.- 10. Dezember 1987 und schließlich das Gipfeltreffen in Moskau vom 29. Mai bis 2. Juni 1988 sollten weitere Durchbrüche in konkreten Themenbereichen bei den phasenweise ins Stocken gekommenen Abrüstungsverhandlungen bringen.

---

<sup>94</sup> MGFA, Studiensammlung Bundesheer 2. Republik, Ordner Armeekommando AK/G5 Allgemeines 1985 – 1988. Zitiert: nach Robert Lichal, Bundesminister für Landesverteidigung, Staat und Sicherheit. Rede beim Europäischen Forum Alpbach 1989; abgedruckt in: ÖMZ Heft 6/1989, S.458.

Zur Quellensituation für diesen Themenbereich siehe Vojtech Mastny, Neue Forschungsergebnisse zum Kalten Krieg aus osteuropäischen Archiven, In: Stefan Karner- Erich Reiter-Gerald Schöpfer (Hg.), Kalter Krieg. Beiträge zur Ost – West- Konfrontation 1945 bis 1990. Graz 2002. S.235-244.

<sup>95</sup>Dazu Benz, Deutschland seit 1945. S.150; Isaacs/Downing, The Cold War, S.355 –373.

Während Präsident Reagan unter anderem seine Einschätzung der Sowjetunion als „evil empire“ schließlich zurücknahm und wegen des guten Gesprächsklimas mit dem sowjetischen Parteichef eine weitere gute Zusammenarbeit mit der Sowjetunion vorhersagte, kündigte Gorbatschow eine Reduzierung der sowjetischen Landstreitkräfte von bis zu 500.000 Mann, 10.000 Kampfpanzern, 8500 Artilleriesystemen und 800 Kampfflugzeugen und den einseitigen Truppenrückzug aus Osteuropa von 50.000 Mann, 6 Panzerdivisionen und rund 5000 Kampfpanzern aus den Territorien der osteuropäischen Warschauer Pakt-Mitglieder an. Diese Reduzierungen entsprachen einem Äquivalent von etwa 15 bis 16 Motorisierten Schützendivisionen.<sup>96</sup>

Damit schien auch für westliche Militärexperten nach der Durchführung dieser einseitigen Reduzierung die Gefahr eines Überraschungsangriffes auf den westeuropäischen Raum nun weitestgehend gebannt.

Ebenso signifikante Truppenreduzierungen der sowjetischen Streitkräfte wurden von Gorbatschow aber auch an der chinesischen Grenze vorgesehen.

In die Lagebeurteilung der sowjetischen Führung mag aber auch der zugleich mit den Abrüstungsverhandlungen mittlerweile nun auch der weiter gewachsenen qualitative Vorsprung im Bereich der konventionellen Rüstung bei den wichtigsten NATO – Staaten bis 1989 eingeflossen sein, während sich auch auf dem quantitativen Bereich das ungünstige Bild zu Ende der siebziger Jahre - ohne dass eine Parität erreicht werden konnte - markant zugunsten des nordatlantischen Bündnisses gewandelt hatte.

Dies betraf vor allem die Land – und Luftstreitkräfte der NATO in Europa, aber auch die Seestreitkräfte, vor allem jene der USA, deren Rolle die Aufrechterhaltung des Seeverbindungen und die Sicherung des Nachschubs im Krisen – und Kriegsfall von den USA nach Europa gewährleisten sollten.

Ohne Zweifel belasteten diese rapid wachsenden Ausgaben das US – Bundesbudget in einem außerordentlich hohen Maß.

---

<sup>96</sup> Duffield, S. 262.

Die Verteidigungsausgaben waren von 171 Mrd.\$ im Jahr 1981 auf 376 Mrd.\$ im Jahr 1986 gewachsen und hatten damit knapp 7% des BIP erreicht. Gegenüber den Ausgaben unter Präsident Carter betrug die jährlichen Steigerungen durchschnittlich rund 100 Mrd \$. Der Gesamtschuldenstand der USA war im gleichen Zeitraum auf mehr als das Doppelte (bis 1990 auf schließlich 4 Billionen US \$) gestiegen.<sup>97</sup>

Trotz alledem verkraftete die amerikanische Wirtschaft diese enormen Belastungen (bei Inkaufnahme einer merkbaren Erhöhung der Arbeitslosenquote und einer Senkung der Sozialquote) letztlich aber wesentlich besser als die bereits schwer angeschlagene sowjetische Volkswirtschaft.

Der von den amerikanischen Streitkräften durch diesen Investitionsschub in den achtziger Jahren gewonnene technologische Vorsprung sollte auch in den folgenden beiden Jahrzehnten bestehen bleiben und sich praktisch in allen konventionellen Konflikten (speziell im Golfkrieg 1991, sowie in den Einsätzen gegen bosnisch serbische Truppen 1995 und Jugoslawien 1999) an denen sich die Streitkräfte der USA beteiligten, nachhaltig auswirken.

Jedoch nicht nur die kostenintensive Aufrüstung der eigenen Streitkräfte im strategischen und konventionellen Bereich (im Prinzip unter „Friedensbedingungen“ erfolgend) sollte zum Machtverfall im Bereich der anderen Supermacht führen.

Der lange und teure Krieg, den die sowjetischen Streitkräfte seit 1978 in Afghanistan geführt hatten und der letztlich ohne wirklich greifbare Erfolge mit dem sowjetischen Rückzug in den Jahren 1988/89 (zumindest für die Sowjetunion) zu Ende gegangen war<sup>98</sup>, sowie das militärische Engagement der Sowjetunion in der Karibik (Kuba und Nicaragua), im Nahen Osten (Ägypten

---

<sup>97</sup> Roberts, S.88- 89; Isaacs/Downing, Cold War, S.334. Dazu auch Wilfried Loth, Helsinki, 1.August 1975. Entspannung und Abrüstung. (= dtv – Reihe „20 Tage im 20.Jahrhundert“) München 1998. S.211. Dazu auch Niall Ferguson, Politik ohne Macht. Das fatale Vertrauen in die Wirtschaft. München 2003. S.378.

<sup>98</sup> Dazu Dieter Braun/Karlernst Ziem, Afghanistan: Sowjetische Machtpolitik – Islamische Selbstbestimmung. Innerafghanische Prozesse, regionale Konfliktfolgen, internationale Verflechtungen. (=Aktuelle Materialien zur Internationalen Politik 17. Stiftung Wissenschaft und Politik/SWP). Baden Baden 1988; The Russian General Staff, The Soviet - Afghan War. How a Superpower fought and lost. Translated by Lester W. Grau and Michael A.Gress. Forword by Theo C. Mataxis. University Press of Kansas. 2002.

und Syrien), Afrika (Angola, Mocambique und Äthiopien) und die für die Empfängerstaaten kostengünstige und fallweise kostenlose Unterstützung befreundeter Staaten (wie Syrien und Nord - Vietnam) mit Wirtschaftshilfe und ihrer Streitkräfte mit modernstem Rüstungsmaterial und der Stellung zahlreicher Militärberater, von denen viele auch im Kampfeinsatz standen) hatten der Volkswirtschaft der Sowjetunion über mehr weitmehr als zwei Jahrzehnte enorme Mittel entzogen.

Katastrophale Mängel in weiten Bereichen der zivilen Infrastruktur waren die Folge. Die Ereignisse beim Unfall im Kernkraftwerk Tschernobyl (im Prinzip zum Bereich der sowjetischen Hochtechnologie gehörend) am 26. April 1986 und seine lang wirkenden Folgen waren ein entsetzliches Symbol dafür.<sup>99</sup>

Die Budgetsituation der sowjetischen Staates hatte sich schon zu Ende der siebziger Jahre dramatisch verschlechtert, einzelne Wirtschaftsbereiche - von der Rüstungsindustrie abgesehen - standen daher bereits ab der Jahreswende 1987/88 unmittelbar vor dem Kollaps.

Diese Situation hatte die sowjetische Führung rasch zu einer nüchternen Beurteilung ihrer militärstrategischen Position gezwungen und damit auch dazu, ihren globalen Machtanspruch neu zu überdenken. Eine wirkungsvolle Möglichkeit, Einsparungen durchzuführen und damit beträchtliche Budgetmittel für die Sanierung der zivilen Infrastruktur zu lukrieren, lag in der raschen und umfassenden Reduzierung der Militärausgaben der Sowjetunion ab dem Jahr 1989 und eine Zurücknahme des weltweiten Einsatzes militärischer Mittel bei sich selbst und den Verbündeten.

---

<sup>99</sup> Die Katstrophe, deren Ausmaße erst Wochen später klar wurden, bedingte auch einen Einsatz des Bundesheeres in Österreich. Dazu Rolf Urrisk, Die Einsätze des Bundesheeres im In – und Ausland 1955 – 2001. Gnas, 2001. S.40-41. Der Einsatz wird in dieser Arbeit noch kurz an anderer Stelle beschrieben.



Dies bedeutete allerdings für die sowjetische Führung nichts weniger, als sich in den folgenden Monaten und Jahren von der bisherigen realen Expansions- und Konfrontationsstrategie der Ära Brezhnew rasch abzuwenden.<sup>100</sup>

Um eine gewisse Konsolidierung im Kerngebiet des eigenen Machtbereichs zu erreichen und die vorhandenen militärischen Strukturen einerseits zu straffen und materiellen Ressourcen andererseits zu schonen, begann nun ein schrittweiser, aber letztlich in der nachträglichen Beurteilung von heute sehr zügig durchgeführter Abzug der sowjetischen Verbände aus dem strategischen Vorfeld, also aus den Territorien der des Warschauer Pakt-Staaten in Europa.

Der bereits erwähnte, seit 1987 beginnender Abzug von einzelnen Divisionen der sowjetischen Landstreitkräfte aus Osteuropa (Ungarn, CSSR, DDR) reichte aber für das beabsichtigte rasche Erreichen des angestrebten Zieles der sowjetischen Führung nicht aus und kam aber zur Rettung der wirtschaftlichen und politischen Situation im Warschauer Pakt - Bereich viel zu spät.

Die in der Sowjetunion langsam beginnende Konversion der Rüstungsindustrie ließ sich nur sehr langsam realisieren, würde letztlich Jahrzehnte in Anspruch nehmen und ließ sicher keine raschen durchschlagenden Erfolge im gesamtwirtschaftlichen Kontext erwarten.

Ebenso wenig hatten auch die Versuche der anderen osteuropäischen Staaten Erfolg, die jeweilige Volkswirtschaft in den Jahren zwischen 1986 und 1989 durch die Einführung und Verwendung neuer Technologien anzukurbeln, damit in der Folge den privaten Konsum zu steigern und die Konjunktur zu beleben.

Relativ unbemerkt von den meisten westeuropäischen Nachrichtendiensten und den Medien war es daher aber inzwischen in nahezu allen osteuropäischen

---

<sup>100</sup> DDr. Heinz Vetschera (Hrsg.) Die sowjetische Militärdoktrin und Militärstrategie – ihre Entwicklung und ihre Bedeutung für die Sicherheit der neutralen und blockfreien Staaten Europas. Studien und Berichte. Institut für Strategische Grundlagenforschung an der Landesverteidigungsakademie. Wien, im Jänner 1989.

Dazu neuerdings auch Norman Friedman, *The Fifty Years War. Conflict and Strategy in the Cold War*. London 2000. S.467 – 489; sowie relativ ausführlich über die militärische Planungen Nuklearstrategie der Supermächte zwischen den Jahren 1945 und 1998 die Darstellung von Detlef Bald, *Hiroshima, 6. August 1945. Die nukleare Bedrohung.* (= dtv 30607) München 1999. Zur geo- und eurostrategischen Lagebeurteilung aus der Sicht des Warschauer Pakt zwischen 1979 und 1989 siehe: Truppendienst - Taschenbuch „Fremde Heere. Die Streitkräfte der Warschauer Pakt Staaten“. Band 2A. Auflage 1989, S.369 – 520.

Staaten zu einer steigenden Unzufriedenheit breiterer Bevölkerungsschichten gekommen, die nicht nur auf die im allgemeinen triste Versorgungslage und die bescheidenen Lebensumstände der Masse der Bevölkerung zurückzuführen war, sondern der Unmut betraf auch die zum Teil völlig erstarrten politischen Strukturen, deren durchwegs überalterte Repräsentanten seit Jahren (und oft seit Jahrzehnten) nur noch hohle Phrasen von sich zu geben vermochten, deren äußerst magere Inhalte den realen Umständen in den einzelnen Staaten völlig entgegenstanden und deren Wahrheitsgehalt in Hinblick auf die versuchten absurden Vorspiegelungen von Tatsachen leicht zu überprüfen war.

Die Träger der verschiedenen Bürgerrechtsbewegungen in den osteuropäischen Staaten waren nun nicht mehr kleine Zirkel von „Dissidenten“, die von den Organen der geheimen Staatssicherheitsinstitutionen leicht überwachbar waren, sondern schließlich viele hunderttausende Staatsbürger, die nun die Gelegenheit zum Einleiten eines politischen, wirtschaftlichen und sozialen Wandels trotz massiver Überwachung ihrer Aktivitäten durch Geheimpolizei und andere Überwachungsorgane durchaus schneller als erwartet wahrnehmen würden.<sup>101</sup>

Die später so genannten „samtenen“ Revolutionen (die vorerst - in der DDR und in der CSSR – in letzterer nicht ganz gewaltfrei - abliefen) änderten die politischen Systeme mehrerer Warschauer Pakt - Staaten innerhalb von drei Monaten, ohne allerdings dass ein zu befürchtendes Blutbad unter den durchwegs mit friedlichen Mitteln protestierenden Zivilisten durch Polizeikräfte oder Armeeverbände angerichtet wurde.

Am schnellsten und ohne besondere Schwierigkeiten wurde die aus einer pragmatischen Analyse der eigenen Lage folgenden politischen Neuorientierungen und Reformen in Ungarn umgesetzt.

---

<sup>101</sup> Dazu Jens Gieseke, Mielke – Konzern. Die Geschichte der Stasi 1945 – 1990. Stuttgart – München 2001; Jens Gieseke, Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Personalstruktur und Lebenswelt 1950 – 1989/90. Berlin 2000; sowie Walter Süß. Staatssicherheit am Ende. Warum es den Mächtigen nicht gelang, 1989 eine Revolution zu verhindern. Berlin, März 1999.

Symbolisch dafür mag der schon ab 1987 beginnende und dann rasch fortschreitende Abbau des „Eisernen Vorhangs“ an der ungarischen Grenze gegenüber Österreich stehen.

Der treueste und wichtigste Verbündete der UdSSR in Europa sollte jedoch innerhalb weniger Wochen von der schwersten Krise – deren Vorzeichen von der eigenen Führung negiert und daher nicht erwartet worden waren – erfasst werden.

In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre hatte sich die wirtschaftliche Lage und auch in der DDR bereits dramatisch verschlechtert. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der UdSSR hatte zu dramatischen Verlusten im volkswirtschaftlichen Bereich DDR geführt. Ein Handelsabkommen, das gegenseitige Warenlieferungen im Wert von 380 Mrd. Mark(Ost) vorsah, war für die Jahre 1986 bis 1990 vereinbart worden und war sicher nicht zugunsten der Wirtschaftskraft der DDR zu verstehen. Obwohl die Volkswirtschaft der DDR jenen der anderen Länder des RGW/COMECON-Raumes durchaus überlegen war, so war an ein Aufholen gegenüber der Volkswirtschaft der BRD Mitte der achtziger Jahre nicht mehr zu denken. Das Pro- Kopf- Bruttosozialprodukt in der BRD war damals doppelt so hoch wie jenes der DDR.<sup>102</sup>

Der „Zweite Deutsche Staat“ war am Jahresbeginn 1989 de facto zahlungsunfähig. Verzweifelte Versuche von einzelnen DDR – Politikern, erneut einen oder mehrere Kredite in namhafter Höhe (dem Vernehmen nach in einer Summe von mindestens 2 Mrd. DM) aus der BRD zu erhalten, sollten einerseits erfolglos bleiben, andererseits hätte sich dieser zu gewährende Kredit in einer Größenordnung von mindestens 14 Milliarden DM bewegen hätte müssen, um überhaupt eine mittelfristige Wirksamkeit für die Volkswirtschaft der DDR zu erreichen. Allerdings wäre auch mit einer theoretischen

---

<sup>102</sup> Wolfgang Seiffert, Ist die DDR ein Modell?, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1986. Wien 1986. S.199-205. Auch die anderen Beiträge über die Volkswirtschaften des RGW – Raumes in diesem Jahrbuch geben inhaltlich die schwierige Situation der einzelnen Volkswirtschaften wieder.

Bereitstellung dieser Mittel wahrscheinlich auch wieder nur eine relativ kurze Zeitspanne des wirtschaftlichen Überlebens für die DDR zu erkaufen gewesen.

Die ständig wachsende Entfremdung zwischen einem nicht unerheblichen Prozentsatz der Bevölkerung der DDR und dem SED - Regime nahm gerade im Frühjahr 1989 (allerdings in den vorangegangenen Jahren erkennbar) laufend zu, wobei der Repressionsapparat (besonders jener der Einrichtungen und Bediensteten des Ministeriums für Staatssicherheit, das mit mehr als 90.000 hauptamtlichen Mitarbeitern im Jahre 1989 horrende Budgetmittel verschlang) offensichtlich nicht mehr so perfekt wie in den Jahren und Jahrzehnten zuvor zu funktionieren schien.

In Teilen der politischen Führung der DDR schien wohl auch eine gewisse Ernüchterung über das strategische Scheitern des seit Ende der siebziger Jahre geführten „Friedenskampfes“ gegen den NATO – „Doppelbeschluss“ während der ersten Hälfte der achtziger Jahre eingezogen sein.

Eine umfassende und realistische Einschätzung der Staats – und Parteiführung der DDR über die eigene politische und wirtschaftliche Lage, den politischen Rückhalt in der Bevölkerung und letztlich auch über die Loyalität der Streitkräfte während der vorerst friedlichen Demonstrationen und vor allem dann bei den Einsätzen von starken Polizeikräften bei größeren Unruhen war jedoch vom Spätsommer 1989 bis zum endgültigen „Mauerfall“ allerdings nicht festzustellen.

Die immer stärker werdende Fluchtbewegung von DDR - Bürgern über Ungarn und die Tschechoslowakei im Sommer 1989 und die im Herbst beginnenden Demonstrationen für mehr Bürgerrechte, die von Leipzig aus ausgegangen waren, brachten eine für die Stabilität in Europa nicht ganz ungefährliche Situation hervor, da die Reaktion des SED - Regimes und auch jene der sowjetischen Führung auf diese Vorgänge im Westen vorerst nicht abzusehen war.

Die sowjetische Führung unter Gorbatschow griff jedoch - gemäß ihrer schon bei der „40 - Jahrfeier der Deutschen Demokratischen Republik“ am 7. Oktober 1989 recht deutlich erkennbaren Einstellung zur Staatsführung der DDR - in die eskalierende innenpolitische Krise des „Arbeiter – und Bauernstaates“ nicht ein. Vielmehr hatte Gorbatschow der DDR - Führung die Dramatik der Situation und die rasch verstreichende – oder bereits verstrichene - Zeit für rechtzeitige Reformen in knappen, aber prägnanten Worten erklärt (Gorbatschows mittlerweile historisches Zitat traf die Situation schon vier Wochen vor dem Zusammenbruch der SED – Diktatur mehr als treffend: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“ und auch letztlich in der Umbruchsphase Anfang November 1989 eindeutig klar gemacht, dass sie nicht mehr auf die politische und militärische Unterstützung der Leitmacht des Warschauer Paktes zählen konnte.

Die „Maueröffnung“ in Berlin nach den durch Wochen immer massiver werdenden Demonstrationenbewegungen am 9. November 1989 führte letztlich zu einem politischen Umsturz in einer Geschwindigkeit, der wohl weltweit - vor allem ohne die fast unausweichlich anzunehmende Gewaltanwendung seitens des SED - Regimes durch den Einsatz von Spezialformationen der Staatssicherheit und der Volkspolizei – und auch der nicht stattgefundenen Einsatz der sowjetischen Verbände der WGT (Westgruppe der Truppen) nicht erwartet worden war.<sup>103</sup>

Der damalige sowjetische Außenminister Schewardnadse stellte dazu zehn Jahre später fest: „Wäre ein Schuss gefallen, dann hätte das den Dritten Weltkrieg ausgelöst.“<sup>104</sup>

Innerhalb weniger Wochen sollte das SED - Regime völlig zusammenbrechen – allerdings nicht ohne vorher durch seine Sicherheitsorgane in dieser Phase

---

<sup>103</sup> Dazu Volker Koop, Zwischen Recht und Willkür. Die Rote Armee in Deutschland, Bonn 1996; Ilko Sascha Kowalczyk /Stefan Wölle, Roter Stern über Deutschland. Sowjetische Truppen in der DDR. Berlin 2001; Dorothee Mußnug, Alliierte Militärmissionen in Deutschland 1946 – 1990 (=Zeitgeschichtliche Forschungen Band 9). Berlin 2001.

<sup>104</sup>APA – Meldung 5AA 128 0163 vom 3. Oktober 1999: Schewardnadse: "Bei Mauerfall drohte Dritter Weltkrieg."

zahlreiche schriftliche und elektronisch gespeicherte Quellen seines kriminellen Charakters vernichten zu lassen (letztlich nicht ganz nachhaltig) und beträchtliche finanzielle Mittel durch langfristig weiterwirkende „Seilschaften“ aus der ehemaligen DDR, aber auch kommunistischen Parteien anderer europäischen Staaten und ihnen nahe stehender Personen weltweit – darunter auch über Österreich – zu verschieben.<sup>105</sup>

Bis Ende Dezember 1989 waren auch die kommunistischen Regime in der Tschechoslowakei, in Bulgarien und in Rumänien (in letzterem allerdings hochgradig chaotisch und gewalttätig) zusammengebrochen.

Die Einigung über die weitere Vorgangsweise in Hinblick auf die deutsche Wiedervereinigung zwischen den Großmächten USA und UdSSR (Bush am 30. Mai 1990 in Washington und bei den folgenden politischen Gesprächen zwischen Bundeskanzler Kohl und dem sowjetischen Staats- und Parteichef Gorbatschow bei den politischen Gesprächen im Kaukasus konnte ein „Fahrplan“ für die deutsche Wiedervereinigung erstellt werden.

Die Auflösung der NVA und die Überführung eines geringen Teils ihres Personals in die Bundeswehr am 3. Oktober 1990 stellte eine weitere dramatische militärstrategische Veränderung in Europa dar, deren Auswirkungen von vielen Beobachtern in ihrer Tragweite noch nicht abgeschätzt werden konnte.

Damit wurde innerhalb weniger Wochen eine Phase der Demilitarisierung in Mitteleuropa eingeleitet, wie sie eigentlich seit dem Spätsommer 1945 nicht mehr zu beobachten gewesen war.

Beim Militärdoktrinenseminar in Wien vom 16. Jänner bis zum 5. Februar 1990 zeichnete sich durch eine Präsentation und offenere Diskussion dieser Prozess deutlich ab.<sup>106</sup>

---

<sup>105</sup> Peter - Ferdinand Koch, *Das Schalck-Imperium lebt. Deutschland wird gekauft.* München 1992; Andreas Förster, *Auf der Spur der Stasi – Millionen. Die Wien-Connection.* Berlin 1998.

<sup>106</sup> LVAK, Institute on Military Security Policy, *Seminar on Military Doctrine Vienna 1990.* 16 January – 5 February 1990. Vienna, March 1990.

Der Abzug der sowjetischen/und ab Jahresbeginn 1992 der russischen Streitkräfte der WGT aus der ehemaligen DDR ( ab November 1990 aus den „fünf Neuen Bundesländern“) der nun mehr wiedervereinigten Bundesrepublik Deutschland - mehr als 400.000 Mann Soldaten mit über 200.000 Angehörigen und einer nicht näher zu bestimmenden Anzahl an Zivilpersonal - war bis zum Hochsommer 1994 (am 31.August, bzw. 9.September 1994) und ohne größere Schwierigkeiten in Deutschland - endgültig abgeschlossen.<sup>107</sup>

Im Wesentlichen setzte sich auch danach die massive Truppenreduzierung bei den allermeisten europäischen Armeen und damit der Abrüstungsprozess in Europa von 1992 bis 1998 weiter fort.

Die Streitkräfte der NATO - Staaten hatten beispielsweise im Sommer 1997 bereits um ein Drittel weniger Soldaten unter Waffen als im Sommer 1989.<sup>108</sup>

Als Beispiel kann hier die Verringerung der französischen Streitkräfte in Deutschland angeführt werden: Die im Jahr 1989 noch 44.000 Mann umfassenden Truppen wurden bis 2002 auf knapp 5.000 reduziert.<sup>109</sup>

Bei den Streitkräften der nunmehr (ab August 1991) paktungebundenen osteuropäischen Staaten betrug die Reduzierungsquote des Personals etwa die Hälfte des vorhandenen Standes zu Mitte der achtziger Jahre. Dies galt auch für die meisten Nachfolgestaaten der Sowjetunion.<sup>110</sup>

---

<sup>107</sup> Bis 1.4.1993 hatten zwei Drittel der sowjetischen Soldaten der WGT, der Zivilbediensteten und der Familienangehörigen, insgesamt 370.300 Menschen Deutschland verlassen. Nach Die Presse, vom 1.April 1993. Dazu Heinz Magenheimer, Truppenabzüge und Streitkräftepotentiale in Ostmitteleuropa, In: ÖMZ Heft 4/1990, S.296.

<sup>108</sup> Zur Neugliederung der NATO-Kräfte im Abschnitt Europa Mitte, IN: ÖMZ Heft 4/1993, S.353-356; Heinz Magenheimer, Zum Stand der NATO-Streitkräfte in Europa-Mitte, in : ÖMZ Heft 5/1995 S.563-566. John S. Duffield, Power Rules. The Evolution of NATO's Conventional Force Posture. Stanford 1995. S.269 – 273.

<sup>109</sup> Zahlen nach: Unser Auftrag. Zeitschrift der Offiziersgesellschaft Wien, Ausgabe 09/02. Rundschau, S.11.

<sup>110</sup> Sergej Henke und Siegfried Fischer (Bearb.), Streitkräfte in der zerfallenden Sowjetunion (Militärpolitik – Dokumentation Heft 85 –87, 14.Jhg. 1991) Frankfurt a. Main 1991.

Weitere in der vorliegenden Arbeit genannte Zahlen wurden erstellt nach den Aufstellungen der „Military Balance des IISS“ und der „World Defence Almanacs“ 1997 und 1998 (jeweils Heft 1/97 und 1/98 der Military Technology), bzw. Die Presse, 17.Jänner 1994. S.4.

Damit hatte sich - mit einer allerdings nachhinkenden langwierigen politischen und wirtschaftlichen Stabilisierung in Ost und Ostmitteleuropa – hiervon muss allerdings bis heute ein erheblicher Teil des Balkanraums ausgenommen werden - das sicherheitspolitische Umfeld Österreichs innerhalb weniger Monate massiv verändert.

Die Wahl von Vaclav Havel zum Präsidenten der Tschechoslowakei am 29.Dezember 1989 und von Lech Walesa zum polnischen Staatspräsidenten am 9.Dezember 1990 hatten nicht nur atmosphärischen Charakter für die Änderungen in Ostmitteleuropa. Auch die Unabhängigkeitserklärungen der schon jahrzehntelang westlich orientierten ehemaligen baltischen Sowjetrepubliken (Litauen m am 11.März 1991, Estland am 20.August 1991 und Lettland am 21.August 1991). Es folgten am 24.August 1991 Weißrussland, am 27.August Moldawien und am 5.Dezember 1991 die Ukraine. Die Sowjetunion war nach mehr als siebenzig Jahren Geschichte geworden und war wirtschaftlichen, gesellschaftliche, aber auch an Nationalitätenkonflikten, die unter der politischen Oberfläche weitergewirkt hatten, zerbrochen<sup>111</sup>.

Diese Ereignisse zwischen Herbst 1989 und Frühjahr Sommer bzw. 1991 konnten einige Monate später von der politischen und militärischen Führung Österreichs trotz einiger verbleibender Unsicherheitsfaktoren praktisch uneingeschränkt und für die sicherheitspolitische Beurteilung letztlich weitestgehend als positive Veränderungen beurteilt werden.

---

<sup>111</sup> Michael Schneider, Das Ende eines Jahrhundertmythos. Eine Bilanz des Staatssozialismus. Köln 1996; Ulrich Druwe, Das Ende der Sowjetunion. Krise und Auflösung einer Weltmacht.Basel 1991.



## **Rückschau auf die Sicherheitspolitik der Republik Österreich und seine militärische Landesverteidigung in den achtziger Jahren**

### **Das permanente Primat der innenpolitisch ungünstigen Rahmenbedingungen für die militärische Landesverteidigung Österreichs**

in seiner Struktur und seinem Aufgabenbereich wesentlich weiter entfernt zu sein scheint als die milizartig strukturierte Armee der achtziger Jahre vom Österreichischen Bundesheer in der frühen Aufbauphase zwischen 1955 und 1962.

Zitat:

„Für die Politik lag die Priorität in der erhofften Garantie der Unabhängigkeit durch die vier Signatarmächte des Staatsvertrages und damit in der außenpolitischen Wahrnehmung der Neutralität. Dabei kam dem Bundesheer nur eine Nebenrolle zu, und Widerstand wurde nur symbolhaft verstanden. Konsequenterweise fand sich dann auch im Wehrgesetz vom 9. September 1955 für das Bundesheer als militärische Aufgabe nur der "Schutz der Grenzen". Und auch die am 26. Oktober 1955 im Verfassungsrang beschlossene "Verteidigung" der immerwährenden Neutralität mit allen zu Gebote stehenden Mitteln wurde von der Politik jedenfalls in anderem Sinne verstanden als von der militärischen Führung und bezog sich damals keinesfalls auf einen "Verteidigungsfall". Für die militärischen Verantwortungsträger standen eine klare Ausrichtung auf den "Westen" und eine "Verteidigung" gegen den Kommunismus bzw. die Bedrohung aus dem Osten im Vordergrund, und man leitete diese Auffassung letztlich ohne konkrete Abstimmung oder gar Übereinstimmung mit den politischen Verantwortungsträgern aus den Absichtserklärungen ab, eine Neutralität nach dem Muster der Schweiz wahrzunehmen und diese mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu verteidigen.“<sup>112</sup>

---

<sup>112</sup> Zit. nach Horst Pleiner: Die Entwicklung der militärstrategischen Konzeptionen des österreichischen Bundesheeres von 1955 bis 2005, in: Österreichische Militärische Zeitschrift 3 2005 S.

Das Problem, ob nicht die Führung des Bundesheeres schon seit den Jahren 1955/56 in Erfüllung ihres verfassungsmäßigen Auftrages eine Verteidigung des Territoriums Österreichs, seiner Bevölkerung und seiner politisch-wirtschaftlichen Lebensform im Auftrag der diversen politischen Führungen geplant und vorbereitet hatte jedoch damit "etwas verteidigen wollte, was eigentlich nicht verteidigt werden wollte" (General i.R. Horst Pleiner am 29.10.2003 im Gespräch mit dem Autor), ist zweifellos als Kernfrage der militärischen Sicherheitspolitik der Zweiten Republik zu sehen.

Die verschiedenen Bundesregierungen, die zwischen 1979 und 1991 die Geschicke der Republik lenkten und daher auch für die Umsetzung der beschlossenen Doktrin der Landesverteidigung, für die Bereitstellung der Mittel zur Auftrags Erfüllung und damit den Zustand des Instruments zur militärischen Landesverteidigung verantwortlich waren, bekannten sich immer wieder öffentlich und uneingeschränkt zur Umfassenden Landesverteidigung und daher auch zu einer effektiven militärischen Landesverteidigung.

Unter den Bundesministern für Landesverteidigung Otto Rösch, Friedhelm Frischenschlager, Helmut Krünes, Robert Lichal und Werner Fasslabend sollte das Raumverteidigungskonzept (ab 1987 durch eine neue Heeresgliederung allerdings mit erheblichen personellen und strukturellen Abstrichen) schrittweise in die Realität umgesetzt werden.

Die von den Planern des Bundesheeres durchaus penibel errechneten erforderlichen Aufwendungen hierfür und die schon sehr früh (bereits Mitte der siebziger Jahre) präsentierten budgetären Mindestanforderungen konnten jedoch nie - von punktuellen und in Einzelfällen vorhandenen mehr oder weniger „zweckgebundenen“ Einzel-„Milliarden“, die gesondert bereitgestellt worden waren, wie beispielsweise für Kasernenbauten und den Ankauf von Abfangjägern - sichergestellt werden.

---

Das regierungsinterne Bemühen der einzelnen Minister um ausreichende finanzielle Mittel blieb während der achtziger Jahre oft erfolglos und brachte bald einen erheblichen Zeitverzug für die gedachten Ausbaustufen des Raumverteidigungskonzepts und bei der Bereitstellung der Mittel für die personellen Erfordernisse und der Beschaffung der für dieses Konzept dazu vorgesehenen unbedingt notwendigen materiellen Mittel.

Zu Jahresbeginn 1988 mussten unter BM Lichal bereits erhebliche Nachjustierungen („HG 87“) der großzügigen Planungen eingeleitet werden.

Dass die Minister unabhängig von ihrem politischen Bekenntnis - bei ihren eigenen Ministerkollegen und ihren Gesinnungsfreunden in ihrer eigenen Partei - oft erhebliche Unterstützung vermissen mussten und sich bei der korrekten Umsetzung eines gesetzlichen Auftrages fallweise sogar massiven politischen und manchmal durchaus ins Persönliche gehenden Angriffen ausgesetzt sahen, ist eine nicht untypische, vielleicht allzu typische österreichische Facette der Sicherheitspolitik.

Bundesminister Fasslabend blieb es schließlich vorbehalten, ab 1991/92, bedingt durch die Änderungen im politisch - strategischen Umfeld und die Notwendigkeit eine angemessene Heeresstruktur zu schaffen, die „Heeresgliederung Neu“, die den endgültigen Abschied vom Raumverteidigungskonzept bedeutete, bis zum Ende des Jahres 1994 umzusetzen und gegen Ende seiner Amtszeit auch noch eine weitere („STRAN“ – Strukturanpassung“) durchzuführen.

**Die noch immer unzureichende Verankerung des Gedankens der Umfassenden Landesverteidigung in der Bevölkerung bedingte immer wieder unsachliche Diskussionen – allerdings nicht nur bei einzelnen politischen „Verantwortlichen“ und diversen „Randgruppen“.**

Zweifellos bestand für das Bundesheer in den achtziger Jahren eine Notwendigkeit der Reform der inneren Führung (Pädagogische und führungstechnische Ausbildung, wehrpolitische Aktivitäten und Verbesserung

der politischen Bildung im Bundesheer, Verankerung des Gedankens des „Staatsbürgers in Uniform“) und ein eminenter Bedarf, der Bevölkerung die Notwendigkeit weiterer Modernisierung der Infrastruktur, der Bewaffnung und Ausrüstung mit denen verbundenen Notwendigkeiten - nämlich der Zuführung ausreichender Budgetmittel näher zu bringen.

Dies und die weitere Verankerung des Wehrgedankens in größeren Teilen der Zivilbevölkerung gelang regional und sozial unterschiedlich.

Mit großem Engagement wurden einzelne Maßnahmen von der Abteilung „Umfassende Landesverteidigung“ im Bundeskanzleramt, vom Büro für Wehrpolitik im Bundesministerium für Landesverteidigung, aber auch von den Verantwortlichen für die Öffentlichkeitsarbeit im Bundesheer auf den verschiedenen Kommandoebenen versucht, durch oftmaliges öffentliches Erscheinen des Bundesheeres bei Veranstaltungen - nicht nur bei Assistenzen und Hilfeleistungen - und die Begründung zahlreicher Partnerschaften der Bevölkerung näher zu bringen und es nicht nur in Kasernen oder auf Übungsplätzen zu „verstecken“.

Die auch in Österreich in der ersten Hälfte der achtziger Jahre massiv auftretende Friedensbewegung hatte sich hier in die öffentliche Diskussion sehr oft als bundesheerkritisches Element eingebracht; hingegen hatten radikale Gegner der Landesverteidigung trotz einiger medienwirksamer Auftritte, Aktionen und Aussagen, die auch von „kritischen“ Medienvertretern und z.T. selbsternannten „Experten“ für Frieden und Sicherheit allzu gern unterstützt und verbreitet wurden, langfristig nur begrenzten Einfluss auf das Verhältnis Bundesheer und Bevölkerung.

In Summe blieb aber allzu Vieles offen:

Der weitaus größte Teil der Bevölkerung nahm zum größten Teil die Existenz des Bundesheeres und seine Aktivitäten wohlwollend zur Kenntnis, eine nachhaltige Unterstützung, die allerdings durch die politisch Verantwortlichen auf allen Ebenen zu „transportieren“ gewesen wäre, hätte auch neben der

Akzeptanz die Bereitstellung sichtbar höherer Mittel gefordert. Dies hätte sich nicht zwangsläufig in höhere Steuern und Abgaben für die österreichische Bevölkerung niederschlagen müssen. Die finanziellen Mittel für die Landesverteidigung wären zweifellos auch damals in ausreichenden Maß vorhanden gewesen – sie flossen – manchmal auf „Nimmerwiedersehen“ – in die sonderbarsten Projekte im Inland und in fragwürdige Kredite im Ausland.

### **Die Rolle der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für den Ausbau: Sozialpolitik und Sicherheit - wirkliche oder populistische Gegenpole ?**

Die zu Anfang der achtziger Jahre auf den ersten Blick durchaus guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und volkswirtschaftlich relevanten Eckdaten (niedrige Inflationsraten, relativ hohe Beschäftigtenzahlen und im europäischen Vergleich gute Wirtschaftswachstumsraten) hätten einen höheren Anteil des Landesverteidigungsbudgets am Gesamtbudget und am BIP und damit eine bessere Dotierung des Bundesheeres zweifellos gestattet. Paradoxe Weise waren den politisch Verantwortlichen, die sich sehr wohl zur Umfassenden Landesverteidigung bekannten.

Deutlich erkennbare Auswirkungen auf die Entwicklung der Infrastruktur der Republik und den Lebensstandard der Bevölkerung hätte auch merkbar erhöhte Bereitstellungen von finanziellen Mitteln für die Landesverteidigung sicher nicht gehabt.<sup>113</sup>

Die außen- und innenpolitische Glaubwürdigkeit Österreichs durch Dokumentierung seiner Absichten und tatsächlich gesetzten Maßnahmen über die Ernsthaftigkeit und mittelfristige Wirksamkeit der Anstrengungen für die österreichische Landesverteidigung wäre aber im Verhältnis zu den vermehrt bereitgestellten Mitteln überproportional erhöht worden.

### **Die Einschätzung der budgetären Rahmenbedingungen als „Bodensicht radar“ für realistische Beurteilungen der Ausbauplanungen für das Bundesheer in den achtziger Jahren**

---

<sup>113</sup> Siehe die statistischen Angaben zum Verteidigungsbudget, zur Verschuldung der osteuropäischen Staaten und zur Verschuldung der öffentlichen Hand in Österreich zwischen 1980 und 1992 im Anhang.

Die bereitgestellten Budgetmittel reichten bereits ab 1981 für die nach den Planungsvorgaben termingerechte Umsetzung des „Raumverteidigungs“ - Konzepts nicht aus. Nominelle Erhöhungen und oft nur geringfügige Steigerungen des Anteils am Gesamtbudget und am BNP ließen zwar temporär Verbesserung durch Neuankäufe bei Bewaffnung und Ausrüstung, sowie bei der Bauinfrastruktur und bei der „Verbesserung des Soldatenalltags“ zu. Eine zügige Umsetzung des Raumverteidigungskonzepts mit allen Teilerfordernissen war mit diesen Budgetmitteln weder bis zur „Zwischenstufe 86“ und schon gar nicht bis zum angestrebten Endausbau (um das Jahr 1991, respektive 1995) nicht zu erreichen. Der Anteil des Landesverteidigungsbudgets am Gesamtbudget begann 1986 – von einzelnen Budgetjahren abgesehen - merkbar zu sinken. Bei dieser Entwicklung sollte es im wesentlichen vorerst bis zum Jahr 2015 bleiben.

Der immer wieder bis in die heutigen Tage populistisch aufgebauchte Gegensatz zwischen „Sozialausgaben“ und Aufwendungen für die militärische Landesverteidigung läßt sich bei einer nüchteren Analyse der Zahlen leicht auflösen:

Die „Sozialquote“ hatte in Österreich einen Anteil 1980 26,3 %, im Jahr 1985 27,1 % und im Jahr 1990 26,4 % am Bruttoinlandsprodukt.

Hingegen betragen die Prozentzahlen für die Ausgaben der militärischen Landesverteidigung in diesen betreffenden Jahren 1,17%, 1,24% und 0,96%.

Die Aufwendungen für die Österreichische Landesverteidigung beliefen sich im Jahr 1989 pro Erwerbstätigen auf rund 5400 ATS pro Jahr. Jeder unselbständige Erwerbstätige erhielt eine durchschnittliche Jahresbruttolohnsumme von 292.000 ATS.<sup>114</sup>

Immerhin betrug die Verschuldung der osteuropäischen Staaten allein bei den österreichischen Banken im Herbst 1991 mehr als 95 Mrd. öS (davon waren rund 50 Mrd.öS unbesichert und rund 42,32 Mrd von der Republik Österreich staatlich garantiert). Insgesamt betragen die Schulden von Staaten in Osteuropa

---

<sup>114</sup> Institut für militärische Sicherheitspolitik (IMS) an der Landesverteidigungsakademie, Daten Trends und Interpretationen zum Budget der Österreichischen Landesverteidigung. Wien, Jänner 1990. S.VII.

bei der Republik Österreich (inklusive Umschuldungen und Handelskrediten) im Herbst 1992 165 Mrd. öS.<sup>115</sup>

Diese Summe entsprach etwa den Aufwendungen Österreichs für die militärische Landesverteidigung zwischen den Jahren 1978 und 1984.

Da diese bewilligten Kredite und Exporthaftungen meist auf die Jahre zwischen 1975 und 1988 entfielen, lässt sich - überspitzt formuliert - in diesem Zeitraum eine wirtschaftliche Förderung jener im Bedrohungsbild Österreichs erkannten potentiellen Gegner erkennen, deren strategisch - operative Planungen sich eindeutig auch gegen das neutrale Österreich in den achtziger Jahren gerichtet hatten.

Investitionen von etwa 12% der vorher genannten Summe (Verschuldung der osteuropäischen WAPA-Staaten bei den österreichischen Banken) in die militärische Landesverteidigung Österreichs (Die entsprach ziemlich genau jenen 17,9 Mrd. öS, die Generaltruppeninspektor General Scharff schon im Frühjahr 1981 als voraussichtlichen Fehlbetrag bis 1986 zum Erreichen der „Zwischenstufe“ der Raumverteidigung bezeichnet hatte) hätten die Glaubwürdigkeit der militärischen Landesverteidigung zweifellos beträchtlich erhöht, die Auftrags Erfüllung für das Bundesheer leichter gemacht und das Leben und die Gesundheit der österreichischen Soldaten in praktisch allen denkbaren Einsatzfällen besser geschützt.

Von den sonstigen „Fässern ohne Boden“, in die die Republik beträchtliche Mittel zu „schütten“ hatte (bei der Verstaatlichten Industrie sollte der notwendige Bundeszuschuss zur Verlustabdeckung und zur Sanierung noch bis zur Jahrhundertwende ca. 100 Mrd. öS bis in die neunziger Jahre betragen, sonstige finanzielle Verluste durch Skandale und „Skandälchen“, und die aus dem Budget abgedeckt werden mussten, trugen weitere beträchtliche Summen, die letztlich ins „Nichts“ verschwanden, bei), sollte hier zwar die Rede sein, aber bei den damals potentiell vorhandenen Bundesmitteln kann seriöser Weise

---

<sup>115</sup> Die Presse, 28. Oktober 1992. S.13.

keine anteilmäßige Einrechnung in mögliche Ausgabensteigerungen für die österreichische Landesverteidigung in den achtziger Jahren erfolgen.

Die Vorgabe für eine erfolgreiche Umsetzung der HG neu ab Sommer 1992 war ein Budgetanteil von 1 % des BIP. Letztlich wurde dieser Anteil auch schon wieder 1993 nicht erreicht und sank bis Ende der neunziger Jahre auf 0,77 % !

Die ständige Steigerung des Budgetanteils der Personalkosten am Landesverteidigungsbudget, die allerdings auch ohne die laufende Verstärkung der Milizkomponente zum Tragen gekommen wäre, ist ein bis heute ungelöstes Problem.

Umgekehrt darf aber auch jener Überlegung nachgegangen werden, die zum Schluss kommt, dass ein Anteil der Personalkosten von rund 60% auch entstehen kann, weil jedes Jahr eben zuwenig Budget für den materiellen Teil und die Betriebskosten bereitgestellt wird. Wäre das Gesamtbudget höher und der vorher genannte Anteil ebenfalls höher, so würde der Personalkostenanteil auf weit weniger als 50% sinken.

Die im Sommer 2003 wieder aufgezeigte und vom ehemaligen Generaltruppeninspektor General Pleiner genannte Summe des derzeitigen Investitionsrückstaus von rund 11 Mrd.Euro (=151 Mrd ATS, zu Preisen von 2001; entspricht rund 10 Jahres - Verteidigungsbudgets der späten achtziger Jahren)<sup>116</sup> ist auch auf die mangelnde Dotierung in den achtziger und neunziger Jahren zurückzuführen, mit der langfristig und langverwendbare Investitionsgüter damals beschafft werden hätten können.

**Die Analyse der personellen Struktur des Bundesheeres in den achtziger Jahren zeigt bei den Soldaten aber auch bis zu einem gewissen Grad bei den zivilen Bediensteten – dienstrechtlich verursachte und bis heute meist ungelöste strukturelle Langzeitprobleme**

Die zum Teil krisenhafte Entwicklung bei der Personalgewinnung im Bereich der Offiziere und Unteroffiziere, die schon im ersten Drittel klar sichtbar

---

<sup>116</sup> ObstdhmfD Dr.Walter Feichtinger, Was kommt neben dem Typhoon???, in: Der Offizier 2-2003. S.16.



geworden war und bis zum Beginn des letzten Drittels der siebziger Jahre anhielt, konnte bis zur Mitte der achtziger Jahre einigermaßen gestoppt werden. In den achtziger Jahren gab es genügend Bewerber für beide Gruppen, wodurch nach dem Ende der Ausbildungsphase der natürliche Abgang durch Versetzung in den Ruhestand und auch durch eventuelle Austritte zumindest bei den Offizieren wettgemacht werden konnte und der gesteigerte Bedarf durch die personellen Erfordernisse der HG78 - zumindest regional in einem hohen Maße - gedeckt werden konnte.

Etwas schwieriger gestaltete sich die Lage bei den Unteroffizieren. Die Altersstruktur verschlechterte sich bis zur Mitte der achtziger Jahre laufend, wozu bei vielen bereits älteren Unteroffizieren gesundheitliche Einschränkungen und gesundheitliche Beschwerden ein Verwenden im Außendienst nur eingeschränkt oder gar nicht mehr zuließ. Die Altersstruktur begann sich Eine gewisse Entspannung sollte hier erst zu Beginn der neunziger Jahre eintreten.

Anders sah es bei den Zeitsoldaten aus, wo beispielsweise im Raum Wien und in den Garnisonen der unmittelbaren Umgebung (z.B. Großenzersdorf; Langenlebarn) und anderen Teilen Niederösterreichs durch die gute Wirtschaftslage in dieser Region und das Lohnniveau in der Privatwirtschaft kaum mehr Zeitsoldaten in ausreichendem Maße für die Besetzung der Stellen bei der Truppe im Chargenbereich gefunden werden konnten. Wesentlich besser war diese Situation sicher im Bereich des Korps I, wo in Kärnten und in der Steiermark viele Posten mit Zeitsoldaten wunschgemäß besetzt werden konnten. Besonders drückend wirkte sich die im Bereich der „Bereitschaftstruppe aus, die ihr angestrebtes „Soll“ von 15.000 Soldaten bei den präsenten Kräften auch durch gezielte Werbemaßnahmen des BMLV nie erreichen konnte.

Dieses gravierende Manko im gesamten Bereich der Truppe ließ sich erst einigermaßen im Zuge der massiven Reduzierungen des Personalbedarfs durch die „HG Neu“ und „STRAN“ ausgleichen.

Eine ungünstige Rangstruktur vor allem bei den Berufsoffizieren – aber auch im zivilen Bereich des BMLV hat sich auch durch dienstrechtliche Modifikationen bisher nicht verändern lassen.

Nachhaltige dienstrechtliche und sozialrechtliche flankierende Reformmaßnahmen fehlen bis heute.

Während sich die Rang – und Alterstruktur bei den Milizoffizieren zu Ende der achtziger Jahre bereits erheblich verbessert hatte und ein gutes Bild zeigte, gab es noch immer zahlreiche Fehlstellen bei Miliz – Unteroffizieren sowie bei den Chargen.

Gut ausgebildete Gruppenkommandanten waren allerdings noch immer schwer zu finden und zu ersetzen!

**Die Änderung der strategischen Rahmenbedingungen in den Jahren 1989 bis 1991 in Europa bedingten und beschleunigten die Neuformulierung der Aufgaben und damit die strukturellen Veränderungen im Bundesheer – vorerst aber nur schnell bei der Truppe und wesentlich langsamer in der Zentralstelle!**

Bei der Änderung der strategischen Rahmenbedingungen am Ende der achtziger Jahre konnte Österreich sicherheitspolitisch nur versuchen, möglichst rasch auf diese (immer wieder) neu vorgegebenen Tatsachen zu reagieren.

Wie bei vielen anderen Streitkräften in Europa (und bei den beiden Supermächten, die auch dieses Jahrzehnt im militärstrategischen Bereich prägten) änderte sich durch die politischen Umwälzungen zwischen 1989 und 1999 die österreichische Heeresorganisation nach Auswertung und Beurteilung der politischen Situation und des daraus resultierenden Bedrohungsbildes.

Der Wegfall der „großen“ Bedrohung stellte jedoch nur einen Wechsel in der Aufgabenstellung für die österreichischen - aber auch die meisten anderen europäischen Streitkräfte dar. Von der Umsetzung des „Raumschutzes“ zur Rückkehr zum „Grenzschutz“ vergingen knapp 15 Jahre.

Der Weg zur „Konstabulisierung der Streitkräfte“ wurde als Teilaufgabe konsequent – in den meisten Staaten mit unterschiedlicherem Tempo und divergierender personeller Stärke beschritten.<sup>117</sup>

Innerhalb von knapp mehr als zwei Jahrzehnten - zwischen Ende 1977 und Ende 1998 - wurden dem Bundesheer **vier** neue Strukturen (HG 78, HG 87, HG (90) „Neu“, STRAN) „verordnet“, deren erste (wie auch die folgenden) sicher in der Planung seriös und akribisch war, jedoch in operativen Durchführbarkeit umstritten war. Durch die Ende der siebziger Jahre zwangsläufig erforderliche rasche quantitative und qualitative materielle Vermehrung des Materials (für die erheblich angestiegene Mob – Stärke des Heeres) stieß sie in der Umsetzung rasch auf eminente Schwierigkeiten aufgrund der zu geringen Beistellung der budgetären Mittel.

In ihren Auswirkungen wurde daher das Personal zu ständiger Improvisation gezwungen und trotz etwas besserer Verankerung des Wehrgedankens in Teilen der Bevölkerung und seine Integration in die Gesellschaft sollte seine Motivation durch viele Jahre auf eine sehr harte Probe gestellt werden.

Die drei folgenden Heeresgliederungen, die ab dem letzten Drittel der achtziger Jahre die vorhandenen Strukturen veränderten, sahen jeweils eine massive Reduzierung im personellen und strukturellen Bereich vor, wobei die Langfristigkeit der Auswirkungen bei der beabsichtigten Wirkung der Verdichtung von Personal und Material vorerst sicher überschätzt wurden.

In der Zentralstelle des BMLV kam es zwar parallel zur „HG 87“ und zur „HG Neu“ zu einigen Veränderungen, wobei aber eine nachhaltige Straffung der Organisation und Personalstruktur weit hinter den massiven Reduzierungen bei der Truppe zurückbleiben sollte.

---

<sup>117</sup> Hessel, Zur Konstabulisierung der Streitkräfte.

Charles C. Moskos, John Allen Williams, David R. Segal (ed.) The Postmodern Military. Armed Forces after the Cold War. New York Oxford 2000.

Erst zu Ende der neunziger Jahre wurden nachhaltigere Strukturveränderungen überlegt, die allerdings erst ab dem Frühjahr 2002 begannen und dann bis zum Jahresende umgesetzt waren.

**Die Bewaffnung und Ausrüstung des Bundesheeres erreichte erst am Ende der ersten Hälfte der neunziger Jahre auf dem qualitativen Sektor jenen Stand, der schon spätestens zu Mitte der achtziger Jahre für eine erfolgreiche Abhaltestrategie bzw. Verteidigung des Staatsgebietes gemäß den Vorgaben der Landesverteidigungsplans und des Raumverteidigungskonzeptes notwendig gewesen wäre.**

Die schrittweise Verbesserung in einzelnen Bereichen der Bewaffnung und Ausrüstung der Verbände des Bundesheeres in den achtziger Jahren hielt zwar mit den quantitativen Erfordernissen zur Durchführung des Auftrages im Raumverteidigungskonzept nicht stand, nichtsdestoweniger gelang bei den meisten Waffengattungen die Beschaffung und Bereitstellung einer modernen Bewaffnung und Ausrüstung, die eine massive Verbesserung der materiellen Struktur bei den Verbänden des Bundesheeres brachte.

Dies gilt allerdings nicht für den Bereich der Luftstreitkräfte, wo die Beschaffung der Abfangjäger zwischen 1985 und 1988 vom Typ „Draken“ nur eine Zwischenlösung für mehr etwas als ein Jahrzehnt darstellen sollte und die Nachfolgefrage - genauso wie bei den Düsentrainern Saab 105, den Flächenflugzeugen für Transportaufgaben und für die meisten Hubschraubertypen – am Beginn der neunziger Jahre noch nicht geklärt werden konnte (weil der politische Wille dazu fehlte).

Der in der tagespolitischen Auseinandersetzung immer wieder polemisch konstruierte Gegensatz „Sozialpolitik“ gegen minimale Ausrüstungserfordernisse der Luftstreitkräfte, die „Schutz und Hilfe“ (in einem minimalen Rahmen) für die eigene Bevölkerung und fallweise auch schon für Bewohner anderer Staaten anbieten sollen, wurde und wird im Interesse des ständigen Wechsels von tagespolitischen „Kleingeldes“ mit oberflächlichen

Argumenten zur einer Gewinnung von Wählerstimmen - möglicherweise wider besseres Wissen - immer wieder gebetsmühlenartig vorgetragen.

### **Ausbildung und Weiterbildung des österreichischen Soldaten erfuhren in den achtziger und am Beginn der neunziger Jahre eine deutliche Steigerung**

Die Qualitätssicherung der Ausbildung der Offiziere, sowohl der Berufsoffiziere und der Milizoffiziere an der Theresianischen Militärakademie und an der Landesverteidigungsakademie machte in den achtziger Jahren weitere bedeutende Fortschritte und konnte im internationalen Vergleich weiter verbessert werden.

Das gleiche gilt auch für die Unteroffiziersausbildung an der Heeresunteroffiziersschule später Heeresunteroffiziersakademie sowie für die Ausbildung der meisten Zeitsoldaten und für die Ausbildung der Mannschaften. Die Versuche, moderne pädagogische Methoden zu erarbeiten und mit Hilfe moderner Medientechniken auf breiter Basis anzuwenden - zeigen auch im internationalen Vergleich anerkannte beträchtliche Erfolge in vielen Feldern der Ausbildung.

Das Selbstverständnis und das Selbstbewußtsein des österreichischen Soldaten in den achtziger Jahren stieg auch mit der Bedeutung der Miliz.

### **Das Bundesheer - ein Instrument - nicht nur der (Innen)- Politik**

Die Zielvorstellung und Zielvorgaben der politischen Führung müssen in regelmäßigen Abständen mit den erreichten Zwischenzielen verglichen werden.

Die realen Möglichkeiten der Auftragserfüllung durch das Bundesheer gemäß Wehrgesetz und Landesverteidigungsplan müssen laufend differenziert und abgestuft gewertet werden.

Die jahrzehntelang bestehende Lücke zwischen bereitgestellten Mitteln und Auftrag hat sich für das Bundesheer erst am Beginn der neunziger Jahre, allerdings durch äußere Faktoren - die Änderung der strategischen Lage in Europa - wohl niemals schließen lassen, aber in einigen Bereichen der militärischen Landesverteidigung immerhin verkleinern können.

Das Bundesheer war im Jahr 1991 in der Lage; den Krisenfall Jugoslawien und Slowenien, wenn auch unter beträchtlichen Schwierigkeiten (im quantitativ - personellen Bereich) zu meistern.

Hier gab es fließende Übergänge zum Neutralitätsfall, dem Österreich mit dem Bundesheer in den achtziger Jahren ebenfalls nicht begegnen musste.

Glücklicherweise blieb ein Reagieren auf den potentiellen Verteidigungsfall der Republik Österreich und seinen Streitkräften - trotz wachsender Spannungen zwischen den Supermächten und den beiden großen Paktsystemen, bei denen es zu einer ungeheuren Verdichtung der Streitkräfte mit modernsten Waffensystemen in Mitteleuropa gekommen war, am Ende der siebziger und in der ersten Hälfte der achtziger Jahre erspart. Die Wehrmotivation der Soldaten und das gültige Einsatzkonzept des Bundesheeres mussten – im Hinblick auf das Schicksal des Staates - glücklicherweise nie auf die Probe gestellt werden.

Die Hilfeleistungen durch das Bundesheer im Inland funktionierten trotz temporär merkbarer Engpässe bei Personal und Materialeinsatz letztlich durch Improvisationsvermögen der Führung und die hohe Motivation der eingesetzten Soldaten vor allem bei den Assistenzen bei zahllosen Elementarereignissen durchwegs klaglos.

Ebenso wurden die achtziger Jahre - wie schon am Ende der siebziger Jahre abzusehen war – von der Quantität und sicher auch Qualität des personellen Einsatzes ein „österreichisches UN - Jahrzehnt“.

Diese Hilfeleistungen im Ausland betrafen nicht nur friedenserhaltende Einsätze nach einem allfälligen Beschluss des UN - Sicherheitsrates, sondern auch immer öfter humanitäre Aktionen bei Elementarereignissen und Kriegsfolgen im Ausland (Erdbeben in Armenien 1988, „Kurdenhilfe“ 1991 durch UNAFHIR).

## **Die Gesellschaft für politisch-strategische Studien als Sensor für die österreichische Sicherheitspolitik und weltweite strategische Entwicklungen**

Nach dem Ende des großen „Kalten Krieges“ zwischen 1989 und 1994 zeigen sich neue und ein Jahrzehnt kaum erwartete Bedrohungen.

Rasanten Bevölkerungswachstum in einzelnen Regionen der Welt führt zur rasch steigenden Knappheit von Ressourcen, der zum Kampf um Wasser, Nahrungsmittel, Brennstoffe und Energie für Stromerzeugung und Mobilität führt.

Stellen die folgenden Kämpfe einen möglicherweise bereits tobenden „Weltbürgerkrieges“ dar?

In Afghanistan, im Irak, in Nigeria, in der Zentralafrikanischen Republik, in Tschad oder Mali oder der seit Jahrzehnten andauernde Krieg im Kongo?

Es kristallisiert sich heraus, dass die Terroranschläge in Djerba/Tunesien, auf Bali, in Moskau im Herbst 2002 und Wolgograd 2004 nur Vorboten größerer „Terrorfeldzüge“, die 2014 und 2015 die großen Städte europäischer Staaten erreicht haben nur weiteren

Wird der Bürgerkrieg in Syrien mit seinen zahllosen inneren Akteuren und ausländischen Interventionisten, der bisher rund 500.000 Toten in absehbarer Zeit enden?

War der „Arabische Frühling“ nur ein Auftakt zu neuen langwierigen Bürgerkriegen oder auch zwischenstaatlichen militärischen Auseinandersetzungen im arabischen Raum – wie zum Beispiel im Jemen?

Wird sich die Krise in der Ukraine zu einem „eingefrorenen“ Konflikt oder sich zu neuen Krieg in Osteuropa ausweiten?

Die ständigen Drohungen des spätstalinistischen Regimes in Nordkorea mit atomaren Waffen oder auch mit konventionellen Waffensystemen die Nachbarstaaten oder sogar die USA direkt anzugreifen, führten in den letzten Jahren zu einer latenten Gefahr großer militärischer Konfrontationen.

Chinas wachsendes Militärpotential politisches, wirtschaftliches aber nachweislich auch militärisches Engagement in Zentralasien – Stichwort „Neue Seidenstraße“ – im Pazifischen Raum und in Afrika rufen die USA auf den Plan und verändern deren Engagement auf dem europäischen Kontinent in mehrfacher Weise.

Nun, es sind aktuelle, aber mit Sicherheit nicht die einzigen Facetten, die das Grundbedürfnis „Sicherheit“ der Bevölkerung wieder weltweit in grundsätzlichen Diskussionen zu einem zentralen Thema werden ließen.

Sind die bereits stattgefundenen Unruhen in Frankreich, Großbritannien oder Schweden Vorboten und von großen islamistischen Revolten in Europa?

Führt die rasante Zuwanderung von großen Bevölkerungsgruppen mit gänzlich anderen kulturellen Gepflogenheiten und Mentalitäten und die schrittweise, aber doch in immer kürzeren Intervallen erfolgende Auflösung traditioneller Gemeinschaften in den mitteleuropäischen Staaten zur rasanten Schaffung von „Parallel“-Gesellschaften oder schon gar „Kontra“-Gesellschaften, die in Bremen, Berlin-Kreuzberg, Duisburg oder Banlieus von Paris, in einzelnen Großstädten Großbritanniens regelmäßigen Aufruhr veranstalten und parallel dazu eine kaum noch kontrollierbare organisierte Kriminalität etablieren?

Die möglicherweise von Wirtschaftskrisen, die zu einer Verarmung größerer Bevölkerungsgruppen aus der bisherigen Mittelschicht und – aus vermeintlichen Sparsamkeitszwängen - zu einer Reduktion von Sicherheitskräften führen können, mitangeheizten Konflikte scheinen sich seit 2010 auch in Europa dramatisch auszuweiten.<sup>118</sup>

Nicht allein Deklarationen, Proklamationen und Erklärungen von Menschenrechten sichern im 21. Jahrhundert ein Überleben in einem humanen und lebenswerten Umfeld, sondern die von jedem Einzelnen nicht nur eingeforderte, sondern die täglich gelebte und humane Praxis, die nicht nur

---

<sup>118</sup> Zu diesen Entwicklungen vgl. die heftigen Diskussionen um die Bücher von Michael Ley, *Die kommende Revolte*. München 2012 und Thilo Sarazzin, *Deutschland schafft sich ab*. München 2010.



Rechte arrogiert, sondern auch Pflichten und Einhaltung von logisch nachvollziehbaren sozialen Verhalten und Regeln einfordert.

Gesellschaftliche Umwälzungen und ein rasantes Bevölkerungswachstum in vielen Regionen der Welt - selbst Europa ist hier nicht mehr ausgenommen - gefährden aber diese Grundvoraussetzungen.

Die Gesellschaft für Politisch-Strategische Studien hat sich auch in der zweiten Hälfte ihres 50-jährigen Bestehens nach Ende der großen Paktkonfrontation in Europa in den Jahren 1990-1994 verstärkt diesen Fragen gestellt und mit Veranstaltungen Information über diese Entwicklungen geboten und eine Sensibilisierung mithervorzubringen versucht.

Der Vorstand der Gesellschaft, ihre Mitglieder und ihre hochqualifizierten Vortragenden haben sich immer als „Nachdenker“, „Vordenker“ und soweit gewünscht auch als Ratgeber verstanden und versucht.

Das ist wohl das „Lernen aus der Geschichte“ und die Erkenntnisse aus politischen Abläufen und strategischen Entwicklungen für ein zukünftiges menschenwürdiges Weiter- und Überleben der europäischen und außereuropäischen Gesellschaften, für das die „Nach- und Vordenkwerkstatt“ der „Gesellschaft für Politisch-Strategische Studien“ in Österreich durch das frühzeitige Aufzeigen von politischen, sozialen wirtschaftlichen und militärischen Entwicklungen seit einem halben Jahrhunderteinen unverzichtbaren Beitrag leistet.